

Damit rufe ich auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 – Ergänzung
Drucksache 17/11850 – 2. Ergänzung

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/12077

dritte Lesung

Änderungsanträge
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12114
Drucksache 17/12115
Drucksache 17/12116
Drucksache 17/12117
Drucksache 17/12118
Drucksache 17/12119
Drucksache 17/12120
Drucksache 17/12121
Drucksache 17/12122
Drucksache 17/12123
Drucksache 17/12124
Drucksache 17/12125
Drucksache 17/12126
Drucksache 17/12127
Drucksache 17/12128
Drucksache 17/12129

Änderungsanträge
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12144
Drucksache 17/12145
Drucksache 17/12146
Drucksache 17/12147
Drucksache 17/12148
Drucksache 17/12149
Drucksache 17/12150
Drucksache 17/12151
Drucksache 17/12152
Drucksache 17/12153
Drucksache 17/12154
Drucksache 17/12155

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11944

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12104

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12111

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2021 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 – GFG 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11623

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/12078

zweite Lesung

und

dritte Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse zum Haushaltsplan zur Vorbereitung der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2021 sind in den Veränderungsnachweisen in der Anlage Drucksache 17/12077 entsprechend dargestellt.

Ich weise darauf hin, dass alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen vereinbart haben, dass während des gesamten Tagesordnungspunktes Zwischenfragen sowie Kurzinterventionen nicht zulässig sind. – Ich sehe, hiergegen gibt es keinen Widerspruch; dann verfahren wir so.

Ich eröffne damit die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Fraktionsvorsitzenden Kutschaty für die Fraktion der SPD das Wort.

Thomas Kutschaty* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 952 Menschen sind in den letzten 24 Stunden infolge von Corona gestorben. Diese Zahl – nein, nicht diese Zahl –, diese Menschen, diese einzelnen Schicksale machen es schwer, hier einen gewöhnlichen Einstieg in eine Haushaltsdebatte zu finden.

Wir erinnern uns heute an sie und an ihren tragischen Tod, oftmals ohne Abschied nehmen zu können auf Intensivstationen und in Pflegeeinrichtungen. Noch nicht einmal alle Freunde und Verwandte können sie in den nächsten Tagen auf ihrem letzten Weg zur ewigen Ruhe begleiten.

Das schmerzt, das macht uns alle sehr betroffen. Ich danke Ihnen sehr, Herr Präsident, für Ihre Worte. Ich darf mich auch im Namen meiner Fraktion dem

Dank, den Sie allen Akteuren ausgesprochen haben, ausdrücklich anschließen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Das Schicksal aller Toten und Erkrankten sollte uns alle gemeinsam nachdenklich machen – und ich sage bewusst: uns alle –, vielleicht über die eine oder andere Äußerung noch einmal nachzudenken, wenn wir hier im Parlament über die Bekämpfung der Pandemie diskutieren.

Ich bin sehr froh und sehr dankbar, dass wir in einer lebendigen Demokratie leben. Indem wir über die Wege aus dem Elend der Pandemie diskutieren können, weiß ich zu schätzen, dass uns Demokratinnen und Demokraten ein Ziel eint, nämlich dieses Virus zu besiegen. Das macht uns stärker als das Virus.

Wir verfügen über einen starken Sozialstaat, über einen liberalen Rechtsstaat und über eine hohe Wirtschaftskraft, um diese Probleme angehen zu können.

Wo hingegen Nationalisten und Feinde der Wissenschaft regieren, wütet das Virus noch viel grausamer als bei uns. Das zeigt: Demokraten regieren besser als Nationalisten und Populisten.

(Beifall von der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zu diesem Wesen der Demokratie gehört es auch, dass wir uns Gedanken über die Zukunft unseres Landes machen. Damit komme ich zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2021.

Ein Haushaltsentwurf ist immer auch ein Zukunftsentwurf, und eine Haushaltsdebatte ist immer auch eine Auseinandersetzung über die Zukunft, wie wir unser Land in den nächsten zwölf Monaten und vielleicht sogar darüber hinaus gestalten wollen.

Mit Blick auf den von der Regierung vorgelegten Haushalt muss ich sagen: Das schwarz-gelbe Zukunftsangebot für Nordrhein-Westfalen mündet im Stillstand, wo es eigentlich für Fortschritt sorgen müsste.

(Beifall von der SPD)

Sie hinterlassen in ganz vielen Bereichen Enttäuschung, wo es zuvor Grund für Optimismus gab. Sie werden in den kommenden zwei Jahren über einen Rettungsschirm so hohe Kredite in Anspruch nehmen wie keine andere Landesregierung zuvor: über 10 Milliarden Euro.

Und wofür? – Um den Bürgerinnen und Bürger vorzugaukeln, Sie hätten trotz Rezession einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen. Das glauben Sie ja nicht einmal mehr selbst. Niemand glaubt Ihnen das, weil man Ihnen das auch nicht glauben kann.

(Beifall von der SPD)

Was, bitte, haben Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien von dem Phantom der Haushaltsnull? – Gar nichts. Die Regierung hätte jetzt die Chance, mit mutigen Zukunftsinvestitionen drängende Probleme zu lösen. Doch da kommt nichts.

Nach drei Jahren sind Sie längst müde und anspruchslos geworden. Egal ob Bildung, Wohnen, Wirtschaft oder Klimaschutz: Sie leben in den Tag hinein. Sie reden Missstände schön und schauen von oben aus dem Regierungsturm mit Unverständnis auf die Zukunftssorgen von Mietern, Eltern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie verlieren den Bezug zur Realität der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Die schweren Mängel am Haushaltsentwurf belegen Ihnen auch die Sachverständigen. Der Landesrechnungshof kritisiert zum Beispiel ausdrücklich, dass diese Regierung nicht die Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle ausbaut. Hier wird am Parlament vorbeigewirtschaftet.

Der Bund der Steuerzahler wirft Ihnen mangelnde Transparenz vor. Der Deutsche Gewerkschaftsbund betont, dass Nordrhein-Westfalen bei den staatlichen Investitionen auf den drittletzten Platz zurückgefallen ist. In Baden-Württemberg zum Beispiel investiert man pro Kopf 700 Euro, in Bayern sogar 900 Euro und in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 400 Euro.

Weiter warnt der Deutsche Gewerkschaftsbund vor den Auswirkungen des Brexits auf Nordrhein-Westfalen. Der Brexit wird die nordrhein-westfälische Wirtschaft massiv betreffen. Je härter er ausfällt, desto härter werden auch die Auswirkungen sein.

Wie gut könnte unser Land jetzt einen Brexitbeauftragten brauchen; aber der bisherige Beauftragte befindet sich im Dauerkampfbild gegen den Ministerpräsidenten. Die beiden Herren sprechen nicht mehr miteinander, sondern nur noch übereinander. Das ist nicht sonderlich gut.

Die Auswirkungen dieser konservativen Eiszeit wird die Wirtschaft unseres Landes zu spüren bekommen. NRW ist bedauerlicherweise nicht ausreichend auf den Brexit vorbereitet. Wir werden in diesem Hause leider noch viel zu oft über die Auswirkungen dieser Untätigkeit sprechen.

Sprechen müssen wir heute aber auch über die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen, denn diese Regierung betreibt die Bildungspolitik wie die Pandemiebekämpfung.

Genauso, wie Sie es trotz vieler Warnungen versäumt haben, unsere Schulen und Kitas auf die zweite Coronawelle vorzubereiten, versäumen Sie es jetzt, unsere Schulen und Kitas auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten – von der Lö-

sung der gegenwärtigen Probleme ganz zu schweigen.

Es fehlen fast 7.000 Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen. Wo ist Ihr Programm zur Bekämpfung des Lehrermangels? – Es gibt keines. Diese Koalition berauscht sich an Lehrerstellen auf dem Papier, die in Wahrheit nur Leerstellen sind.

Es sind Phantom- und Geisterstellen, die für keine einzige Unterrichtsstunde zur Verfügung stehen werden. Auch ohne Corona wird der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen größer und nicht kleiner.

Ich rechne es Ihnen noch einmal vor: Der Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen kostet uns jeden Tag 34.000 Stunden Unterricht, individuelle Förderung und Betreuung, und die Situation wird nicht besser.

Sich selbst aber hat die Landesregierung in den letzten drei Jahren 772 neue Stellen nur für die Ministerialverwaltung gegönnt, und man staune: Diese Stellen sind natürlich alle schon besetzt. 772 Stellen – das ist bundesweiter Rekord. Das hat es noch nie gegeben. Das ist übrigens der einzige Bereich, in dem Nordrhein-Westfalen ganz vorne liegt.

Wenn es denn wenigstens nützen würde, hätte ich ja noch Verständnis dafür. Aber wo ist denn das Programm zur Bekämpfung des Personalmangels in unseren Kitas? – Fehlanzeige. Dabei fehlen nach den Berechnungen der Bertelsmann Stiftung nicht weniger als 16.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Doch diese Regierung ignoriert das Problem einfach; da kommt nichts. Stattdessen ziehen Sie lieber Kita-gebühren von Eltern ein, deren Kinder gar nicht betreut werden können. Das muss aufhören.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Es muss der Grundsatz gelten: keine Leistung, keine Gebühren. Sie können die Eltern nicht auffordern, ihre Kinder aus den Kitas herauszuhalten, und anschließend noch die Gebühren dafür kassieren. Stellen Sie das unverzüglich ab.

(Beifall von der SPD)

Die nächste große Bildungsbaustelle ist der Offene Ganztag, sind unsere Offenen Ganztagsgrundschulen. Ab dem Jahr 2025 – das ist nicht mehr so lange hin, wenn man politisch planen und handeln muss – wird jedes Grundschulkind einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben.

Das heißt nichts anderes, als dass wir in den nächsten fünf Jahren zusätzlich 300.000 Plätze für den Offenen Ganztag schaffen müssen. Wo ist Ihr Programm, um Gebäude zu bauen und herzurichten?

Wo ist Ihr Programm, um die benötigten 20.000 Pädagoginnen und Pädagogen auszubilden und anzuwerben?

Wo ist Ihr Plan, um die Betreuungsgarantie für Grundschulkinder umzusetzen? – Es gibt keinen. Dabei brauchen Familien in unserem Lande so dringend eine klare Perspektive.

(Beifall von der SPD)

Fehlende Perspektive ist auch genau die richtige Überschrift für ein besonders trauriges Kapitel der schwarz-gelben Regierungsgeschichte: Die Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen wird von Jahr zu Jahr schlimmer, auch im Coronajahr 2020.

Die steigenden Mieten fressen in Köln und Münster, aber nicht nur da eigentlich gute Lohnerhöhungen wieder auf. Die Lage ist ernst. In manchen Orten sind die Menschen sogar regelrecht verzweifelt.

Was aber macht die Landesregierung? – Sie will nicht einmal das Problem wahrhaben. Je schlimmer die Lage wird, desto öfter lässt sie mit Gefälligkeitsgutachten die Lage schönrechnen.

Fakt ist doch, dass in Ihrer Regierungszeit der soziale Wohnungsbau um 40 % eingebrochen ist. Wie konnte das passieren? Was wollen Sie jetzt dagegen tun? – Keine Antwort dazu in Ihrem Haushaltsentwurf.

(Beifall von der SPD und von Arndt Klocke [GRÜNE])

Was haben Sie in den vergangenen Monaten stattdessen gemacht? – Nur ein paar Wochen, nachdem wir den Heldinnen und Helden des Alltags hier mit Applaus gedankt haben, haben Sie deren Mieterrechte beschnitten – still und heimlich im Coronasommer, wahrscheinlich damit es nicht so viele mitbekommen.

Fakt ist doch: Dank Ihrer Politik wird es nun erheblich leichter, der Erzieherin oder dem Pfleger die Miete zu erhöhen und ihre Einkommen weiter zu drücken.

Das werden wir von nun an allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen. Sie werden die Wahrheit erfahren: Diese Landesregierung steht nicht auf der Seite der 11 Millionen Mieterinnen und Mieter; sie steht auf der Gegenseite, und das soll in diesem Land auch jeder wissen.

(Beifall von der SPD und von Arndt Klocke [GRÜNE])

Das Land geht heute wieder in den Lockdown: Geschäfte schließen, Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen ins Homeoffice.

Genauso viele Frauen und Männer werden das aber nicht tun: Sie werden weiter dafür sorgen, dass wir etwas zu essen kaufen können, dass unsere Angehörigen gepflegt werden, dass wir Pakete erhalten und versenden können und dass wir auch weiterhin mit Bus und Bahn fahren können.

Es sind übrigens die gleichen Menschen wie im Frühjahr, die jetzt wieder ihre Frau und ihren Mann ste-

hen, das Land am Laufen halten und das für oft beschämend kleine Löhne und Gehälter.

Hatten wir ihnen nicht versprochen, dass wir ihre Leistungen endlich auch materiell anerkennen, dass wir sie und ihre Arbeit nicht mehr einfach für selbstverständlich halten, sondern für das, was sie immer schon war, nämlich unentbehrlich und unabkömmlich? – Das hatten wir.

Doch was ist seitdem geschehen? – Nichts, im Gegenteil: Wenn Armin Laschet das durchsetzen kann, was er und seine Regierung in einer Bundesratsinitiative fordern, wird das Leben dieser Leistungsträgerinnen und Leistungsträger nicht leichter, sondern noch viel schwerer.

In seiner Bundesratsinitiative fordert Armin Laschet die Ausweitung von Zeitarbeit, die Anhebung von Schwellenwerten im Arbeitsbereich und im Sozialrecht, die Ausweitung flexibler Beschäftigungsformen und die sogenannte Entbürokratisierung von Arbeitszeiterfassung oder Datenschutz. In Wahrheit ist die Entbürokratisierung die Entrechtung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Bundesratsinitiative hat es tatsächlich in sich: Armin Laschet will nämlich nichts anderes als eine Ausweitung des Niedriglohnsektors, mehr befristete Arbeitsverhältnisse, weniger Kündigungsschutz und Mitbestimmung in kleinen und mittleren Betrieben. Faktisch längere Arbeitszeiten und weniger Datenschutz, natürlich nur zulasten der Arbeitnehmerseite und nicht etwa in Steuersachen; da ist Datenschutz Ihnen zumindest heilig.

Das ist in Wahrheit das Wirtschaftsprogramm von Armin Laschet. Dieses Programm wird auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen.

(Beifall von der SPD)

Wir stehen an der Seite der Beschäftigten. Wir wollen starke Gewerkschaften. Wir wollen mehr Mitbestimmung. Wir streiten für allgemein verbindliche Tarifverträge, für einen armutssicheren Mindestlohn und für mehr Arbeitnehmerrechte.

Wir werden Nordrhein-Westfalen, das Land der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, nicht neoliberalen Experimenten ausliefern; darauf können sich die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen mit uns verlassen.

(Beifall von der SPD)

In der CDU werden gerade aber noch andere sehr interessante und spannende Vorschläge diskutiert. Gestern habe ich von Vorschlägen innerhalb der CDU gehört, nach denen Sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk privatisieren wollen.

Ich konnte es kaum glauben, als ich das gelesen habe, aber unter der Leitung des CDU-Generalsekretärs werden solche Vorschläge für das Wahl-

programm der Bundes-CDU erarbeitet, und das in Zeiten von Corona, in denen wir alle froh sein können, dass wir ARD, ZDF und Deutschlandfunk haben und nicht etwa Fox News.

Ich stelle ausdrücklich klar: Die SPD-Landtagsfraktion lehnt diese Privatisierungsvorschläge ganz entschieden ab. Da machen wir nicht mit, und ich hoffe, Sie erklären das gleich auch.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich erwarte von einem Ministerpräsidenten, der zudem CDU-Bundesvorsitzender werden möchte, dass er diesem Vorschlag des Fachausschusses Wirtschaft, Arbeit und Steuern der CDU Deutschlands eine klare Absage erteilt. Das können wir nicht machen.

Solche Vorschläge sind wir bislang nur von anderen politischen Akteuren gewohnt, und diese Gesellschaft sollten auch Sie nicht suchen, Herr Laschet. Beenden Sie diese Diskussion hier und jetzt. Schluss mit den Privatisierungsspielen. Hände weg von ARD und ZDF.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe mir vor dieser Debatte die Frage gestellt: An welches Projekt der Landesregierung werden sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen vielleicht auch noch in zehn Jahren erinnern können? Das mag jetzt jeder für sich persönlich entscheiden; da wird es sicherlich unterschiedliche Schwerpunkte geben.

Ich befürchte, eine Tatsache wird in Erinnerung bleiben: Ich spreche vom Verlust der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, vom Verlust von 100.000 und mehr Arbeitsplätzen in den Werken, in den Zulieferbetrieben und in den anschließenden Wertschöpfungsketten.

Erst vor zwei Tagen hat thyssenkrupp bekannt gegeben, dass das Grobwalzwerk in Duisburg nun endgültig schließen wird. Eine schlimme Nachricht, nicht nur für Duisburg, sondern für unsere gesamte Wirtschaft. Mit dem Verlust von industrieller Wertschöpfung verlieren wir auch Zukunftstechnologien sowie gute und sichere Arbeitsplätze für die nächste Generation.

Stahl ist keine veraltete Technologie aus dem 19. Jahrhundert. Stahl ist Innovationsträger für die Spitzentechnik des 21. Jahrhunderts – für Wasserstofftechnologie, für Rohstoffkreisläufe und auch für digitale Produktionsprozesse. Aus Stahl wird Fortschritt gemacht – und Klimaschutz.

Noch haben wir die große Chance, Nordrhein-Westfalen zu einem Spitzenstandort für klimaneutrale Industrie zu machen. Dazu brauchen wir aber das Wissen, die Erfahrung und die Leistung der Facharbeiter und Ingenieure aus den Werkshallen und an den Hochöfen. Dazu brauchen wir thyssenkrupp.

Es besteht die reale Gefahr, dass dieser Konzern pleitegeht oder die Stahlsparte verkauft und zerschlagen wird. Beides liefe auf das Gleiche hinaus: eine wirtschaftspolitische Katastrophe.

Doch noch haben wir die Chance, den Konzern durch eine Staatsbeteiligung zu stabilisieren. Wir haben die Chance, ihn vor der Zerschlagung zu schützen und zu einem erfolgreichen europäischen Champion ökologischer Industrie zu machen.

Wenn wir jetzt allerdings nicht den Mut haben, in der Industriepolitik neue Wege zu gehen, werden wir diese Chance verspielen.

Ich weiß, dass den Koalitionsparteien eine Staatsbeteiligung aus ideologischen Gründen gegen den Strich geht. Insgeheim weiß die Regierung aber doch selbst, dass nur eine Staatsbeteiligung Sicherheit verspricht und alles andere ein wirtschaftspolitisches Vabanquespiel wäre. Springen Sie über Ihren Schatten, und lassen Sie sich auch in zehn Jahren noch dafür feiern, dass Sie die nordrhein-westfälische Stahlindustrie gerettet haben. Tun Sie etwas in diesem Bereich.

(Beifall von der SPD)

Aber nicht nur die Stahlindustrie ist gerade bedroht. Auch die chemische Industrie baut Tausende von Arbeitsplätzen in Leverkusen und Wuppertal ab. Sogar die Forschung wird in Nordrhein-Westfalen geschlossen. Das ist in diesen Zeiten ganz besonders dramatisch.

In Hagen droht die Schließung der Batteriefabrik von Hawker, die wir noch als Varta kennen. Letzte Woche war ich dort und habe mit den Beschäftigten der Gewerkschaft und dem Betriebsrat sprechen können.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir schließen in diesen Zeiten Batteriefabriken, obwohl wir aufgrund der Umstellung auf E-Mobilität mehr Batterien denn je brauchen. Was für ein Irrsinn! Helfen Sie auch da. Unternehmen Sie etwas. Eine solche Zukunftstechnik muss in Nordrhein-Westfalen bleiben. Da darf man nicht tatenlos zusehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Herr Pinkwart weiß doch selbst, dass Marktentfesselung keine moderne Industriepolitik mehr ist. Das verrät ja schon Ihr eigener Zehn-Punkte-Plan für den Stahl. Aktuell hilft er leider überhaupt nicht gegen die Krise. Mittelfristig enthält er aber durchaus vernünftige Ansätze, die wir an der einen oder anderen Stelle auch unterstützen können.

Ihr Zehn-Punkte-Plan besteht fast ausschließlich aus staatlichen Investitionen und Interventionen. Marktentfesselung kommt darin überhaupt nicht vor. Sie hilft in diesem Bereich auch nicht. Denn ganz gleich, ob es

um Wasserstofftechnologie, Kohleausstieg oder ökologischen Stahl geht: Um Strukturwandel zu gestalten, um neuen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen oder um neue Märkte zu erschließen, braucht es eine starke öffentliche Hand, die Regeln setzt und in Forschung, Wissenschaft, Infrastruktur und Menschen investiert.

Was indes einen wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt in Nordrhein-Westfalen behindert, sind bürokratische Kleinkriege gegen neue Technologien, wie Sie sie zum Beispiel drei Jahre lang gegen die Windenergie geführt haben. Sie haben Investitionen verhindert und Investoren verunsichert. Für ein modernes Nordrhein-Westfalen ist das schlecht gewesen.

(Beifall von der SPD)

Das war und ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch viel zu schädlich für unser Land. Grüner Wasserstoff wird in Zukunft dort hergestellt, wo grüner Strom zur Verfügung steht. Moderne, ökologische Industrie wird sich dort ansiedeln, wo sie ausreichend ökologischen Strom bekommt.

NRW muss bei den erneuerbaren Energien auf die Überholspur. Denn Klimaschutz durch Windenergie bringt nicht nur Fortschritt, sondern auch Jobs – bei VULKAN in Herne, wo Kupplungen für Windräder gefertigt werden, bei Flender in Bocholt, wo die Getriebe gefräst werden, oder beim Erndtebrücker Eisenwerk, wo die Türme gebaut werden.

Wir brauchen mehr erneuerbare Energiequellen. Wir brauchen auch mehr Windenergie. Fortschritt gelingt nur durch eine aktive Industriepolitik in unserem Land.

(Beifall von der SPD)

Ihre Entfesselungspolitik ist hingegen eine reine Ideologiekonstruktion. Noch schlimmer: Hier im Land ist sie ein ideologisches Gebräu aus wenig appetitlichen Zutaten, meistens wirkungslos und leider auch zu oft schädlich.

Sie reden von Entfesselung und erzeugen nur Verunsicherung. Sie versprechen Bürokratieabbau, erzeugen damit aber nur Chaos.

Am Beispiel verkaufsoffener Sonntage lässt sich das ganz deutlich darstellen. Verkaufsoffene Sonntage sind ein Herzstück Ihrer Entfesselungspolitik. Das allein zeigt schon, wie kläglich der ganze Ansatz der Entfesselungspolitik ist.

Wie oft haben Sie schon versucht, zusätzliche verkaufsoffene Sonntage einzuführen, und wie oft sind Sie damit schon vor Gericht gescheitert? Verkaufsoffene Sonntage wurden seit Ihrer Regierungsübernahme mindestens 20 Mal von Gerichten verboten – 20 Mal ein beisspielloser Vorgang im Umgang einer Landesregierung mit der Justiz.

Zuletzt versuchte die Regierung sogar, mehrere verkaufsoffene Sonntage mit Infektionsschutz zu begründen. Das kann man natürlich nur machen, wenn man vorher jede intellektuelle Selbstachtung aufgegeben hat.

(Beifall von der SPD)

So ähnlich steht das auch in den Urteilen, die Sie alle kassiert haben, die Sie aber ganz offensichtlich nicht ausreichend bis zur Begründung und einschließlich der Begründung gelesen haben.

Dem Oberverwaltungsgericht ist bereits im September dieses Jahres der Kragen geplatzt, als es schon wieder eine Reihe von Sonntagsöffnungen verwerfen musste. Wörtlich heißt es in dem Beschluss des 4. Senats vom 24. September 2020 – Zitat –:

„Ebenso wenig entspricht es rechtsstaatlichen Grundsätzen, wenn das zuständige Landesministerium an einem Erlass festhält, der fortlaufend weitere Städte und Gemeinden zu verfassungswidrigen Entscheidungen verleitet und viele davon abhält, offenkundig rechtswidrige Verordnungen von sich aus aufzuheben.“

Mit anderen Worten: Das Oberverwaltungsgericht wirft der Landesregierung nicht weniger als Anstiftung zum Rechts- und Verfassungsbruch vor.

Was ist aus Ihrer einst so stolzen Rechtsstaatspartei geworden, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall von der SPD)

Früher wären Sie noch vor Scham im Boden versunken, wenn Ihnen ein Gericht einen so drastischen Vorwurf gemacht hätte. Heute scheint Sie das gar nicht mehr zu stören. Wider besseres Wissen nehmen Sie Rechtsbrüche in Kauf und setzen bewusst auf Eskalation. Das ist weder seriös noch liberal. Das muss aufhören, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierung.

(Beifall von der SPD)

Es gibt noch weitere Beispiele. Es ist ja nicht das erste Mal, dass das gestörte Verhältnis der Regierung zum Rechtsstaat hier zum Thema gemacht werden muss. Wahrscheinlich wird das auch nicht das letzte Mal der Fall gewesen sein.

Ja, meine Damen und Herren, die Bekämpfung der Coronapandemie verlangt außergewöhnliche Entscheidungen und auch außergewöhnlich schnelle Entscheidungen. Dennoch galt vom ersten Tag an: Eine Gesundheitskrise ist keine Demokratiekrise und erst recht keine Krise des Rechtsstaats.

Es gibt sogar in der Krise Regeln, an die sich jeder halten muss, auch ein Ministerpräsident, vielleicht sogar erst recht der Ministerpräsident, auch in der Pandemie. Sie wissen, wovon ich rede: Ich spreche von der van-Laack-Affäre.

Die Landesregierung hatte alle Unternehmen aufgefordert, ihre Angebote für Schutzausrüstungen, Masken und vieles mehr beim Gesundheitsministerium zentralisiert einzureichen. Im Gesundheitsministerium wurde dafür extra ein E-Mail-Postfach geschaffen. Es sind über 7.000 Angebote eingegangen, darunter auch Angebote bekannter Unternehmen wie Seidensticker aus Bielefeld oder B.M-company aus Herne. Das sind große Player auf dem Textilmarkt.

Und wer bekam schließlich den Auftrag der Landesregierung? Die Firma van Laack. Diese Firma hatte aber nie ein Angebot abgegeben, jedenfalls nicht auf dem von der Regierung vorgeschriebenen Weg. Das hatte sie offenbar auch gar nicht nötig; denn die Firma van Laack hatte einen, ich nenne es einmal, besonderen Kontakt zum Ministerpräsidenten. Und plötzlich war ein Geschäft möglich, das für andere Firmen nicht möglich war.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist ja gar nicht wahr!)

Es war ein Geschäft mit einem Umfang von 45 Millionen Euro – ohne Ausschreibung, ohne Angebote lästiger Konkurrenz. Zu dieser lästigen Konkurrenz gehören Firmen wie Seidensticker, Bugatti, B.M-company, Ahlers, also Pierre Cardin, und BRAX.

Seidensticker zum Beispiel hat der Landesregierung angeboten, pro Monat 3,5 Millionen Masken herzustellen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Straßenmasken!)

Seidensticker fertigt Hemden. Dann können sie auch Kittel fertigen. Doch danach wurde nie gefragt. Bei Seidensticker hat kein Ministerpräsident, kein Gesundheitsministerium und nicht einmal ein Oberamtsrat angerufen. Dort, beim größten Textilhersteller unseres Landes, ruft niemand an. Warum nicht? Können Sie mir das bitte erklären?

Herr Laschet, Sie haben immer wieder behauptet, Sie hätten sich die Finger wundgewählt. Haben Sie denn nicht einmal bei den anderen von mir gerade genannten großen Herstellern angerufen? Wen wollen Sie denn angerufen haben? Seidensticker, Bugatti, Ahlers und BRAX waren es auf jeden Fall nicht. Wen haben Sie angerufen? Nennen Sie doch wenigstens einmal einen Namen. – Es kommt nichts. Das dachte ich mir; denn in Wahrheit hat es keine weiteren Gespräche des Ministerpräsidenten mit anderen Herstellern gegeben.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Daniel Sieveke [CDU] und Henning Höne [FDP])

Es hat auch keinen Mangel an Stoffmasken gegeben. Sie hätten nur Angebote der Firmen annehmen müssen, die sich ordnungsgemäß an das Land gewandt haben. Das ist aber nicht passiert. Diejenigen,

die sich an die Regeln gehalten haben und sich digital beworben haben, haben zum Großteil bis heute noch nicht einmal eine Antwort auf ihre Angebote bekommen – keine Antwort, nichts. Ist das Ihr Umgang mit der Wirtschaft, Herr Laschet? Ist das der Respekt vor den Unternehmen, die in dieser Krise helfen wollten? Nein, das ist respektlos gewesen.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein Gebaren, das gegen alle Grundsätze der guten Regierungsführung verstößt. Es ist auch rechtswidrig. Denn selbst in der größten Not müssten mindestens drei Konkurrenzangebote eingeholt werden. Das steht im Gesetz – einem Gesetz, das übrigens auch in Nordrhein-Westfalen gilt, sogar für einen Ministerpräsidenten.

Noch einmal: Kein Unternehmen darf Nachteile erleiden, weil es sich an Gesetze und Vorschriften hält, und kein Unternehmen darf einen Wettbewerbsvorteil haben, nur weil es einen exklusiven Zugang zum Regierungschef hat.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist doch unglaublich! – Christian Dahm [SPD]: Nein, das ist belegt! Das ist viel schlimmer!)

Das muss eine Regierung garantieren können. Niemand steht über dem Gesetz.

Das sehe nicht nur ich so. So sehen das auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich mittlerweile bei uns gemeldet haben, weil sie trotz ihrer Angebote nie eine Chance auf einen Regierungsauftrag gehabt haben.

Die liberale „WirtschaftsWoche“, bekanntlich kein Schwesterblatt des „vorwärts“, schreibt zu Ihren Vorgängen:

„Das Düsseldorfer Masken-Gate erinnert an das selbstherrliche Gebaren von Gutsherren. Das sollte eigentlich längst ausgestorben sein.“

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber es wird noch schlimmer. Denn jetzt kommt heraus, meine Damen und Herren, dass die gesamte Begründung, warum dieser Auftrag an van Laack gehen musste, in Wahrheit gar nicht stimmt. Bisher wurde immer behauptet, dass nur van Laack die nötigen Zertifikate für die Produkte gehabt habe; die Konkurrenz hätte das nicht bieten können. Gestern nun musste das Gesundheitsministerium einräumen, dass das nicht stimmt. Denn die Kittel von van Laack entsprechen eben nicht den europäischen Normen. Daher könnten sie auch nur im Notfall während der Pandemie eingesetzt werden. van Laack hatte also kein Alleinstellungsmerkmal, sodass man unbedingt und schnell und sofort zugreifen musste.

Aber es wird noch schlimmer. Denn jetzt kommt heraus, dass diese Kittel, die Sie für 45 Millionen Euro gekauft haben, qualitativ so minderwertig sind, dass

sie zum Beispiel die Uniklinik Essen nicht einsetzt, weil sie sofort reißen. Dort liegen seit August über 40.000 Kittel der Firma van Laack. In der Uniklinik nehmen sie nur Platz weg. Die Kartons sind nicht geöffnet. Die Kittel müssen erst qualitätsüberprüft werden. Das sind sie, und sie sind bei der Qualitätsüberprüfung des Uniklinikums durchgefallen, meine Damen und Herren.

Das ist die Realität Ihres ach so genialen Deals, den Sie da telefonisch eingefädelt haben wollen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Auch andere Hilfsorganisationen, die diese Kittel erhalten haben, benutzen sie nicht mehr. Die Qualität ist einfach zu schlecht. Auch bei den Unikliniken in Düsseldorf und Münster ist noch kein einziger dieser teuer bestellten und gekauften Kittel benutzt worden. Nicht ein Kittel! Warum auch?

Wer ist bei Ihnen eigentlich für die Überprüfung der Qualität zuständig? 45 Millionen Euro wurden in den Sand gesetzt. Jetzt verstehe ich auch, warum Sie immer so aggressiv auf unsere Fragen reagiert haben. Sie hatten Angst, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Doch das wird sie. Dafür werden wir sorgen. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

van Laack hat auch zwei weitere Aufträge von Herrn Reul für insgesamt 2,1 Millionen Masken bekommen. Natürlich geschah auch dies ohne Ausschreibung. Die letzte Vergabe erfolgte am 6. November 2020. Da begründet die Landesregierung ihre Entscheidung, ohne Ausschreibung vergeben zu haben, mit dem entlarvenden Satz, dass man von der Heftigkeit der zweiten Welle im Herbst überrascht worden sei. Im Ernst? Sie haben im Herbst nicht bemerkt, dass wir eine zweite Welle bekommen?

Diese Vergabe wird jetzt rechtlich überprüft. Es liegt eine Beschwerde vor, die bei der Vergabekammer Rheinland geprüft wird. Die Vergabekammer hat vollständige Akteneinsicht angeordnet. Das wird bestimmt erkenntnisreich. Wir werden das heute in der Fragestunde wieder thematisieren. Herr Laschet, nehmen Sie diese Fragen bitte sehr ernst. Wir werden das auf jeden Fall tun. Wir werden diesen Skandal hier im Hause aufklären, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Die van-Laack-Affäre ist ja nicht der erste Verstoß gegen die Gebote guter Regierungsführung durch Mitglieder dieses Kabinetts. So gab es den Versuch der Schulministerin, einen 600.000-Euro-Auftrag an eine FDP-Parteispenderin zu vergeben, direkt und ohne Ausschreibung wohlgermerkt.

(Marcel Hafke [FDP]: Unverschämtheit!)

Schon im Juni 2017 wurde ein leitender Angestellter des Baukonzerns PORR Staatssekretär im NRW-Verkehrsministerium. Sein Aufgabenbereich blieb allerdings der gleiche. Der Neubau ...

(Henning Höne [FDP]: Wir hätten besser eine gewisse gescheiterte Geschäftsführerin genommen! Die hätte das bestimmt besser gemacht!)

– Was werden Sie denn so unruhig, wenn ich hier die Wahrheit sage? Bleiben Sie mal ganz gelassen, Herr Höne. Das müssen Sie sich jetzt mal anhören.

(Beifall von der SPD)

Ein leitender Mitarbeiter eines Bauunternehmens

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

wird Staatssekretär im Verkehrsministerium und beschäftigt sich mit demselben Projekt. Sein Aufgabenbereich ist der Neubau der Leverkusener Brücke. Der Auftragnehmer wurde über Nacht buchstäblich zum Auftraggeber – ein klarer Rechtsverstoß gegen § 21 Verwaltungsverfahrensgesetz, der nicht weniger verlangt als, dass schon der Anschein der Befangenheit zu vermeiden ist. Wir sprechen also noch nicht einmal von einer Befangenheit, die gegeben sein muss. Vielmehr reicht der Anschein der Befangenheit dafür aus, dass sich ein leitender Mitarbeiter des Ministeriums – und das ist ein Staatssekretär – in diesem Bereich zurückhalten muss.

Rechtsexperten waren fassungslos, als sie diese Berufung in der parlamentarischen Anhörung bewerten mussten. Doch das war dem Minister egal.

Die „WirtschaftsWoche“ thematisiert solche Staatsdiener und schreibt:

„Wie in den Achtzigerjahren wickeln einige von ihnen private oder öffentliche Geschäfte ab, ohne einen Gedanken an die Risiken oder ihre Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern zu verschwenden.“

Jetzt haben die Recherchen des Westdeutschen Rundfunks ergeben, dass der Neubau der Leverkusener Brücke wieder akut gefährdet ist, weil bei der Auftragsvergabe schon wieder nicht der Anschein von privaten Interessenkonflikten vermieden wurde. Schon wieder wurde gegen Compliance-Regeln und sehr wahrscheinlich auch gegen das Vergabegesetz verstoßen, und zwar grob und fahrlässig.

Wenn jetzt eine Neuausschreibung erfolgen muss, weil das Vergabeverfahren rechtswidrig war, dann wird der Neubau einer der wichtigsten Brücken unseres Landes mit 100.000 Pkw- und Lkw-Fahrten pro Tag noch einmal um viele Monate verzögert. Das wäre ein schlimmer Schaden für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, für die Pendler und nicht zuletzt auch für die Anwohner.

Das kommt dabei heraus, wenn man leichtfertig mit den Regeln in unserem Land umgeht, meine Damen und Herren. Die Menschen leiden darunter.

(Beifall von der SPD)

Generell muss dieses Kabinett endlich lernen, dass der Rechtsstaat nicht der Feind dieser Regierung ist. Der Rechtsstaat kontrolliert diese Regierung, genauso wie die Opposition. Das ist auch gut so.

Nach über drei Jahren im Amt und nach all den vielen Rügen von Verwaltungs- und Verfassungsgerichten, nach all den Unwahrheiten in der Hackeraffäre, nach all den vielen Ungereimtheiten in Vergabeverfahren muss es in dieser Landesregierung endlich einen Kulturwandel geben. Sie müssen endlich lernen, was legal ist und was nicht legal ist, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Und noch etwas, Herr Laschet: Wenn das Parlament kritische Fragen zum Regierungshandeln hat, dann haben Sie nicht herumzupöbeln, sondern wahrheitsgemäß zu antworten. Das ist nicht nur Ihre verfassungsgemäße Pflicht, das verlangt auch die Würde Ihres Amtes. Ihre Politik der kurzen Zündschnur muss vorbei sein. Anfragen der Opposition müssen demnächst wieder fristgerecht beantwortet werden. Das passiert gerade nicht. Große Anfragen müssen auch wieder beantwortet werden. Sonst werden uns notfalls auch Gerichte helfen, diese Antworten zu bekommen. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Laschet.

Meine Damen und Herren, wir beraten den Haushalt 2021 inmitten der schlimmsten Gesundheitskrise unserer Nachkriegszeit. Doch Nordrhein-Westfalen ist stark. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind stark. Deswegen werden wir auch gemeinsam diese Krise durchstehen. Wir werden Corona überwinden. Davon bin ich überzeugt, und darauf freue ich mich auch schon. Aber so weit sind wir noch nicht. Bis dahin müssen erst noch kommen.

Doch ich bin optimistisch. Es gibt Licht am Horizont. Der Impfstoff und neue Medikamente kommen. Wenn wir den Zickzackkurs in der Pandemiebekämpfung verlassen und endlich zu einer Strategie finden, werden wir hoffentlich das kommende Jahr mit so wenigen Toten und Verheerten wie nur möglich überstehen. Dann werden wir auch die Rezession wieder hinter uns lassen können.

Mehr noch: Dunkle Stunden waren schon oft Stunden des Aufbruchs. Wir wollen einen Aufbruch für Nordrhein-Westfalen wagen – einen Aufbruch für Fortschritt und Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Dazu haben wir ein 5-Milliarden-Euro-Paket für Zukunftsinvestitionen entworfen und Ihnen vorgelegt.

Mit diesem Zukunftsinvestitionsprogramm können wir unsere Schulen sanieren und mit allem aus-

statten, was gute Bildung verlangt. Den Lehrermangel können wir durch attraktivere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Besoldung gerade für Grundschullehrerinnen bekämpfen. Wir müssen Erzieherinnen und Erzieher schon in der Ausbildung bezahlen und endlich damit beginnen, den Ausbau der Ganztagsbetreuung nach vorne zu bringen. Hierfür sind massive Investitionen notwendig.

Durch einen Sozialindex können wir dafür sorgen, dass die besten Lehrerinnen und Lehrer, die besten Pädagoginnen und Pädagogen dort ihre Arbeit verrichten, wo sie am meisten gebraucht werden, nämlich bei den Kindern, die bisher die geringsten Chancen hatten.

Wir wollen kein Kind zurücklassen. Das ist noch immer der Anspruch der Sozialdemokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen in die Wiederbelebung des Städtebaus investieren, um unsere Innenstädte wieder zu einem Ort zu machen, an dem Menschen nicht nur einkaufen, sondern auch tagtäglich leben, einem Ort der guten und bezahlbaren Wohnungen mit Schulen, Museen, Kulturstätten und Kneipen, aber eben auch mit Einzelhandel.

Wo der Markt versagt, können wir durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft endlich wieder genug Wohnungen bauen, die sich auch Normalverdienerinnen und -verdiener leisten können.

Nicht zuletzt wollen wir mit einer Staatsbeteiligung bei thyssenkrupp die Chance bewahren, Nordrhein-Westfalen zu einem Zentrum für moderne, ökologische Industrie zu machen.

Für all das haben wir Anträge samt Finanzierungsvorschlägen gemacht.

Wir möchten unseren Kindern ein Land mit gesunden Wäldern und sauberer Luft hinterlassen, ein Land mit attraktiven Arbeitsplätzen und hervorragender Bildung. All das, meine Damen und Herren, ist möglich – nicht mit dieser Regierung, aber mit der nächsten. – Herzlichen Dank und Glück auf für Nordrhein-Westfalen!

(Anhaltender Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade treffen Meldungen ein, dass Ärzte in einem Krankenhaus im sächsischen Zittau bereits mehrfach entscheiden mussten, wer noch behandelt wird und wer nicht.

Das zeigt, wie ernst die Lage während der Pandemie in unserem Land ist.

Mein Dank gilt daher zu Beginn dem Landtagspräsidenten André Kuper. In der für dieses Jahr letzten Sitzung dieses Parlaments war es wichtig, an diejenigen zu erinnern, die mit großer Sorge in die kommenden Weihnachtstage gehen werden, und all denjenigen zu danken, die auch an den Weihnachtstagen und während des Lockdowns daran arbeiten, die Pandemie zu bewältigen und Sorgen, Nöte und Trauer bei ihren Mitmenschen zu lindern. Die CDU-Fraktion schließt sich daher Ihren Worten, Herr Präsident, und Ihren guten Wünschen sehr gerne an.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihre Rede, Herr Kutschaty, erfordert noch einmal einen kleinen Rückblick. Am 24. März 2020 haben Sie hier im Parlament von diesem Rednerpult aus verlauten lassen:

„Das garantieren wir Ihnen. Selbstverständlich werden wir die Regierung auch unterstützen, wenn sie tut, was getan werden muss, um diese Krise zu überwinden ...“

(Nadja Lüders [SPD]: Heute auch! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Heute haben Sie mit Ihrer Rede gezeigt, was Sie darunter verstehen: armselig, kleinteilig, mit Schmutz um sich werfend, damit etwas hängen bleibt, und mit persönlichen Diffamierungen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Mit Schmutz zu schmeißen, ist doch Ihre Spezialität! – Daniel Sieveke [CDU]: Herr Zimkeit! – Weitere Zurufe von der CDU: Oh! – Unruhe – Glocke)

Sie gehen sogar so weit, Herr Kutschaty, den Ministerpräsidenten hier aufzufordern, mitzuteilen, mit wem er telefoniert hat,

(Sven Wolf [SPD]: Wer kontrolliert denn die Regierung?)

und geben selbst zu Protokoll, dass Sie das niemals gemacht hätten.

(Sven Wolf [SPD]: Wer wollte denn in der letzten Wahlperiode die Telefonlisten von Frau Kraft haben, Herr Löttgen?)

Da hilft Ihnen vielleicht das Zitat des französischen Regisseurs Jacques Tati weiter, Herr Kutschaty:

„Wer sich zu groß fühlt, um kleine Aufgaben zu erfüllen, ist zu klein, um mit großen Aufgaben betraut zu werden.“

Das gilt für Sie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegensatz zum Oppositionsführer in diesem Landtag möchte ich mich in meiner Haushaltsrede mit dem Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen beschäftigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit einigen Monaten drehen sich viele Debatten um Diskussionen in unserem Land um die Frage, wie wir mit der Pandemie leben können und wie wir in Zukunft leben wollen. Ein Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen aber muss die Frage beantworten, wovon wir in Zukunft leben können.

Der von Finanzminister Lutz Lienenkämper vorgelegte Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2021, den wir heute abschließend beraten, beantwortet genau diese Frage. Das ist in diesen gerade auch finanzpolitisch angespannten und herausfordernden Zeiten eine gute Nachricht und eine herausragende Leistung. Deshalb danke ich dem Finanzminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium im Namen der CDU-Fraktion und auch persönlich sehr herzlich dafür, dass er diesen Haushalt so, wie er ist, vorgelegt hat.

Es zahlt sich aus, dass wir seit dem Regierungswechsel den Haushalt saniert und Vorsorge betrieben haben. Damit haben wir jetzt finanzielle Spielräume. So können wir eingreifen, um die coronabedingten Herausforderungen zu bewältigen. So kann diese NRW-Koalition selbst jetzt in der Krise das einhalten, was wir uns für normale Zeiten vorgenommen hatten. Wir investieren in die Zukunft und in zukünftige Steuereinnahmen. So halten wir im Übrigen auch das ein, was viele Vorgängerregierungen nicht einmal ohne diese besonderen Herausforderungen geschafft haben.

Wir geben nur das Geld aus, das erwirtschaftet wird, statt Haushalte auf Kosten kommender Generationen zu verabschieden. Wir hinterlegen seriös und nachprüfbar jede einzelne Stelle mit Geld, statt Luftbuchungen im Haushalt vorzunehmen. Wir legen einen transparenten und verfassungsgemäßen Haushalt vor, in dem die Coronabelastungen sauber abgebildet sind.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo denn?)

Wir setzen klare Schwerpunkte bei den Ausgaben für die Bildung und für Familien, für die Bekämpfung von Kriminalität sowie für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen, unserer Krankenhäuser und der Infrastruktur des Landes. Das ist in diesen Zeiten unsicherer Steuereinnahmen keine Selbstverständlichkeit. Wir erhalten Strukturen und werfen gutem Geld nicht schlechtes hinterher.

Ja, wir befinden uns in einer gewaltigen Krise. Aber trotz Corona halten wir Kurs mit einem finanzpolitischen Kompass von Maß und Mitte, der vielleicht mehr denn je notwendig ist, um Sicherheit zu schaf-

fen, wovon wir in den kommenden Jahren leben wollen.

Meine Damen und Herren, diese NRW-Koalition wird unser Land bestmöglich durch die Krise führen. Aber das werden wir nur erreichen, wenn wir ähnlich wie nach der Finanz-, Staats- und Schuldenkrise wieder Wirtschaftswachstum generieren. Nur das Herauswachsen aus der Krise schafft die Voraussetzungen, um gut bezahlte Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, die der Garant für den Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes sind.

Dafür nehmen wir 25 Milliarden Euro in die Hand – eine gewaltige Summe; so groß, dass selbst ein freigiebiger Oppositionspolitiker wie Thomas Kutschaty sich in seiner Pressemeldung vom 17. März 2020 mit seiner Forderung nach Soforthilfen gar nicht mehr als 15 Milliarden Euro vorstellen konnte.

Zum Vergleich: In Baden-Württemberg wurde eine Kreditaufnahmeermächtigung in Höhe von 5 Milliarden Euro beschlossen. In Niedersachsen hat man einen Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 8,4 Milliarden Euro verabschiedet. In Bayern gibt es eine 20 Milliarden Euro starke Corona-Kreditermächtigung.

Weil die Landesregierung Rettungsschirm und allgemeinen Haushalt klar voneinander abgrenzt, handelt sie transparent. Denn so kann jeder die Ausgaben für Corona genau zuordnen; nichts verschwimmt. Das ist sinnvoll und klug.

Daher begrüße ich auch, dass der NRW-Rettungsschirm bis 2022 aufgespannt bleibt. Dies gibt den Menschen, den Unternehmen und den Kommunen in unserem Land die notwendige Sicherheit.

(Zuruf von der SPD)

Wenn diese Coronakrise vorbei ist, wollen und müssen wir so schnell wie möglich aber wieder zu einer Finanzpolitik ohne Neuverschuldung zurückkommen. Schulden führen immer zu der Versuchung, alle Probleme mit Geld zu lösen und mit Geld zu erschlagen,

(Lachen von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

und Schulden führen immer zu der Versuchung, etwas nicht selbst tun zu müssen, weil es ja die kommenden Generationen tun werden.

Für das Jahr 2023 sieht die Mittelfristige Finanzplanung daher einen Haushalt ohne Entnahmen aus dem Rettungsschirm vor. Für das Jahr 2024 plant die Landesregierung einen Haushalt mit einem Überschuss von 200 Millionen Euro. Das ist der Einstieg, um die für den NRW-Rettungsschirm aufgenommenen Kredite wieder zurückzuzahlen.

Es ist wichtig und gut, dass alle in diesem Haus dem Verfahren parlamentarisch zugestimmt haben, und

es ist richtig und notwendig, dass jede von der Landesregierung vorgeschlagene Einzelmaßnahme aus dem Rettungsschirm im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert wird und bewilligt werden muss.

Auch wenn es ungewöhnlich für eine Haushaltsrede ist, tatsächlich über den Haushalt zu reden, will ich etwas tiefer einsteigen, damit klar wird, dass diese NRW-Koalition auch die Themen jenseits von Corona bearbeitet, damit klar wird, dass wir parallel zur Bewältigung der Pandemie an den wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes weiterarbeiten.

Diese NRW-Koalition ist 2017 angetreten, um etwas zu ändern. Dafür muss man im Haushalt einiges anders machen. Und genau das machen wir. Die Investitionsquote im Haushalt 2021 ist mit 10,3 % die höchste Investitionsquote in einem Haushalt dieses Landes seit 25 Jahren. Das entspricht 8,7 Milliarden Euro.

Im letzten von der Vorgängerregierung verantworteten Haushalt – 2016 – betrugen die Investitionsausgaben 6 Milliarden Euro. Wir haben also die Investitionsausgaben um rund 2,7 Milliarden Euro – entsprechend 45 % – gesteigert. Sie liegen signifikant über dem Schnitt der westdeutschen Flächenländer, der bei 9,6 % liegt. In 2022 sollen die reinen Investitionsausgaben auf knapp 9 Milliarden Euro steigen.

Dieser Haushalt steht auch in schwierigen Zeiten für Zukunft. Deshalb will ich in einige einzelne Ressorts hineinschauen:

Bei den Ausgaben für Familien nehmen wir große Investitionen für unsere Kleinsten vor. Insgesamt rund 5,7 Milliarden Euro sieht der Haushaltsplan 2021 für Kinder, Familien und den Kinderschutz vor. Für mehr Qualität in der Kinderbetreuung und für mehr Kinderbetreuungsplätze gibt diese NRW-Koalition mehr als eine halbe Milliarde Euro aus: 552 Millionen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Wir geben den Eltern eine Platzausbaugarantie. In diesem Kita-Jahr wurden dafür 730.000 zusätzliche Plätze geschaffen, im kommenden Kita-Jahr werden es 755.000 sein. Dazu kommen endlich auskömmliche Kindpauschalen und mehr Qualität in der Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal. Zusätzlich entlasten wir Familien mit einem weiteren beitragsfreien Kita-Jahr und sorgen auch noch für flexible Betreuungszeiten.

Der Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt ist zu einem der Schwerpunkte der Politik dieser NRW-Koalition geworden. In diesem Jahr hat er mit 4,8 Millionen Euro erstmals einen eigenen Haushaltsposten. Dieser wird im vorliegenden Haushaltsentwurf um 2,7 Millionen Euro aufgestockt. Das ist ein wichtiges Signal. Es ist so, wie der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung sagt: NRW ist die Avantgarde des Kinderschutzes. – Das wollen wir mit

zusätzlichem Geld hinterlegen. Das ist uns, der CDU-Fraktion und mir persönlich, ein wichtiges Anliegen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die innere Sicherheit ist ein weiterer Schwerpunkt der NRW-Koalition. Dass der Haushalt für dieses Ressort nun zum vierten Mal in Folge steigt und ein Volumen von rund 6,4 Milliarden Euro hat, spricht für sich. Hauptposten mit 44 % ist das Personal. Diese Frauen und Männer machen unser Land sicher.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Für ihre großartige Arbeit gerade in dieser Krisenzeit verdienen sie nicht nur unseren Dank, sondern auch unsere Rückendeckung. Die Einstellungszahlen bei der Polizei sind seit 2017 kontinuierlich erhöht worden, von 2.000 auf nun 2.660 Einstellungen von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern im kommenden Jahr. Auch beim Staatsschutz wurden zahlreiche neue Stellen zur Extremismusbekämpfung geschaffen.

Nicht nur personell, sondern auch technisch stanno wir unsere Polizei angemessen aus, um die Herausforderungen unserer Zeit mit dem richtigen Werkzeugkasten meistern zu können. Rund 20.000 Smartphones und 9.500 Bodycams machen die tägliche Arbeit einfacher und sicherer. Mit der Anschaffung von Drohnen und der Erprobung von Tasern setzen wir diesen Weg konsequent fort.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Für die eben genannte Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern und für die Bekämpfung der Cyberkriminalität stellen wir 105 Spezialistinnen und Spezialisten ein.

Zur Entlastung und Unterstützung des operativen Dienstes werden 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte im polizeilichen Verwaltungsdienst geschaffen.

Zur besseren Bekämpfung von Terror und Extremismus erhält der Staatsschutz 80 neue Stellen.

Eine Nulltoleranzstrategie gegen Kriminalität braucht aber auch eine starke Justiz. Mehr als 330 neue Stellen für die Gerichtsbarkeit, darunter allein 109 neue Richterstellen sowie 164 neue Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, viele neue Stellen im Justizwachtmeisterdienst – so nimmt diese NRW-Koalition den Kampf gegen Kindesmissbrauch, gegen Rechtsextremismus, gegen Hasskriminalität und gegen organisierte Kriminalitätsformen auf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch im Justizvollzug gibt es 2021 personelle Verstärkung. Wir investieren zudem in die Umsetzung

der Empfehlungen unserer Expertenkommission, beispielsweise 10 Millionen Euro für einen verbesserten Brandschutz in den Justizvollzugsanstalten.

Im Einzelplan Schule und Bildung werden im kommenden Jahr 20,5 Milliarden Euro investiert. Das ist fast ein Viertel des Gesamthaushaltes und damit der größte Posten. Weil dieser NRW-Koalition Bildung wichtig ist, gibt es im Vergleich zum Vorjahr noch einmal ein dickes Plus von 2,27 %. Damit schaffen wir 2.750 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die im Gegensatz zu der Vorgängerregierung auch tatsächlich mit dem notwendigen Geld ausgestattet sind.

(Beifall von der CDU)

Insbesondere die Grundschulen stärken wir mit 1.400 zusätzlichen Lehrerstellen, 450 für die Schulleitungsphase und einem Plus bei den Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte auf insgesamt 1.745.

Der Offene Ganztag, den Herr Kutschaty noch beschrieben hat, als würden wir dafür gar nichts tun, wird weiter um 25.000 Plätze auf dann fast 355.000 Plätze ausgebaut.

750 zusätzliche Lehrerstellen sind für die Neuausrichtung der Inklusion vorgesehen.

Die Gymnasien müssen sich auf die Umstellung auf G9 zum Schuljahr 2026/27 vorbereiten und haben einen Mehrbedarf von 4.200 Lehrerstellen angemeldet. Damit dieser enorme Bedarf überhaupt zu decken ist, stellen wir im Vorgriff schon im kommenden Jahr 1.450 neue Stellen bereit.

Der Masterplan Grundschule schlägt 2021 mit mehr als 2,75 Milliarden Euro zu Buche. Mit diesem Geld werden Lehrkräfte unterstützt und die Qualität des Unterrichts gesteigert.

Die Schulsozialarbeit ist ab dem Haushalt auch für das kommende Jahr dauerhaft durch das Land gesichert – mit einem Gesamtvolumen von fast 50 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, gute Mobilität ist Grundlage für Lebensqualität, Wohlstand und Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft. Das bedeutet, dass alle Verkehrsträger in Planungen einbezogen werden müssen. Genau das bildet dieser Haushalt ab. Er setzt neue Schwerpunkte.

Corona hat einen Fahrradboom ausgelöst, und die NRW-Koalition will, dass dieser Trend nachhaltig bleibt. Dafür investieren wir 54 Millionen Euro in das Radwegenetz, 15 Millionen Euro mehr als 2020, 20 Millionen mehr als im letzten Haushalt von Rot-Grün.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieser Verkehrsminister baut mehr Fahrradwege als jeder Verkehrsminister vor ihm. Kaum einer weiß, dass die Planung eines neuen Radweges in etwa so aufwendig ist wie die Planung einer neuen Straße.

Deshalb haben wir schon 2020 zehn zusätzliche Stellen für die Planung beim Landesbetrieb geschaffen, die sich ausschließlich um mehr Tempo beim Ausbau von Radschnellwegen kümmern.

Dennoch ist das Rad kein Allheilmittel. Es wird keine Container über die Autobahn fahren und keinen Heizkessel zum Kunden bringen. Aber eine kluge, nachhaltige und zukunftsweisende Verkehrspolitik spielt die Verkehrsträger nicht gegeneinander aus, sondern erkennt die Potenziale und Chancen jedes einzelnen.

Dass diese NRW-Koalition Jahr für Jahr Rekordsummen für den Erhalt und die Modernisierung unserer Landesstraßen – in diesem Jahr 205 Millionen Euro – bereitstellt, ist der Beleg sowohl für die jahrelange Verdrängung des Problems als auch für die Tatsache, dass wir dabei sind, es jedes Jahr Stück für Stück zu beseitigen.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

2 Milliarden Euro für den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen, dem Pendlerland Nummer eins, sind genau richtig platziert. Die Maßgabe für den ÖPNV heißt aber nicht nur „Bauen, bauen, bauen“, sondern es geht auch um eine intelligente Vernetzung, barrierefreies, modernes, zeitgemäßes Ticketing und eine durchschaubare Kundeninformation.

Wir haben auch die Mobilität 4.0 fest im Blick. Im kommenden Jahr werden dafür Mittel in Höhe von 20,5 Millionen Euro bereitgestellt, damit irgendwann in naher Zukunft autonom fahrende Linienbusse, Pkw, Bahnen oder vielleicht sogar Binnenschiffe realisiert werden können.

Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen perspektivisch abzusichern, hat diese Landesregierung vorausschauend bereits im März 2020 einen Achtpunkteplan beschlossen. Er enthält neben der Isolierung der coronabedingten Schäden in den Kommunalhaushalten unter anderem folgende Punkte:

- Sonderhilfen für die 64 am „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ teilnehmenden Städte und Gemeinden mit einer Sonderzuweisung von 342 Millionen Euro, um Konsolidierungsprozesse zu stützen,
- Änderungen des Krediterlasses des Landes Nordrhein-Westfalen, sodass eine festverzinsliche Laufzeit von 50 statt bis jetzt 10 Jahren vereinbart werden kann,
- Sicherstellung der Versorgung der Kommunen mit Liquidität. Dafür wurde über die landeseigene Förderbank, die NRW.BANK, ein Finanznetz zur Liquiditätsversorgung unserer Kommunen mit einer Haftungsfreistellung über 5 Milliarden Euro im Falle des Ausfalls der Kreditversorgung über den Markt gespannt.

- Zur Absicherung öffentlicher Infrastrukturbetriebe wie Flughäfen oder ÖPNV-Betreiber wurde ebenfalls ein Finanznetz mit einer Haftungsfreistellung von 5 Milliarden Euro über die landeseigene Förderbank gespannt.
- Das Land Nordrhein-Westfalen erstattet den Kommunen gemeinsam mit dem Bund jeden Cent ausgefallener Gewerbesteuern, beteiligt sich also am Ausgleich von Gewerbesteuermindererträgen mit insgesamt 2,72 Milliarden Euro.
- Hinzu kommen weitere liquiditätswirksame Ausgleichs über eine Beteiligung an ausbleibenden Gebühren für Kindertageseinrichtungen und die Offene Ganztagsbetreuung.
- Zusätzlich beteiligt sich der Bund an den Kosten der Unterkunft dauerhaft mit einem höheren prozentualen Anteil. Es handelt sich um eine nachhaltige und dauerhafte Entlastung von rund 1 Milliarde Euro strukturell für unsere Kommunen.

Insgesamt sind im Haushalt 2021 für die Kommunen 31,3 Milliarden Euro vorgesehen. Das entspricht 37,3 % der Gesamtausgaben des Landeshaushalts. Im letzten rot-grünen Haushalt 2016 waren es nur 24,4 Milliarden Euro.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Das entsprach damals 34,9 % der Gesamtausgaben. Also haben wir eine Steigerung um 2,4 % bei den Gesamtausgaben für die Kommunen. Das ist auch in diesen schwierigen Zeiten eine gute Nachricht.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Gleichzeitig mit dem Haushaltsbeschluss werden die Zuweisungen und Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände geregelt. Nach dem geltenden Recht würde sich das Volumen in der Zuweisung verringern, doch wir gehen den Schritt in die entgegengesetzte Richtung. Gegenüber 2020 sieht die Gemeindefinanzierung ein Plus von rund 800 Millionen Euro vor. Damit wird sie so gestellt, als ob es die Coronakrise nicht gegeben hätte.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Da die Kommunen Wachstumstreiber vor Ort sind, müssen sie finanziell handlungsfähig bleiben. Mit freiwilligen höheren Zuweisungen des Landes garantiert dies die NRW-Koalition. Um das Ziel zu erreichen, wird die Finanzmasse um 943 Millionen Euro aus dem NRW-Rettungsschirm verstärkt.

(Beifall von der CDU)

Das Land verschuldet sich damit zugunsten der Kommunen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist wieder unwahr!)

Gerade die Gesundheit ist in diesem Coronajahr eines der wichtigsten Themen, aber es wird auch eine Zeit nach Corona geben. Daher müssen wir die Strukturen in der Gesundheitsversorgung so anpassen, dass alle in unserem Land von einer bestmöglichen Versorgung profitieren können.

Mit dem Haushalt 2021 investiert diese NRW-Koalition daher insgesamt 767 Millionen Euro in die Krankenhausversorgung. Zusätzlich arbeiten wir daran, eine effiziente Krankenhausplanung zu verwirklichen, die dafür sorgt, dass jeder von Spezialisten behandelt werden kann und trotzdem weiterhin eine sichere und erreichbare Grundversorgung in den Kliniken vorhanden ist.

Die Landarztquote ist ein Erfolgsmodell. Wir knüpfen daran an und stellen alleine 2,5 Millionen Euro für das Hausärzteaktionsprogramm bereit, um die medizinische Versorgung flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen in den Städten und auf dem Land zu verbessern.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Zusätzlich fließen gerade im nächsten Jahr erhebliche Mittel in die Ausstattung der Gesundheitsämter, die in diesem Jahr mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich Herausragendes leisten. 25 Millionen Euro gehen an die Kommunen zur Einstellung von Hilfskräften für die Kontaktnachverfolgung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Aufgabe der Opposition, eigene Schwerpunkte in einem Haushalt zu fordern. Herr Kutschaty hat das zwar in seiner Rede nicht erwähnt, aber ich will diese Anträge ... – Nicht? Haben Sie sie erwähnt? Entschuldigung. Dann habe ich an der Stelle vielleicht nicht aufmerksam genug zugehört.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich will sie einmal so zusammenfassen: Mit den Änderungsanträgen unter dem Deckmantel von Corona möchte die SPD dauerhafte – dauerhafte! – strukturelle Mehrbelastungen in dreistelliger Millionenhöhe für die Zukunft schaffen. Die SPD will schon länger geforderte Ausgaben finanzieren, ohne jegliche Gegenfinanzierung im Haushalt vorzunehmen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wieder die Unwahrheit!)

Sie macht also das, was sie schon immer getan hat: Sie geht konsequent weiter den Weg in eine dauerhaft steigende Verschuldung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Da aber selbst die Entnahme aus dem Rettungsschirm, die Auflösung der Rücklage und die überhöhte Absenkung der Zinsen nicht ausreichen

würden, um die Ausgabenforderungen der SPD zu decken, sollen zusätzlich noch über die NRW.BANK außerhalb des Haushalts 5 Milliarden Euro für Investitionen bereitgestellt werden. Das ist nichts anders als Geldbeschaffung auf Pump. Diesen Weg werden wir nicht mitgehen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch wir haben neben den bereits im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Haushaltsanträgen weitere Anträge gestellt. Ich freue mich, dass sich die Fraktionen von SPD und Grünen einem Antrag von CDU und FDP angeschlossen haben. Es geht darum, Projekte und Maßnahmen des Vereins 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. im Zusammenhang mit dem sich 2021 jährenden 1700-jährigem Bestehen der ältesten jüdischen Gemeinde in Köln zu fördern.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir stellen im Haushalt dafür eine Summe von einer halben Million Euro bereit.

Für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, sehr geehrter Herr Kutschaty, ist die alljährliche Haus- und Straßensammlung eine wesentliche Einnahmequelle. Sie haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass bedingt durch die Coronapandemie diese, wie 2020 noch geplant, nicht stattfinden konnte. Um die Einnahmeeinbußen auszugleichen und die wichtige Arbeit des Volksbundes zu erhalten, erhöhen wir den Ansatz um 300.000 Euro.

Wir haben – Sie können sich vielleicht erinnern – in einem der vorherigen Haushalte mal Mittel bereitgestellt, um Kinder sicherer auf ihrem Weg in die Kita und in die Grundschule zu machen. Die Sicherheit der Kleinsten im Straßenverkehr ist uns auch in diesem Haushalt ein besonderes Anliegen. Mit auffälligen und gut sichtbaren zusätzlichen Fahrradspeichenreflektoren, die um die einzelnen Speichen des Rads gelegt werden, wird die Sichtbarkeit junger Verkehrsteilnehmer deutlich erhöht. Das ist gerade in der dunklen Jahreszeit sinnvoll. Jedes Kind, das an der Prüfung für den Fahrradführerschein teilnimmt, soll ein Set dieser Speichenreflektoren erhalten. Dafür stellen wir noch einmal 100.000 Euro bereit.

(Beifall von der CDU und Christian Mangel [FDP])

Wichtig war uns, ein besonderes Auge auf diejenigen zu haben, die in dieser Coronakrise besonders unter den Einschränkungen zu leiden haben. Im Kontext der Pandemie sind insbesondere Familien mit eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten besonderen Belastungen ausgesetzt. Ich freue mich, dass unsere Arbeitskreise vor diesem Hintergrund ein Sonderprogramm für Familienerholung ermöglichen wollen, für das wir noch einmal 1 Million Euro zusätzlich bereitgestellt haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Darüber hinaus mussten wir feststellen, dass die Wälder in unserem Land seit Langem unter Trockenheit und Klimawandel zu leiden haben. Seit 2018 haben Forstwirte und Forstbetriebsgemeinschaften an über 30 Millionen Festmetern Holz Borkenkäferschäden zu verzeichnen. Viele forstwirtschaftliche Vermögen sind verloren. Die gesamte Wertschöpfungskette von den Waldbauern über die Fäll- und Rückeunternehmer, die Revierförster, die Forstämter, die Holzvermarktungsgesellschaften und die Logistiker bis hin zu den Sägewerken ist seit Monaten aufs Äußerste angespannt. Um allen vorliegenden und zu erwartenden Förderanträgen nach der Extremwetter-Richtlinie zu entsprechen, erhöhen wir die Mittel im kommenden Haushalt noch einmal um 50 Millionen Euro.

(Beifall von der CDU)

Das ist für mehr Menschen in diesem Land wichtig, als man denkt. Ich bin froh, dass dieses Ziel in Zusammenarbeit mit der Umweltministerin und dem Finanzminister tatsächlich erreicht werden konnte.

Abschließend erinnere ich an eine sehr dunkle Zeit in Deutschland. Jeder dritte sowjetische Kriegsgefangene, der zwischen 1941 und 1945 ins Deutsche Reich kam, durchlief das Stalag 326 in der Senne. Es fungierte weitestgehend als Rekrutierungs- und Durchgangslager für den Wehrkreis VI, der größtenteils dem heutigen Bundesland Nordrhein-Westfalen entspricht. Für den Ausbau der Gedenkstätte Stalag 326 Senne in Schloß Holte-Stukenbrock stellt der Bund mit Beschluss der Haushaltsbereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages über fünf Jahre hinweg Mittel von fast 25 Millionen Euro zur Verfügung, wenn das Land dieses Vorhaben in gleicher Höhe fördert. Der Antrag von CDU und FDP stellt die Kofinanzierung bis 2026 in gleicher Höhe sicher.

Mit Blick auf den zweiten coronabedingten Lockdown, der allen Menschen, Familien und Unternehmen in unserem Land viel zumutet, möchte ich mit einem Satz des Evangelisten Lukas aus der Weihnachtsgeschichte, die viele von uns in diesem Jahr wohl in einer ganz ungewohnten, weil privaten Umgebung hören werden, zum Schluss kommen. Dort sagt der Engel zu den Hirten: Friede auf Erden den Menschen, die guten Willens sind.

Trotz aller Gegensätze, trotz aller Auseinandersetzungen ist dieser gute Wille auch in diesem Hohen Haus ein einigender Gedanke gewesen. Wir alle haben uns in diesem Jahr in besonderem Maße dafür eingesetzt, die Krise zu meistern. Dafür spreche ich allen Mitgliedern der Landesregierung und den Kolleginnen und Kollegen dieses Parlamentes meinen herzlichen Dank aus. Ich darf Ihnen und Ihren Familien trotz der Einschränkungen ein besinnliches

Weihnachtsfest und einen guten und ruhigen Übergang in ein von Hoffnungen geprägtes neues Jahr wünschen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir ziehen heute Bilanz über dieses fast vergangene Jahr – ein Jahr, das von der Coronakrise geprägt war und geprägt ist. Regierungsvertreter müssen sich an ihrem Krisenmanagement während dieses Jahres messen lassen, und dazu gehört auch die Krisenkommunikation.

Krisenkommunikation hat auch etwas mit Innenpolitik zu tun. Es gibt einen Leitfaden des BMI, in dem die vier Grundprinzipien der Krisenkommunikation sehr gut dargestellt werden. Sie lauten: Schnelligkeit, Wahrhaftigkeit, Verständlichkeit und Konsistenz.

Ich meine, das ist zu Recht auch die Erwartungshaltung der Menschen in Nordrhein-Westfalen an die Landesregierung – doch sie wurden von dieser bitter enttäuscht.

(Beifall von den GRÜNEN und Thomas Kutschaty [SPD])

Die Krisenkommunikation dieser Landesregierung ist gekennzeichnet durch hektische SchulMails am Freitagnachmittag, durch falsche Hoffnungen für Gastronomie und Kultur im November sowie durch eine verkürzte Fokussierung auf Weihnachten, anstatt die Infektionszahlen und die Auslastung des Gesundheitssystems zum Maßstab zu nehmen. So stolpert Ministerpräsident Laschet durch diese Krise.

Der Sommer wurde nicht zur Vorbereitung auf die zweite Welle genutzt, und dringend notwendige Konzepte über den Tag hinaus fehlen immer noch, auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie.

Wir brauchen aber jetzt Perspektiven. Wir brauchen jetzt einen klaren Stufenplan für die Zeit ab Januar, der den Menschen Planbarkeit gibt, was bei welcher Inzidenz passiert. Wir brauchen in dieser Krise Verständlichkeit, und wir brauchen Konsistenz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen hat der Ministerpräsident in den vergangenen Monaten viele wechselnde Rollen eingenommen: als Zuspätkommer hinter Markus Söder, danach als Mahner, als Lockerer mit Hendrik Streeck als Kronzeugen, als Problemverdränger in der Sommerpause und dann als Zauderer im Herbst. Eine Konstante gab es aber immer: Sie hinken den Debatten hinterher.

Ich finde, das ist auch kein Wunder mit einer FDP als Bremsklotz am Bein,

(Henning Höne [FDP]: Ui, ui, ui!)

einer FDP mit einem Christian Lindner an der Spitze, der die Berufsfreiheit der Gastronomie über den Gesundheitsschutz gestellt hat,

(Henning Höne [FDP]: Einfach unwahr! Unwahr!)

mit einem Christian Lindner, der die FDP-mitregierten Bundesländer bei der Abstimmung zum Infektionsschutzgesetz im Bundesrat zu einer Enthaltung gezwungen hat.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Er ist doch gar nicht mehr hier!)

– Ja, er ist nicht mehr hier, aber offenbar spielt er hier nach wie vor eine ziemlich große Rolle.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich würde der FDP im Landtag NRW die Empfehlung geben, sich davon freizuschwimmen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Aber auch die FDP hier im Landtag hat Fehler gemacht. Sie hat sich mit Händen und Füßen gegen den Distanzunterricht gewehrt. Ich meine, man kann sagen, dass der Glanz der Traumhochzeit von CDU und FDP zur sogenannten NRW-Koalition längst verblissen ist. Vielleicht sollten Sie sich mal eine Eheberatung gönnen – das soll ja durchaus helfen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf)

Auf Kritik reagiert der Ministerpräsident dünnhäutig. Verantwortung wird auf die Schulen und die Kommunen oder in der Tönnies-Debatte auf Werksarbeiter aus Rumänien und Bulgarien abgewälzt. Das war inakzeptabel. Wer Ministerpräsident ist und Kanzler werden will, muss Kritik aushalten und konstruktiv mit ihr umgehen können, ohne zuallererst anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit ihrem Schlingerkurs hat die Regierung von Armin Laschet viel Vertrauen in der Bevölkerung verspielt – Vertrauen, das in der aktuellen Situation aber dringend notwendig ist, denn Vertrauen in staatliches Handeln ist unerlässlich für die Akzeptanz und Einhaltung der Schutzmaßnahmen.

Das gilt auch für die öffentliche Debatte und Diskussion. Deshalb ist es gut, dass wir hier im Parlament wieder über Schutzmaßnahmen diskutieren, auch – und das will ich dazusagen – wenn ich mir gestern eine etwas sachlichere Debatte gewünscht hätte.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das Coronavirus erschüttert unsere Gesellschaft. 952 Todesfälle innerhalb von 24 Stunden – mich hat das heute Morgen ziemlich schockiert, und ich vermute, das geht vielen von Ihnen auch so. Es gibt in den Kliniken viele schwer erkrankte Menschen, die gerade um ihr Leben kämpfen. Heute Morgen wurden knapp 28.000 Neuinfektionen gemeldet. Viele Familien haben in dieser Pandemie bereits geliebte Menschen verloren. Sie werden kein gemeinsames Weihnachtsfest mehr erleben. Deshalb sollten wir an diesem Weihnachten auch denjenigen gedenken, die nicht mehr unter uns sind.

Ich will hier ganz klar sagen: Daran, dass jeden Tag weiter viele Menschen sterben, kann und will ich mich nicht gewöhnen.

An dieser Stelle möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern danken,

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] und Regina Kopp-Herr [SPD])

die momentan viel auf sich nehmen, um sich und ihre Nächsten zu schützen.

Ich will auch allen Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern in Krankenhäusern und Einrichtungen danken und allen, die den Laden jetzt am Laufen halten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind jetzt Mitte Dezember noch lange nicht am Ende dieser Pandemie. Das muss man auch so ehrlich und so deutlich kommunizieren, ganz im Sinne der Grundprinzipien der Krisenkommunikation. Auch wenn uns der Impfstoff einen leichten Hoffnungsschimmer gibt, wird es noch viele, viele Monate dauern, bis wieder annähernd so etwas wie Normalität eintreten wird.

Dennoch ist das Ende eines solchen krisengeprägten Jahres der richtige Zeitpunkt, Lehren für die Zukunft zu ziehen. Wenn uns dieses Jahr eines gezeigt hat, dann ist das doch, wie wichtig gute Krisenvorsorge und fakten- und wissenschaftsbasiertes Handeln in der Politik sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vorausschauende Politik bedeutet, dass man auf Krisenszenarien gut vorbereitet ist – immer in der Hoffnung, dass denkbare Krisen niemals Realität werden. Das ist ja auch der Wesenskern des Katastrophenschutzes: auf Krisen vorbereitet sein, die hoffentlich niemals eintreten werden.

Neben der Coronakrise ist aber bereits eine weitere Krise zur Realität geworden. Es ist die Klimakrise. Sie bedroht schon heute ganz real Lebensgrundlagen in dieser Welt.

Die Klimakrise ist auch hier in Nordrhein-Westfalen schon sehr real zu spüren: Dürresommer, Waldschäden, Zunahme von extremen Wetterereignissen.

Auch Herr Löttgen, der jetzt gerade nicht im Raum ist – zumindest sehe ich ihn nicht –, hat das Thema „Waldschäden“ angesprochen.

Aber daraus muss doch etwas folgen. Daraus muss doch folgen, dass wir im Klimaschutz mehr machen.

Ich finde, die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei. Es ist Zeit, zu handeln. Auch hier müssen die dringenden Appelle der Wissenschaft endlich ernst genommen werden. Die Landesregierung darf nicht mehr nur ankündigen, sie muss endlich auch handeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, Herr Laschet, Herr Lienenkämper, Zukunftsinvestitionen kosten Geld. Sie kosten jetzt Geld. Aber sie zahlen sich später aus.

Sie hatten in den vergangenen Jahren das Glück von Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe. Sie müssen jetzt die Kommunen fit für die Zukunft machen und einen nachhaltigen Strukturwandel einleiten.

Sie schmücken sich ja gerne, Herr Pinkwart, mit einer Wasserstoffstrategie oder IN4climate, zerschlagen aber gleichzeitig die über die Landesgrenzen hinaus renommierte EnergieAgentur.NRW. Damit lassen Sie aus ideologischen Gründen seit Jahrzehnten gewachsene Strukturen einfach vor die Wand fahren. Ich finde das unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Pariser Klimaabkommen ist nun ziemlich genau fünf Jahre alt. Am 12. Dezember 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2, wenn möglich sogar auf unter 1,5 Grad zu begrenzen.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich letzten Freitag darauf verständigt, dass bis 2030 mindestens 55 % der CO₂-Emissionen eingespart werden und die Klimaneutralität in der EU bis 2050 erreicht wird.

Auch wenn wir Grüne – das gebe ich zu – uns ein höheres Ziel bis 2030 gewünscht hätten, so sind die gesteckten Ziele doch ein klarer Handlungsauftrag für uns hier in Nordrhein-Westfalen. Denn NRW kommt als Industrie- und Energieland eine besondere Rolle zu, der wir gerecht werden müssen und der diese Landesregierung aktuell bei Weitem nicht gerecht wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar ist auch – ich weiß, dass viele hier das nicht wahrhaben wollen –: Ohne einen früheren Kohleausstieg sind die Klimaziele der EU überhaupt nicht zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Wenn wir noch einmal auf das letzte Jahr zurückgucken, auf die Kommunalwahl, dann muss man klar sagen: Diese Kommunalwahl im September war auch eine Klimawahl. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land erwarten, dass wir in Sachen Klimaschutz vorankommen, und zwar schneller vorankommen. Die Klimakrise ist da, sie ist real. Genauso wie in der Coronakrise braucht es hier ein entschiedenes,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

ein wissenschaftsbasiertes, ein zielorientiertes Handeln. Der Lockdown light bei der Coronakrise hat doch schon nicht geklappt. Ein Klimaschutz light wird uns erst recht nicht aus der Klimakrise führen. Maß und Mitte reichen beim Klimaschutz nicht aus. Wir brauchen Mut, wir brauchen Zuversicht, und wir brauchen eine Regierung, die endlich anpackt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn anstelle eines ambitionierten Klimaschutzes hier in Nordrhein-Westfalen verhindert Minister Pinkwart den Ausbau erneuerbarer Energien. Er legt eine Leitentscheidung für das Rheinische Revier vor, die weder leitet noch entscheidet, sondern viele Fragen offenlässt in Bezug auf die Zukunft der Dörfer und den Hambacher Wald.

(Henning Höne [FDP]: Forst!)

Wenn Sie den Hambacher Wald wirklich schützen wollen, dann folgen Sie unserem Vorschlag, und kaufen Sie den Wald. Kaufen Sie den Wald, damit er in eine Stiftung überführt wird

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

und endlich Ruhe einkehren kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

– Ich weiß gar nicht, was die Zwischenrufe sollen. Ich dachte, es gäbe hier im Haus mittlerweile so etwas wie einen Konsens, was den Schutz des Waldes angeht. Dann handeln Sie doch! Dann kaufen Sie den Wald doch, damit Ruhe einkehren kann!

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Klar ist aber auch: Ohne Verkehrswende sind die Klimaziele nicht zu erreichen. Doch was macht Verkehrsminister Wüst? – Er setzt immer noch auf immer mehr Straßen. Beim Radverkehr hingegen geht es nicht voran. Der dringend notwendige Ausbau des Bahnnetzes läuft, wenn überhaupt, nur schleppend. Aber umweltfreundliche und klimaschonende Mobilität

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

muss jetzt im Fokus stehen. Mit den Verkehrskonzepten von gestern werden wichtige Zukunftschancen verpasst.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deshalb: Steuern Sie um. Investieren Sie mehr Geld,

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

um Mobilität, Klimaschutz und Lebensqualität für alle zu ermöglichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Haushalt lässt wichtige Zukunftsinvestitionen in den Klimaschutz vermissen. Unsere Haushaltsanträge für die Förderung von kommunalem Klimaschutz, für die Umstellung auf eine klimaneutrale Landesverwaltung oder auch für mehr Radverkehr haben Sie von CDU und FDP abgelehnt. Das ist völlig unbestritten Ihr demokratisches Recht. Aber ob es klug ist, auf Klimaschutzinvestitionen zu verzichten, werden nachfolgende Generationen beurteilen. Ich befürchte, das Urteil wird für Sie nicht gut ausfallen. Denn das, was wir aus der Coronakrise mitnehmen müssen, gilt auch für die Klimakrise: auf die Wissenschaft hören und entschieden handeln, um den Schaden zu begrenzen, so lange es noch irgendwie möglich ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn ab heute der Einzelhandel geschlossen und damit das Weihnachtsgeschäft gestoppt ist, dann ist das für viele Inhaberinnen und Inhaber des Einzelhandels wirklich dramatisch. In vielen Wirtschaftsbereichen, in der Gastronomie, der Veranstaltungsbranche, im Gastgewerbe, bedeuten die weitreichenden Schutzmaßnahmen schwere finanzielle Einschnitte, die auch existenzgefährdend sein können. Wir wissen das alle aus Gesprächen auch in unseren Wahlkreisen.

Ja, wir Grüne stehen hinter den Schließungen. Das haben wir ja gestern in der Debatte noch einmal deutlich gemacht. Denn nur mit Kontaktbeschränkungen werden wir die Ausbreitung dieses Virus stoppen und damit in der Konsequenz dann auch Menschenleben schützen.

Wichtig ist aber, dass Hilfsmaßnahmen schnell und unbürokratisch kommen, und zwar möglichst bald und nicht erst Mitte nächsten Jahres.

Die Infektionszahlen und die Beschränkungen gehen auch an der Industrie nicht spurlos vorbei. Angesichts einer drohenden Rezession fordern Wirtschaftsexperten jetzt vor allem öffentliche Investitionen. Der Staat muss jetzt in Forschung, in Bildung und in nachhaltige Infrastruktur investieren und damit auch die Konjunktur ankurbeln.

Wir haben einen Grünen Zukunftspakt Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen mit Investitionen in die Schulinfrastruktur, mit Vorschlägen zur Digitalisierung

unserer Hochschulen, mit einer klimaneutralen Landesverwaltung, mit Klimaschutz in den Kommunen und für Radwege.

Herr Laschet, Sie haben es in den letzten Jahren leider verpasst, und zwar trotz massiver Steuermehreinnahmen in den Jahren 2017 bis 2019, ausreichend Mittel für nachhaltige Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz in die Hand zu nehmen. Dass Sie diese Investitionen nicht tätigen, zeigt, dass Sie keinen Zukunftsplan, keine Vision für NRW über den Wahltag im September 2021 hinaus haben.

(Henning Rehbaum [CDU]: Sechsmal so viel wie die Grünen!)

Das ist eine fahrlässige Politik für unser Land.

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Sechsmal so viel wie die Grünen!)

Ja, ich bekenne, ich lese manchmal auch Broschüren und Magazine von anderen politischen Stiftungen. Insofern darf ich Ihnen heute eine Broschüre der Heinrich-Böll-Stiftung sehr ans Herz legen. Diese Broschüre, der Infrastrukturatlas, zeigt die Investitionen sehr deutlich. Daraus geht deutlich hervor, dass in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern viel zu wenig Geld öffentlich investiert wird.

Das sind übrigens nicht die Erhebungen der Heinrich-Böll-Stiftung, sondern das sind die Zahlen vom Statistischen Bundesamt. Während Bayern im Jahre 2019 pro Kopf rund 650 Euro investiert hat, investierte Nordrhein-Westfalen nur rund 280 Euro pro Kopf. Das ist weniger als die Hälfte der Investitionen in Bayern. NRW liegt im Ländervergleich weit abgeschlagen.

Dabei war es doch Herr Laschet, der in der Debatte zum letzten rot-grünen Haushalt 2017 mehr Investitionen eingefordert hat. Laschet versprach eine Ein-Drittel-Lösung bei den Steuermehreinnahmen. Sie haben damals gesagt: Das bedeutet Schuldenabbau, Investitionen und Entlastungen der Bürger. Dieses Versprechen, Herr Laschet, haben Sie gebrochen, und das ist für die Infrastruktur in diesem Land fatal.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft identifizierte Ende 2018 eine bundesweite Investitionslücke von 450 Milliarden Euro bis 2030. Das Land und auch Nordrhein-Westfalen hätten längst mehr investieren müssen. Aber spätestens jetzt, spätestens in dieser Krise brauchen wir einen Konjunkturmotor. Es gilt auch hier, die richtigen Weichen mit Investitionen in Forschung, Bildung, nachhaltiger Infrastruktur zu stellen, die Nordrhein-Westfalen zukunftsfest aufstellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Die Koalitionsfraktionen haben es in diesem Jahr durchaus spannend gemacht und ihre Änderungsanträge erst zur dritten Lesung des Haushalts vorgelegt. Wer dachte, die Zeit wäre vielleicht genutzt worden, um auf die Kritik in der Haushaltsanhörung einzugehen und umfangreiche Investitionen zu beantragen, wurde leider enttäuscht. Nichts dergleichen haben Sie beantragt.

Auch eine Attraktivitätsoffensive – sie ist unter anderem von den Gewerkschaften eingefordert worden – für die öffentliche Verwaltung wäre notwendig gewesen. Die Forderungen lagen auf dem Tisch. Stattdessen beantragen Sie dreimal 100.000 Euro in der Finanzverwaltung, der Justiz und bei der Polizei, mit denen jetzt Busse finanziert werden sollen, die durchs Land fahren und für die jeweiligen Ausbildungsgänge werben.

Das mag alles total gut und total richtig sein. Aber eine grundlegende Reform oder eine ernst gemeinte Offensive zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist das nicht. Das ist eine herbe Enttäuschung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP spricht seit Kurzem immer so viel von Bildungsgerechtigkeit. Das finde ich total gut. Denn Bildungsgerechtigkeit ist ein wichtiger Baustein von Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Klar ist aber auch, Bildungsgerechtigkeit braucht engagierte Lehrerinnen und Lehrer, und Bildungsgerechtigkeit beginnt schon bei den Kleinsten und bei den Kleinen. Wir haben aber schon heute einen massiven Lehrkräftemangel an den Grundschulen. Es fehlen mindestens 900 Lehrerinnen und Lehrer für die Klassen 1 bis 4.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Der Masterplan „Grundschule“ hat sehr lange auf sich warten lassen, aber dieser Masterplan „Grundschule“ ist eine einzige Enttäuschung, allein schon deshalb, weil er die zugesagte Angleichung der Eingangsbesoldung von Grundschullehrerinnen und -lehrern auf A13 völlig außer Acht lässt.

Ja, ich weiß, jetzt werden für 5 % der Lehrkräfte Beförderungsstellen eingerichtet. Aber das ist, ehrlich gesagt, nicht weniger als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wenn in der Laufzeit des Masterplans 5 % der Stellen A13 erhalten sollen, bräuchte es umgerechnet 100 Jahre, um alle Grundschullehrkräfte zu erreichen. Ich finde, Wertschätzung für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer sieht anders aus. Die Anpassung der Ausbildung muss endlich auch eine Anpassung der Besoldung nach sich ziehen. Und das betrifft natürlich auch die Lehrkräfte der Sekundarstufe I.

Herr Laschet, auch hier haben Sie ein wichtiges Versprechen gebrochen. Legen Sie endlich einen Plan

vor! Schenken Sie den Lehrkräften reinen Wein ein, wann sie endlich mit der Angleichung der Besoldung zu rechnen haben!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf einen Plan für die Zukunft der Kommunalfinanzen warten die Kommunen bislang vergeblich. Die Kommunen sind auch bei diesem Haushalt der große Verlierer. Dabei zeigt uns die Coronakrise doch, wie wichtig die Kommunen und die kommunalen Behörden sind.

Es sind nämlich die Gesundheitsämter, die die Quarantäneverfügungen erstellen und auch die Kontaktnachverfolgung betreiben.

Es sind die Kommunen als Schulträger, die Hygienemaßnahmen an den Schulen umsetzen und Luftfilteranlagen einbauen.

Es sind die Jugendämter, die auch in schwierigen Zeiten Kontakt zu ihren Schützlingen suchen und Familien beraten.

Es sind die Ordnungsämter, die die Einhaltung der Coronaschutzmaßnahmen überwachen.

Und es sind nicht zuletzt auch die Krisenstäbe, die die gesamten Aufgaben koordinieren, die Schutzmaßnahmen umsetzen und für die Information der Öffentlichkeit sorgen.

Es sind übrigens auch die 53 Krisenstäbe der kreisfreien Städte und der Kreise, die ausbaden müssen, dass ausgerechnet die Landesregierung ihren eigenen Krisenstab noch nicht aktiviert hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Land hält extra einen Krisenstab und auch entsprechende Haushaltsmittel vor. Es tut mir leid, Herr Laschet, dass ich in Ihrer Anwesenheit hier doch noch mal den Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder zitieren muss.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Bitte!)

– Das mache ich gerne.

Markus Söder hat am Sonntag in der Pressekonferenz mit der Kanzlerin nach der MPK bemerkenswerte Sätze gesagt, die ich gerne zitieren möchte. Er sagte:

„Corona ist eine Katastrophe, die unser Leben mehr betrifft als jede Krise, die wir in den letzten 50 Jahren zuvor hatten.“

Corona ist eine Katastrophe, sagt Markus Söder. Die NRW-Landesregierung sieht das aber offensichtlich anders,

(Henning Höne [FDP]: Markus Söder ist eine Katastrophe!)

denn sonst würden Sie den Krisenstab einrichten.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Quatsch!)

– Quatsch? Vielleicht unterhalten Sie sich mit dem Innenminister, der gerade nicht da ist, noch einmal darüber. Wir haben die Debatten – Herr Pfeil weiß das, und auch andere, die hier sitzen – mehrfach im Innenausschuss geführt, und Herr Reul konnte mir nicht erklären, warum dieser Krisenstab nicht eingesetzt wird.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Ich hatte selber das Gefühl, dass er selbst noch nicht einmal die Geschäftsordnung der Landesregierung zum Krisenstab gelesen hatte, denn daraus geht ziemlich klar hervor, was die Aufgaben sind und wann man einen Krisenstab aktiviert. Demnach hätte der Krisenstab längst aktiviert werden müssen.

Es geht im Übrigen auch nicht darum, wie kleinkariert die Grünen in Sachen Geschäftsordnung sind. Manchmal sind wir das, das gebe ich gerne zu. Der Grund ist doch, dass die Krisenstäbe für eine einheitliche Kommunikation sorgen. Sie sorgen dafür, dass Informationen von der Landesebene an die Kommunen gehen. Und das ist derzeit nicht der Fall. Reden Sie mal mit den Kommunalen vor Ort! Reden Sie mal mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern!

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Haben wir!)

Sie werden Ihnen bestätigen, dass es ein echtes Problem ist, dass diese Informationen nicht einheitlich an die kommunale Ebene gelenkt werden. Da lassen Sie wirklich Ihr schlechtes Krisenmanagement auf dem Rücken der Kommunen aus. Und ist wirklich eine ignorante Haltung, die ich nicht nachvollziehen kann.

(Beifall von den GRÜNEN und Thomas Kutschaty [SPD])

Obwohl hier jeder im Raum weiß, wie wichtig die Funktion der Kommunen in dieser Krise ist und wie wichtig die Kommunen für unser Gemeinwesen sind, lässt die Landesregierung sie am langen Arm verhungern. Jetzt kommt neben der ohnehin schon schwierigen finanziellen Situation vieler Kommunen auch noch die Last in der Coronakrise hinzu. Während Bund und Länder den Kommunen für die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 eine Kompensation zugesagt haben, werden die Kommunen im Jahr 2021 im Regen stehen gelassen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wer sagt das denn?)

Herr Lienenkämper, Sie lösen die Probleme der Kommunen in der Coronakrise nicht, wenn Sie heute kreditfinanzierte Zuweisungen geben.

(Henning Höne [FDP]: Wie hoch sind denn die Ausfälle für 2021? – Bodo Löttgen [CDU]: Was haben wir denn für 2021 erstattet?)

Sie schaffen damit in absehbarer Zeit neue Probleme,

(Beifall von den GRÜNEN)

denn Sie treiben die armen Kommunen nur weiter in die Schuldenspirale. Und das ist ja nicht das einzige Problem. Dazu kommt auch noch die Veränderung der Systematik des GFG: Indem Sie Schlüsselzuweisungen absenken und Pauschalen anheben, wird ein größerer Teil der Mittel unabhängig der Finanzkraft der Kommunen bereitgestellt. Im Ergebnis bedeutet das weniger Geld für die finanzschwachen Kommunen. Das ist ein echtes Problem.

(Beifall von den GRÜNEN)

On top kommt die immer noch nicht gelöste Altschuldenproblematik. Ministerin Scharrenbach hatte bereits für Anfang 2019 ein Konzept angekündigt. Davon fehlt immer noch jede Spur. Dabei läuft im Jahr 2020 – also dieses Jahr – der Stärkungspakt aus. Das Land spart ab dem nächsten Jahr, ab dem Jahr 2021, die Zuführung der Mittel und damit durchschnittlich 440 Millionen Euro pro Jahr.

Mit diesen Mitteln könnte das Land einen großen Schritt in Richtung Altschuldenlösung machen. Doch es passiert nichts. Das ist aus meiner Sicht ein Offenbarungseid, der zeigt, dass die Landesregierung offensichtlich kein Interesse an einer Altschuldenlösung hat. Sie sitzen das Problem der Kommunalfinanzen aus. Aus meiner Sicht und aus Perspektive der Kommunen ist das blanker Hohn.

(Beifall von den GRÜNEN und Sven Wolf [SPD])

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Woche gehen wir bis mindestens Mitte Januar in einen Lockdown. Jetzt ist es an der Zeit, an Konzepten für die Zeit nach Mitte Januar zu arbeiten. Wir brauchen einen Stufenplan, der verlässlich aufzeigt, wann und ab welchem Inzidenzwert welche Schutzmaßnahmen erfolgen oder Lockerungen eingeleitet werden können.

Und wir brauchen auch endlich eine echte Hotspot-Strategie – eine Strategie, bei der Minister Laumann nicht den betroffenen Kommunen die Verantwortung vor die Füße kippt, sondern die landesweite Regelungen schafft, welche Maßnahmen bei einem Inzidenzwert von über 200 gelten.

Im Übrigen brauchen wir eine Strategie, die die Städte im kreisangehörigen Raum berücksichtigt. Denn momentan schauen wir nur auf die Kreise. Wir schauen nicht in den kreisangehörigen Raum. Ich kann Ihnen sagen: In meinem Kreis liegt der Inzidenzwert unter 200. Zumindest war das gestern noch der Fall. Ich weiß aber, dass es auch in meinem Kreis, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, Kommunen gibt, die inzwischen bei einem Wert von über 200 liegen.

Wir haben keine Maßnahmen dafür, weil auch diese Landesregierung nichts vorgibt. Ich finde das wirklich fatal. Auch hier lassen Sie die Kommunen komplett

alleine. Das geht nicht. Das ist ein schlechtes Krisenmanagement, und das müssen Sie dringend ändern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Verständlichkeit und Konsistenz sind nicht nur Grundprinzipien der Krisenkommunikation. Sie erhöhen auch die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns. Das ist gerade in dieser Krise so enorm wichtig, damit wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger haben.

Schnelligkeit, Wahrhaftigkeit, Verständlichkeit und Konsistenz – das sind die vier Grundprinzipien. Diese vier Grundprinzipien brauchen wir auch im Bereich der Schulpolitik. Hier darf sich nicht wiederholen, was wir in den Osterferien, in den Sommerferien und in den Herbstferien erlebt haben. Das waren Ferien der verpassten Chancen.

Herr Laschet, Frau Gebauer, Sie haben jetzt viele Hausaufgaben für diese Weihnachtsferien bekommen. Und wir erwarten, dass Sie sie auch erledigen. Dass Herr Laschet sich jetzt endlich gegenüber dem kleineren Koalitionspartner FDP durchgesetzt hat und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf den eindringlichen Appell der Wissenschaft gehört haben, war dringend notwendig. Aber der Schaden, der in der Schulpolitik angerichtet wurde, ist enorm.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der nicht vorbereitete Präsenzunterricht geht auf Kosten der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern. Deshalb muss Frau Gebauer jetzt endlich liefern und den Schulen und Schulträgern den notwendigen Spielraum geben, um lageangepasste pädagogische Konzepte auf den Weg zu bringen.

Deshalb wundere ich mich schon, wenn ich mir die Änderungsanträge der Koalition zur dritten Lesung ansehe. Der einzige Änderungsantrag der Koalition zum Thema „Schule“ betrifft das Schulschwimmen. Das ist ohne Frage ein total wichtiges Thema, aber angesichts einer Situation, in der die Schulen drohen, in dieser Krise aufgrund der schlechten Vorbereitung des Schulministeriums baden zu gehen, wundert es mich sehr, dass diese Koalition nicht mehr auf den Tisch gelegt hat. Denn es geht doch darum, Bildungsgerechtigkeit und Infektionsschutz endlich in Einklang zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN, Thomas Kutschatj [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wir brauchen in diesem Winter und auch im gesamten nächsten Jahr viel Solidarität und Unterstützung. Wir brauchen Solidarität mit denjenigen, die kein Zuhause haben, wenn alle zu Hause bleiben sollen. Wir brauchen Hilfe und Unterstützung für diejenigen, deren Zuhause kein sicherer Ort ist. Wir brauchen

Unterstützung und Angebote für die Familien, die darauf angewiesen sind, dass ihre Kinder in Kita und in Schule ein warmes Mittagessen bekommen.

Denn diese Krise trifft uns alle, aber sie trifft uns nicht gleichermaßen hart. Wir als Politik können aber nicht nur für Solidarität und Gerechtigkeit werben, sondern wir müssen als gutes Beispiel vorangehen, indem wir Maßnahmen zum Infektionsschutz mit Konzepten flankieren, die gerade denen Unterstützung zukommen lassen, die am härtesten durch die Krise getroffen werden.

Wir alle wissen, dass dieses Weihnachtsfest nicht so werden wird wie in jedem Jahr. Unsere Gedanken werden bei denjenigen sein, die wichtige Menschen verloren haben, und auch bei denjenigen, die in den Krankenhäusern um jedes Leben kämpfen.

Politischer Wettstreit um die besten Ideen gehört – auch in der Krise – zu einer Demokratie. Das ist Teil einer Demokratie. Das ist wichtig. Also lassen Sie uns weiter streiten. Lassen Sie uns auch im Jahr 2021 den politischen Wettstreit führen – ich freue mich darauf –, aber immer mit dem gemeinsamen Ziel vor Augen, dass wir diese Pandemie bekämpfen müssen, damit wir nächstes Jahr um diese Zeit wieder gemeinsam mit vielen Freundinnen und Freunden, mit unseren Familien zusammen feiern können. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal auch vonseiten der FDP-Landtagsfraktion herzlichen Dank an André Kuper für seine sehr gefühlvollen Worte, die er heute gefunden hat. Sicherlich hat er im Namen des gesamten Präsidiums gesprochen. Das war gut, das war angemessen. Nochmals danke dafür!

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Thomas Kutschaty hat mit zwei Aussagen zu Beginn seine Rede absolut recht. Er hat gesagt, diese Haushaltsdebatte in der dritten Lesung sei nicht vergleichbar mit denen der vergangenen Jahre. Vor dem Hintergrund der Krise ist heute alles etwas anders. Auch seine zweite Aussage, dass man durchaus einmal darüber nachdenken könne, was man tags zuvor in einer dynamischen Debatte gesagt habe, trifft uns alle. Das ist ein guter Vorschlag an uns alle, und dabei sollte sich keiner herausnehmen. Da sind wir auch dabei, und das sogar sehr gerne.

Eine Haushaltsdebatte ist traditionell ein Rückblick auf das laufende Jahr – in diesem Fall 2020 – und ein Ausblick auf das Jahr 2021. Wir sind in dieses Jahr mit einem Haushalt 2020 gestartet, der die wesentlichen Eckpunkte dieser Koalition enthalten hat, nämlich massive Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit. Mit dem Haushalt 2020 haben wir auch mit dem Schuldenabbau in Nordrhein-Westfalen begonnen.

Und dann kam Corona – eine absolute Ausnahmesituation. Es kam ein Rettungsschirm von 25 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Wir alle versuchen gemeinsam – die Debatte gestern hat es gezeigt –, aus dieser wirklich sehr schwierigen Krise herauszukommen. Es ist eine verdammt schwierige Aufgabe. Gemeinsam können wir sie in diesem Hohen Hause hoffentlich meistern.

Der Haushalt 2021 stellt im Wesentlichen eine ganz wichtige, grundsätzliche politische Frage, nämlich: Was ist solide Finanzpolitik? Bedeutet solide Finanzpolitik das Erfüllen von vielen, durchaus auch wertvollen Wünschen? Das haben wir gerade in den Reden von SPD und Grünen gehört. Oder heißt solide Finanzpolitik, nach Möglichkeit keine Schulden zu machen, sondern die Ausgaben durch die Einnahmen zu decken?

Nordrhein-Westfalen hat sich an eine Schuldenspirale gewöhnt. 45 Jahre lang gab es hier keine Haushaltseinbringung, die keine Kreditaufnahme vorsah. Die NRW-Koalition von CDU und FDP hat auch in diesem Bereich für einen Politikwechsel gesorgt. Wir haben Prioritäten formuliert – insbesondere Bildung, Infrastruktur und Sicherheit –, und wir haben gezeigt, dass man mit dem Geld auskommen kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was für jede Familie, für jeden Mittelständler, für jeden Handwerker auf Dauer die einzige Möglichkeit ist – nämlich mit dem eigenen Geld auszukommen –, muss und soll – das ist für uns eine Selbstverständlichkeit – für Nordrhein-Westfalen und diese NRW-Koalition gelten.

Das haben wir 2017 mit dem Nachtragshaushalt eingestiebt. Das haben wir 2018, 2019, 2020 bewiesen, und das werden wir auch in den nächsten Jahren – wahrscheinlich auch über 2022 hinaus – gemeinsam so machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Sonderausgaben durch die Coronakrise werden gesondert verbucht, aber die Tilgung wird in zukünftige Haushalte einfließen. Das wird eine Belastung sein, die wir gemeinsam stemmen müssen. Das nenne ich solide Finanzpolitik.

Die Schwerpunkte im Haushalt 2021 sind unverändert: Generationengerechtigkeit durch solide Finanzen, Nachhaltigkeit – dazu werde ich gleich noch

einiges sagen –, Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit, Anreize für private Investitionen in Nordrhein-Westfalen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Frau Schäffer hat sich gerade in zwei Punkten ihrer Rede auf Berlin bezogen. In jeder Ihrer Reden wird Christian Lindner kritisiert; das ist Standard. Er kann machen, was er will: Sie kritisieren das prinzipiell.

Zum Schluss Ihrer Rede haben Sie sich als Söderfan gezeigt – bemerkenswert.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das dürfen Sie aber nicht den Grünen in Bayern sagen, ja?)

– Okay.

Wo wir gerade bei Berlin sind, möchte ich noch einmal kurz auf die Haushaltsdebatte der vergangenen Woche in Berlin eingehen. Der Bund macht mal eben so 160 Milliarden Euro neue Schulden. Das ist die Handschrift der SPD; das haben wir hier 45 Jahre lang gesehen. In Berlin wird genau diese Politik fortgesetzt, wenn die SPD in Verantwortung ist –

(Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und André Stinka [SPD])

ohne klare Aussagen, wie das getilgt werden soll. Das Ziel scheint offenbar die Bundestagswahl zu sein. Man will möglichst viele Versprechungen machen. Alles wird auf Pump finanziert, um mit einem relativ guten Ergebnis durch diese Bundestagswahl zu kommen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dabei ist der ARD-Deutschlandtrend bemerkenswert, der sich mit der Frage beschäftigt, ob sich die Menschen in Deutschland Sorgen machen, dass zu viele Schulden gemacht werden: 63 % der Menschen in Deutschland machen sich erhebliche Sorgen, dass in Deutschland zu viele Schulden gemacht werden. Übrigens sagen das 54 % der SPD-Anhänger auch.

(Beifall von der FDP und Nic Peter Vogel [AfD])

Olaf Scholz hat in seiner Rede versprochen, dass die Coronahilfen endlich fließen. Nach wie vor klappt die Organisation nicht. Abschlagszahlungen lehnt er ab.

Die Folge ist, dass wenige Tage vor Weihnachten und gut zwei Wochen vor Silvester viele Unternehmen Angst um ihre Existenz haben, weil sie die Belastungen, die zum 30.12. auf sie zukommen, nicht tragen können. Die Insolvenz wäre die Folge.

Es sind nicht nur die Unternehmen und die kleinen Geschäfte, die diese Sorgen haben, sondern es sind vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dort beschäftigt sind und die sich Sorgen um ihre Existenz machen. Sie machen sich Sorgen, wie sie weiterhin ihre Familie und ihren Lebensstandard finanzieren können.

Ich hoffe, dass die Bundesregierung, dass Olaf Scholz einlenkt und möglichst schnell Abschlagszahlungen auf den Weg bringt.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart erinnern, der die Soforthilfen im Frühjahr beispielhaft organisiert hat, ein Vorbild für ganz Deutschland: schnell, unbürokratisch und für jeden verständlich. Es geht also; man muss es nur wollen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte in fünf Punkten auf den Haushalt 2021 eingehen. Der erste Punkt: Unsere Wirtschaftspolitik – die Wirtschaftspolitik der NRW-Koalition – schafft seit 2017 Vertrauen. In der wirtschaftlichen Entwicklung liegen wir mittlerweile über dem Bundesdurchschnitt; das war in den Zeiten von 2010 bis 2017 unter Rot-Grün anders.

Im ersten Halbjahr 2020 gab es in Nordrhein-Westfalen 17 % mehr Start-up-Gründungen als im Vorjahreszeitraum. Das heißt, gerade die Start-ups, diese modern denkenden Unternehmen – oft junge Leute, junge Familien – kommen nach Nordrhein-Westfalen.

Sie bleiben nicht in Berlin oder in anderen großen Städten Deutschlands, sondern Nordrhein-Westfalen zieht sie an, weil diese NRW-Regierung eine Willkommenskultur für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, für moderne Politik und für die Start-ups Deutschlands etabliert hat.

Ich sage für die NRW-Koalition: Kommt weiterhin nach Nordrhein-Westfalen. Ihr seid herzlich willkommen. Bitte kommt zu uns.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In der Wirtschaftspolitik haben wir den vor allem durch die Grünen bedingten Stillstand beendet. Mike Groschek als Landesvorsitzender der SPD hat nicht ohne Grund von einer Durchgrünung Nordrhein-Westfalens gesprochen und sie beklagt. Dieser Politikwechsel war für NRW verdammt wichtig.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Der zweite Punkt: Wichtig für die FDP-Fraktion ist die Stärkung der Innenstädte. Kollege Thomas Kutschaty ist darauf auch eingegangen; das ist in der Tat ein wichtiger Punkt. Wir wollen die Mitte der Städte stärken. Leben, Handel, Gastronomie, Freizeit, Sport – all das gehört in die Innenstädte und sichert zudem Arbeitsplätze.

Arbeitsplätze in den Innenstädten sind nicht mehr so selbstverständlich wie vor 10, 20 oder 30 Jahren – insbesondere im Handel, denn das Internet kennt keine Öffnungszeiten. Das Internet kennt auch keine Sonntagspause.

Ver.di, Grüne und SPD stehen hier bei Lösungen auf der Bremse. Das haben wir sogar jetzt in der Krise erlebt; das hätten wir nicht erwartet. Wir werden uns gemeinsam diesen Problemen stellen müssen – ich schaue insbesondere Thomas Kutschaty an –,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

weil wir in der Frage der Sonntagsöffnungen zu einer pragmatischen Lösung kommen müssen; wir wollen ja nicht die Welt auf den Kopf stellen. In dieser Frage brauchen die Innenstädte und der Handel unsere Hilfe, damit wir einen fairen Wettbewerb ermöglichen.

Auf der einen Seite steht der Handel mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit Auszubildenden, mit der Bereitschaft, sich vor Ort einzusetzen und vieles Soziale zu unterstützen.

Auf der anderen Seite steht der Internethandel: keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Städten, keine Auszubildenden, in der Regel sogar keine Steuereinnahmen für Nordrhein-Westfalen und Deutschland.

Da muss es doch auch für die Kolleginnen und Kollegen der SPD eine Selbstverständlichkeit sein, für faire Rahmenbedingungen zu sorgen, um die Innenstädte in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch die freien Berufe stärken Wirtschaft und Innenstädte. Deshalb fördern wir mit einem Haushaltsantrag die Strukturen der freien Berufe, die gerade in der Krise ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt haben.

Wer Innenstädte stärken will, muss auch die Kommunen stärken. Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist mit einer Rekordsumme von knapp 13 Milliarden Euro ausgestattet. Die Gewerbesteuer ausfälle werden im Jahr 2020 ausgeglichen – gemeinsam mit dem Bund.

Natürlich werden wir auch für 2021 eine Lösung finden, aber dazu brauchen wir erst einmal Rahmenbedingungen und Eckpunkte, damit wir uns damit gemeinsam beschäftigen können, wie diese Hilfe überhaupt aussehen soll.

Noch sind wir im Jahre 2020 und haben für eine gute Lösung gesorgt, die übrigens dazu führt, dass in den Kommunen weiterhin investiert werden kann. Das ist von elementarer Bedeutung, gerade in der Krise.

Wir geben rund 1 Milliarde Euro mehr für die Krankenhäuser vor Ort aus, die gerade in der Krise, aber natürlich auch darüber hinaus eine besondere Rolle spielen. Der Investitionsstau bei den Krankenhäusern, der über viele Jahrzehnte entstanden ist, ist groß.

Wenn wir die Innenstädte stärken wollen, müssen wir dort auch Wohnen und Bauen ermöglichen. Die Mieten sind zu hoch, und es gibt zu wenige Wohnungen; da sind wir uns einig. Die Frage ist nur: Wie kann man das Problem lösen?

Wir haben die Rahmenbedingungen verändert. Wir haben es unkomplizierter gemacht, sodass wieder leichter investiert werden kann. Damit haben wir Anreize zum Bauen geschaffen, damit mehr Wohnungen entstehen: Je mehr Wohnungen da sind, desto größer ist das Angebot.

Wenn wir dazu kommen, dass Angebot und Nachfrage im Einklang stehen, werden sich die Mieten automatisch wieder auf ein normales und erträgliches Niveau reduzieren. Also muss gebaut werden; das ist unser Ziel, und das ist unsere Politik, die wir seit drei Jahren umsetzen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Von 2010 bis 2017 – der Landesvorsitzende der SPD war auch Bauminister – war das anders. Die Rahmenbedingungen wurden erschwert; es wurde nicht gebaut. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage wurde immer größer, und die Mieten sind explodiert. Das war die Politik von 2010 bis 2017 von SPD und Grünen hier in Nordrhein-Westfalen.

Man kann oder man könnte aus so etwas lernen. Schauen wir in das Bundesland Berlin, wo auch Grüne und SPD regieren. Dort hat man Wohnungen enteignet, weil man glaubt, so könnte man die Baupolitik besser steuern. Man hat einen Mietendeckel etabliert.

Was war die Folge? – Keine neuen Wohnungen, keine neuen Häuser, keine Investitionen, sondern erhebliche Kostenaufwendungen, und die Mieten explodieren seitdem weiter. Das ist nicht die Lösung dieser Problematik.

Ich bin froh, dass wir hier eine Regierung und eine Koalition haben, die den vernünftigen Weg gehen wollen, Angebot und Nachfrage wieder in Einklang zu bringen, ohne zu glauben, der Staat könne es alleine regeln.

Wir brauchen für die notwendigen Investitionen die privaten Gesellschaften und auch die Privateigentümer, die Privatinvestoren, die dafür sorgen, dass genügend Kapital vorhanden ist, um die notwendigen Wohnungen zu schaffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Staat alleine wird es niemals schaffen, weil der Staat dieses Geld überhaupt nicht hat.

Kollege Kutschaty hat gesagt, er bzw. die SPD wären die Partner der Mieterinnen und Mieter. Das haben Sie leider 2010 bis 2017 nicht bewiesen, sondern das Gegenteil. Mit Ihrer heutigen Rede beweisen Sie

noch einmal das Gegenteil. Sie sind eben das Gegenteil und nicht der Partner.

Sie sorgen mit Ihrer Politik für steigende Mieten. Das kann Nordrhein-Westfalen nicht wollen. Deswegen bin ich ziemlich zuversichtlich, dass man am Wahltag im Mai 2022 sehr wohl überlegt: Was ist eine Konstellation in Nordrhein-Westfalen, was ist die richtige Regierung, um die Mieten wieder auf einen verträglichen Sockel zu bringen?

CDU und FDP machen vor, wie es richtig ist. Vorher haben SPD und Grüne das Gegenteil gemacht, und auch dafür sind sie abgewählt worden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der dritte Punkt nach Wirtschaft und Wohnen ist Nachhaltigkeit; auch darüber haben wir heute schon gesprochen. Dass Frau Schäffer das gemacht hat, überrascht uns nicht; das war selbstverständlich.

Klimaziele zu erreichen, Arbeitsplätze zu sichern, Wirtschaft zu stärken, eine moderne Energieversorgung und eine moderne Mobilität zu entwickeln, sind Punkte, die die FDP-Landtagsfraktion mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ insgesamt verbindet.

Wir reden seit Regierungsübernahme von der richtigen Balance zwischen Ökologie und Ökonomie, die es unter Rot-Grün nicht gegeben hat. Auf der berühmten Leiter stand Ökologie ganz oben und Ökonomie ganz unten.

Ich gebe gerne zu – ich sage das in vielen Reden –, das war in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren auch mal andersrum. Damals standen die Interessen der Ökologie unten auf der Leiter und die der Ökonomie oben. Das war genauso falsch wie die Kurssetzung Ihrer Politik zwischen 2010 und 2017.

Wir haben diese beiden Themen miteinander verbunden und sie nicht gegeneinander gestemmt. Wir haben für die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie gesorgt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist neben Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik der Politikwechsel bei der Nachhaltigkeit.

Wir verbinden das übrigens mit den Attributen „Verlässlichkeit“ und „Planbarkeit“. Es ist ein ganz wichtiges Element dieser Politik, nicht an einem Tag etwas zu beschließen und am nächsten Tag das Gegenteil zu tun; ich komme gleich noch zu einigen Beispielen.

NRW geht beim Kohleausstieg voran. Bis 2023 geht ein Drittel der derzeit vorhandenen Leistung vom Netz. Das ist eine Mammutaufgabe. Somit trägt Nordrhein-Westfalen maßgeblich zu den Klimazielen in Deutschland bei, übernimmt in diesem Bereich eine ganz besondere Verantwortung – und das verdammt schnell.

Die Transformation läuft von der Nutzung fossiler Rohstoffe weg zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien, und zwar idealerweise mit Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Bodo Löttgen hat es eben gesagt: Grüner Wasserstoff ist unser Ziel.

Ich nenne noch einmal das Stichwort „Verlässlichkeit“: Wir setzen den Kompromiss der Kohlekommission um. Die Grünen haben mitverhandelt, die Grünen haben mitbeschlossen und sich hinterher aus strategischen Gründen aus dem Staub gemacht. Das ist unredlich.

Der Koalition im Frühjahr mit Blick auf den Ausstieg aus der Kohle vorzuwerfen, wir hätten einen Pakt der Unmenschlichkeit geschlossen, war überzogen. Das hat Sie hinterher auch eingeholt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Noch einmal: Nachhaltigkeit bedeutet für uns, Klimaschutz zu steigern, Arbeitsplätze zu sichern und soziale Standards zu erhalten. Nur in diesem Dreiklang werden wir die Nachhaltigkeit auch beim Klimaschutz erreichen.

In den bisherigen Reden ging es auch um den Wald. Die NRW-Koalition schützt den bedrohten Wald wie keine Koalition zuvor. Wir stellen nochmals 50 Millionen Euro für den Aufbau von klimafesten Wäldern zur Verfügung. Die Kollegen der Grünen wollen den Hambacher Forst für 6,5 Millionen Euro kaufen. Dadurch würde kein einziger neuer Baum gepflanzt.

Ich glaube, diese reine Symbolpolitik wird Nordrhein-Westfalen nicht weiterbringen. Wir wollen einen guten leistungsfähigen Wald in ganz Nordrhein-Westfalen und konzentrieren uns nicht auf einen kleinen Forst, dessen Rodung die Grünen übrigens vor einigen Jahren noch beschlossen haben; auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Mittel für Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen wurden seit dem Regierungswechsel gegenüber einer Politik von Grünen und SPD versechsfacht. Für 2021 sind insgesamt 171 Millionen Euro vorgesehen.

Man kann also schnell zu der These kommen, die ich noch einmal hinterlegen will: NRW ist das Klimaschutzland in der Bundesrepublik Deutschland. Die CO₂-Emissionen wurden im Jahr 2019 um 38,3 % gegenüber dem Vergleichswert 1990 gesenkt. Grüne und SPD haben im Klimaschutzgesetz 25 % gefordert; das Ergebnis einer Politik von CDU und FDP sind 38 %.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Das hinterlegt noch einmal ganz deutlich: Mit der Koalition von CDU und FDP hat sich Nordrhein-West-

falen zum Klimaschutzland in Deutschland entwickelt, und das soll auch so bleiben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist eben ein großer Irrtum, wenn erzählt wird: Wenn Grüne Verantwortung in der Politik übernehmen, bedeute das automatisch mehr Klimaschutz. – Ich habe es anhand von Nordrhein-Westfalen erklärt: Das war mitnichten der Fall. Das Gegenteil ist richtig: Wir sorgen für den Klimaschutz; Sie haben es vorher nicht getan.

Wer noch ein weiteres Beispiel benötigt, um noch einmal zu unterstreichen, dass das mit den Grünen und dem Klimaschutz so nicht funktioniert, dass die Grünen mehr Symbolpolitik anstreben, muss nach Baden-Württemberg schauen.

Ich habe gerade gesagt: Die CO₂-Reduzierung beträgt in Nordrhein-Westfalen 38 %, in Baden-Württemberg mit einem wiedergewählten grünen Ministerpräsidenten im gleichen Zeitraum 19,6 % im Vergleich zu 1990. Das ist fast die Hälfte weniger als in Nordrhein-Westfalen. Das ist das Ergebnis einer grünen Klimapolitik.

Auch dort werden sich die Menschen nicht nur genau merken, was sie an Versprechungen hören, sondern sie werden sich die Ergebnisse anschauen. Die Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen unter dieser Koalition sind eindeutig.

Zu einer modernen und effektiven Umweltpolitik gehört auch eine moderne Landwirtschaftspolitik. Die Landwirte wollen eine verlässliche und faire Begleitung durch die Politik; die haben sie auch verdient. In Berlin werden sie zunehmend enttäuscht; sie hatten das vorher von dieser Koalition in Berlin nicht erwartet.

In Nordrhein-Westfalen, so sagen es die Landwirte, so sagen es die Familienbetriebe, haben sie mit unserer Ministerin Heinen-Esser einen verlässlichen Partner. Das ist gut.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist zudem gut, dass die FDP-Landtagsfraktion das Thema nochmals konkret zwei Jahre lang mit Ihnen gemeinsam beackert. In der Enquetekommission Landwirtschaft – von der FDP auf den Weg gebracht – geht es mit absoluten Fachleuten über Nordrhein-Westfalen hinaus um moderne Landwirtschaft. Ich bin gespannt, zu welchem Ergebnis wir in dieser Enquetekommission kommen.

Ich habe also noch einmal sehr deutlich gemacht, wie wichtig der NRW-Koalition die Themen „Nachhaltigkeit“, „Umwelt“ und „Klimaschutz“ sind. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir erreichen auch was.

Zur Nachhaltigkeit gehört übrigens auch eine moderne Mobilitätspolitik. Die E-Mobilität boomt in Nord-

rhein-Westfalen. Mehr als 44.000 E-Autos sind im Oktober 2020 zugelassen worden – doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Dieser Markt entwickelt sich in Nordrhein-Westfalen viel dynamischer als im Bundesdurchschnitt. Auch das ist gut, und auch das ist Nachhaltigkeit.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir wollen Autos gerne klimaneutral machen, aber wir werden Autos niemals verteufeln. Wir unterstützen alle Verkehrsträger: nicht nur Autos, sondern jeden Verkehrsträger; alle sind wichtig.

Noch nie in der Geschichte Nordrhein-Westfalens wurden so viele Radwege gebaut wie unter CDU und FDP.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch das belegt: Wir machen keine einseitige Verkehrspolitik, sondern setzen auf alle Verkehrsträger. Für Radwege geben wir 20 Millionen Euro pro Jahr mehr aus, als es die Grünen und die SPD getan haben.

Mit dem Gerücht, Schwarz-Gelb setze sich nur für Autos ein und die Grünen würden sich insbesondere für Radverkehr einsetzen, verhält es sich umgekehrt: Nie zuvor ist so viel Geld für Radwege ausgegeben worden. Wir setzen bei Autos mittelfristig auf Klimaneutralität, aber wir verdammen das Auto nicht.

Moderne Mobilität benötigt Verlässlichkeit. Man muss sagen, was man will, und hinterher auch tun, was man gesagt hat. Die Grünen in Hessen haben gemeinsam mit dem Regierungspartner mehrfach für den Autobahnausbau gestimmt. Anschließend – das zum Thema Verlässlichkeit – haben sie eine Revolte mit teilweise bösen Protesten und sehr fragwürdigen Begleiterscheinungen angestoßen.

Das ist das Gegenteil von Verlässlichkeit, aber Mobilität braucht Verlässlichkeit, wie übrigens andere Politikfelder auch.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vierter Punkt: Bildungsgerechtigkeit. Bildungsgerechtigkeit ist die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir brauchen wirklich faire Chancen für alle. Wir geben in diesem Bereich 454 Millionen Euro mehr aus als im Vorjahr.

Seit der Regierungsübernahme ist der Schuletat um fast 2,7 Milliarden Euro gewachsen; das sind etwas mehr als 15 %. Seit Regierungsübernahme ist die Schul- und Bildungspauschale um insgesamt 123 Millionen Euro auf jetzt 723 Millionen Euro angehoben worden. Sie war früher eingefroren. Dazu kommen der systematische Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Versorgung der Schulen mit digitalen Endgeräten.

Die SPD fordert mehr Investitionen für den Offenen Ganztag. Herr Kutschaty, da haben Sie recht; das sehen wir genauso. Deswegen haben wir das Angebot des Offenen Ganztags im Primärbereich um weitere 25.000 Plätze auf nunmehr 354.000 Plätze ausgebaut. Da ist noch mehr zu tun; wir nähern uns den Zielen Schritt für Schritt an.

Die NRW-Koalition hat auch bei der Bildung für einen Politikwechsel gesorgt. Ich will das nur noch einmal deutlich machen, weil das für die meisten schon selbstverständlich geworden ist: Wenn man einen Politikwechsel, der nicht leicht war, vollzieht und Gutes tut, muss man das ab und zu auch sagen.

Der Umstieg von G8 auf G9 unter Yvonne Gebauer war vorbildlich. Der Erhalt vieler Förderschulen war genau der richtige und verdammt wichtige Weg. Das Abschaffen von Schreiben nach Hören tut den Schülerinnen und Schülern gut, vermutlich für ihr ganzes Leben.

Das Schulfach Wirtschaft, das wir eingeführt haben, sorgt für Kompetenz bei jedem Schüler, von der man vermutlich ein Leben lang profitieren wird – nicht nur beruflich, sondern auch privat.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bildung fängt im Kindergarten an. Wir erinnern uns an das Wahljahr 2017, in dem sich Kindergärten gerade im Ruhrgebiet reihenweise beschwert haben, weil die Mittel sieben Jahre lang nicht dynamisiert worden waren und einfach kein Geld mehr da war, sodass die Kindergärten vor der Schließung standen.

Wir haben gesagt: Wir brauchen mehr Geld, weil uns frühkindliche Bildung enorm wichtig ist. Der Aufwuchs von 1,7 Milliarden Euro unter Minister Joachim Stamp Jahr für Jahr spricht Bände.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Rot-Grün hat dieses Problem sieben Jahre lang nicht gelöst; wir haben es angepackt.

Zudem werden die KiBiz-Pauschalen dynamisiert. Anfangs hat man gedacht: Machen die das wirklich, oder versprechen die das nur? – Nein, wir machen es tatsächlich und halten das Versprechen der Dynamisierung Jahr für Jahr ein. Sie haben das Gegenteil getan.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Kita-Leitungen und -Träger sind froh über das Kinderhelferprogramm. Das wurde am Anfang unterschätzt, aber mittlerweile entlastet es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindergärten, und das ist gut. Das wird einhellig begrüßt.

Bei der Bildungsgerechtigkeit haben wir ebenso wie in den anderen genannten Bereichen für einen Politikwechsel gesorgt. Irgendwann werden die Menschen

in Nordrhein-Westfalen entscheiden, ob das gut oder falsch war. Ich bin guter Dinge, dass viele Bürgerinnen und Bürger unserem Weg folgen.

Fünfter Punkt. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dabei ist die Förderung des Ehrenamtes auch bei uns in Nordrhein-Westfalen von zentraler Bedeutung.

Ich will die Chance nutzen, um den Leuten, die sich ehrenamtlich in allen Bereichen in unserem Land in einer Art und Weise engagieren, die nicht bezahlbar für uns wäre – wir könnten das niemals bezahlen, könnten diesen Kraftakt nicht auf uns nehmen –, einfach einmal danke zu sagen:

Ich danke allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Nordrhein-Westfalen für uns alle und für die Gesellschaft einsetzen. Ich glaube, sie haben Ihren Applaus verdient.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir unterstützen bürgerliches Engagement im ländlichen Raum mit dem Programm „Dorferneuerung 2021“ in einer Größenordnung von 40 Millionen Euro, denn wir wollen auch die Menschen im ländlichen Raum motivieren, etwas für den eigenen Ort, für die eigene Gesellschaft, für die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu tun.

Damit das auch funktioniert, braucht man ein bisschen Geld. Mit dieser Motivation scheint es zu klappen. Das ist in diesem Jahr und im vergangenen Jahr so gewesen und wird vermutlich auch 2021 funktionieren.

Auch die freiwilligen Feuerwehren leisten eine unglaubliche Arbeit. Viele Gerätehäuser der Feuerwehren entsprechen aber nicht mehr den modernen Anforderungen. Deshalb muss fast in jeder Kommune in diese Feuerwehrgeräte investiert werden. Auch hierfür stellen wir Geld zur Verfügung, damit auch in diesem Bereich das Ehrenamt gefördert wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben die Mittel für Destinatäre um 100 Millionen Euro erhöht. Es hat vorher zahlreiche Gespräche gegeben; damit hatten die gar nicht gerechnet. Wir haben es aber getan.

Die haben ursprünglich auch weniger als 100 Millionen Euro gefordert, sie aber trotzdem bekommen. Davon profitieren vor allem die Wohlfahrtsverbände, die in Nordrhein-Westfalen auch einen guten Job machen und eine wichtige Aufgabe übernehmen.

Sie sind dankbar, dass diese Koalition aus CDU und FDP nach sieben Jahren Stillstand die Grundlage dafür geschaffen hat, dass die Wohlfahrtsverbände wieder vernünftig und fair behandelt werden und ordentlich wirtschaften können.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Ebenso profitiert der Sport in Nordrhein-Westfalen. Der Landessportbund und die gesamte Sportfamilie haben sich schnell und immer wieder öffentlich für die verlässliche und faire Zusammenarbeit mit der NRW-Koalition bedankt; das ist überall nachzulesen.

Das ist der Beweis dafür, dass wir das Ehrenamt wirklich stärken und die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die etwas für die Gesellschaft tun, auch unterstützen.

Träumen gehört manchmal dazu, vielleicht gerade zu Weihnachten: Ich träume von Olympischen Spielen 2032 in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich hoffe, dass die gute Arbeit von Michael Mronz und seinem Team belohnt wird und dass wir – das hoffe ich wirklich – alle gemeinsam dieses Ereignis in bester Gesundheit und in bester Freude im Jahre 2032 genießen können.

Ich betone zum Schluss, dass die Eckpunkte der NRW-Koalition klar sind:

- Generationengerechtigkeit durch solide Finanzpolitik,
- Nachhaltigkeit – ganz wichtig; ich habe eben deutlich gemacht: Wir übertreffen die Ziele der Grünen in diesem Bereich deutlich –,
- Investitionen in Bildung, Infrastruktur und innere Sicherheit,
- Anreize für private Investitionen – weltweit ist unglaublich viel Kapital da; wir müssen nur dafür sorgen, dass es in Nordrhein-Westfalen investiert wird – und
- die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ich habe gerade einige Beispiele betreffend das Ehrenamt genannt.

Der Haushalt ist durchaus von einem optimistischen Blick in die Zukunft – das ist in diesen Tagen nicht leicht – für die Menschen und mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen geprägt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben in diesem Jahr in der Krise verdammt viel geleistet und auf verdammt viel verzichtet. Allen Bürgerinnen und Bürgern nochmals danke für das Verständnis und für das Durchhalten! Hoffentlich wird das im nächsten Jahr belohnt.

Der Haushalt 2021 zeigt erneut: Die NRW-Koalition von CDU und FDP ist der verlässliche Partner für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Für die Fraktion der AfD spricht nun Herr Abgeordneter Wagner.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt 2021 liegt vor. Es gab nach Jahren verfassungswidriger Haushalte von Rot und Grün das Wahlkampfversprechen solider Haushaltspolitik. Stattdessen hat Armin Laschets Koalition aus CDU und FDP sich aber darauf verständigt, die Schulden des Landes nicht zu tilgen. Sie planen sogar ganz offen, das auch in den nächsten Jahren nicht zu tun. Sie wollen keinen Cent Ihrer Schulden zurückzahlen.

Nun könnte ich fragen, ob das kanzlertauglich ist. Da Sie meine Antwort darauf aber bereits kennen, erspare ich mir das. Denn alleine diese Tatsache verdeutlicht: Wie hier mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen wird, hat mit bürgerlicher Haushaltspolitik nichts zu tun. – Anhand einzelner Punkte werde ich das gleich noch nachvollziehen.

Kaum noch nachzuvollziehen sind hingegen die Coronapolitik von Armin Laschet und – das klang vorhin schon einmal an – die Krisenkommunikation. „Corona ist nicht schlimm; wir sind vorbereitet“, behauptete Armin Laschet im März. „Corona ist schlimm; wir brauchen einen Lockdown“, meinte Armin Laschet im April. „Corona ist nur manchmal schlimm; wir brauchen Freiheit“, sagte Armin Laschet im Juni.

„Corona ist ziemlich schlimm; wir brauchen einen Lockdown light; das ist der Wellenbrecher für das Weihnachtsfest“, meinte Armin Laschet dann im Oktober, um kurz vor Weihnachten die nächste Meinung, „Wir brauchen einen kompletten Lockdown“, zu vertreten. Auch bei dieser Meinung hatte er noch einige Varianten, wann das jeweils unbedingt beginnen und aufhören soll. Vom 10. Januar 2021 war allerdings schon beim Beschluss kaum noch die Rede.

Das, meine Damen und Herren, schafft kein Vertrauen in die Krisenfähigkeit des Ministerpräsidenten. Es schafft kein Vertrauen in die Beständigkeit seiner Aussagen und Prognosen. Genau dieses Vertrauen benötigen wir aber, wenn wir durch Krisen kommen wollen.

(Beifall von der AfD)

Man muss ihm aber fast schon zugutehalten: Er ist damit nicht der Einzige.

Da ist sein Kompagnon Jens Spahn. Gesundheitsminister Jens Spahn sagte am 1. September 2020:

„Man würde mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, keine Friseure mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch mal passieren.“

Meine Damen und Herren, heute ist es passiert. So haltbar sind also die Sprüche der ach so weisen etablierten Politik in diesem Land.

(Beifall von der AfD)

Vor zwei Wochen wollte Peter Altmaier noch, dass alle einkaufen gehen und die Läden stürmen. Es wurde die patriotische Pflicht zum Konsum ausgerufen. Nun will er das nicht mehr. Nun ist es patriotisch, in kein Geschäft und nicht mehr zum Friseur zu gehen.

Die Kanzlerin meinte, wer in der Schule friere, solle Kniebeugen machen. Wenige Tage später will sie, dass gar keiner mehr zur Schule gehen soll.

Das Schulchaos in NRW ist ja schon ein nationales Thema. Wie viele Meinungen die hiesige FDP-Schulministerin binnen kürzester Zeit dazu bereits vertreten hat, lässt sich leider nicht mehr sauber recherchieren. Ich kann Ihnen aber sagen, dass einige 180-Grad-Wenden dabei waren. Und gerade als AfD-Vorsitzender kann ich Ihnen sagen: 180-Grad-Wenden sind mehr als heikel, Frau Gebauer. Das sollten Sie in Zukunft besser unterlassen.

(Beifall von der AfD)

Das Schlimmste ist aber: Die Politik hat ihr Versprechen nicht angemessen umgesetzt, die Alten und die Vorerkrankten zu schützen. Während die Ansteckungen – ich hatte das gestern schon kurz erwähnt – bei den unter 60-Jährigen stabil blieben oder sogar sanken, explodierte im November die Infektionsrate bei den über 80-Jährigen. 70 % der Toten sind über 80 Jahre alt.

Ich hatte Sie immer wieder darauf hingewiesen, dass wir diese Menschen in den Mittelpunkt der Schutzmaßnahmen stellen müssen. Mein Kollege Dr. Vincentz hat das auch getan. Zehn Monate hatten Sie dafür Zeit. Zehn Monate lang haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Das ist fatal.

(Beifall von der AfD)

Auch der dritte Lockdown, der im Landeshaushalt wieder mit Milliarden Euro zu Buche schlagen wird, wäre gar nicht nötig gewesen, wenn sich die Politik an Ruhe und Sachlichkeit anstelle von Alarmismus und Hysterie gehalten hätte.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ha!)

Die „Bild“ scheint gestern meine Redemanuskripte der letzten Wochen und Monate durchforstet zu haben. Sie schreibt nämlich – ich zitiere –:

„Wir müssen die Wochen-Inzidenz von 50 Neuinfektionen nur deswegen wieder erreichen, weil die Gesundheitsämter nicht mehr nachverfolgen können. So hat die Kanzlerin es erklärt. Fast ein Jahr lang wurden Gesundheitsämter, Datenschutz und Corona-App nicht so gestärkt, dass wir MEHR Infektionen nachverfolgen können,

ohne die Kontrolle zu verlieren. Mit dem Zielwert 50 werden wir noch Monate im Lockdown verbringen.“

Und weiter:

„Wir schließen unser Land, weil unsere Intensivstationen voller werden und immer mehr Menschen an oder mit Corona sterben. Es sterben aber nicht immer mehr Menschen an oder mit Corona, weil sich derzeit viele Menschen anstecken – sondern vor allem, weil sich viele alte Menschen anstecken. Wenn die Politik weiter angstmacherisch davor warnt, ‚die Alten wegzusperren‘, anstatt endlich, endlich, endlich Ältere und schwer Vorerkrankte wirksam zu schützen, werden wir noch viele Monate lang kein halbwegs normales Leben mehr leben.“

Diese Meinung vertrete ich und vertreten wir als AfD wieder und wieder.

Den grünen Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, den ich an dieser Stelle loben muss, wollen die Grünen – das muss man sich einmal vorstellen – jetzt übrigens absägen und aus der Partei werfen. Dieser Mann mag seine Fehler haben. Er vertritt als Grüner natürlich auch andere Auffassungen als wir von der AfD. Er hat aber wenigstens versucht, in seiner Stadt Corona so vernünftig wie möglich in Schach zu halten. Diesen Mann wollen sie nun rauswerfen.

Meine Damen und Herren, der Meinungskorridor wird immer enger gezogen – Sarrazin bei der SPD, die WerteUnion in der CDU, aber auch die Professoren, die sich nicht auf die angebliche Einheitsmeinung von Drostern verpflichten lassen, weil sie unabhängige Spitzenwissenschaftler sind.

Ich habe hier wieder und wieder auf die Expertise der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sowie auf die Professoren Streeck, Kekulé, Schrappe und unzählige andere hingewiesen, die alle wieder und wieder gefordert haben, dass die Politik endlich die Risikogruppen, also die Alten und Vorerkrankten, in das Zentrum der Coronabekämpfung stellen muss.

Leider haben Einzelne aus CDU und FDP, ein grüner OB und all die Professoren, die nicht bei Merkel bei Hofe sitzen, zusammen mit uns als AfD jedoch nicht ausgereicht, zunächst die Alten und die Risikopatienten vernünftig gegen diese Regierung zu schützen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Stattdessen wird die Wirtschaft nun zum dritten Mal lahmgelegt. Diejenigen, die ich eben genannt habe, und wir haben also gegen den politisch-medialen Komplex, der seit nun zehn Monaten tagtäglich ein Trommelfeuer auf den Bürger und Medienkonsumenten loslässt, nicht ausgereicht.

Diese Enge des Diskurses, das Nichtzulassen und Aburteilen von anderen Meinungen, hat gerade nicht zu vernünftigen Ergebnissen geführt. Denn nun haben wir den nächsten Lockdown und seit gestern auch fast 1.000 Tote, meine Damen und Herren.

Aber egal, was Sie gestern, heute oder morgen vorschlagen oder befehlen: Immer ist es alternativlos. Immer haben Sie angeblich recht, und alle anderen sind die Idioten. Was dabei herauskommt, sehen wir nun an den aktuellen Zahlen.

Währenddessen sieht man wieder und wieder Politiker ganz ohne Maske, ganz ohne Abstand, ganz ohne Regeln – ohne die Regeln, die sie dem Volk auferlegen –, mal offen wie Olaf Scholz im Bundestag oder halb versteckt wie die CSU beim Plausch im Landtag.

Das erinnert an die Spezialisten in Sachen „Doppel-moral“, die Grünen. Da fliegt die eine angeblich zum Flüchtlingsretten nach Malta und landet beim Hummeressen, und der andere verteuert Autos und wird beim Rasen erwischt.

Meine Damen und Herren, nach über 70 Jahren Parteiendemokratie hat der Ausleseprozess der Parteien statt Strauß, Schmidt und Adenauer nun ein Stadium erreicht, das nach Erneuerung und Alternativen verlangt.

(Beifall von der AfD)

Diese irrsinnige Politik bedeutet alleine für den Haushalt Nordrhein-Westfalens – besser gesagt: Nebenhaushalt – mal eben 25 Milliarden Euro zusätzliche Schulden. Und was der dritte Lockdown noch bringt, werden wir noch sehen.

144 Milliarden Euro hatten Schwarz, Grün, Gelb und Rot schon vorher aufgetürmt, obschon immer höhere Steuereinnahmen in die Kassen sprudelten, obschon man bei der Infrastruktur gespart hat und diese hat verrotten lassen, obschon man die Polizei kleingespart und die Digitalisierung verschlafen hat. Das ganze Geld der Steuerzahler wurde also nicht vernünftig angelegt.

All das und seine Folgen zeigen sich auch im diesjährigen Haushaltsentwurf. Es fängt schon damit an, dass es seit drei Jahren keinen Gesetzentwurf der Landesregierung gibt, der die Schuldenbremse endlich in der Landesverfassung verankert. Als AfD-Fraktion werden wir diesen überfälligen Gesetzentwurf zeitnah einbringen; Sie haben ja dann Gelegenheit, zuzustimmen. Denn für uns hat die Generationengerechtigkeit höchste Priorität. Sie mögen das anders sehen. Aber ich will meinen Kindern und Enkeln keine Schulden hinterlassen – nicht privat und auch nicht als Staat.

Der SPD-Finanzminister Scholz hat dieses Jahr 237 Milliarden Euro Schulden gemacht. Für 2021 plant er

derzeit bereits 160 Milliarden Euro neue Schulden und wird die Schuldenbremse aussetzen.

Zu Recht verlangt der Bund der Steuerzahler: Finger weg von der Schuldenbremse. Aber was passiert? Jetzt kommen – früher oder später – Steuererhöhungen, der Schuldenstaat und dauerhafter Nullzins mit allen absehbar schlimmen Folgen.

Wer Vermögen hat, der flieht in Sachwerte. Selbst der kleine Mann kauft Gold. Und wer mehr hat, kauft Immobilien – mit der Folge, dass deren Preise weiter steigen und damit die Mieten.

Das wird sich, wenn die Politik, die hier betrieben wird, so anhält, auch nicht ändern. Diese Politik ist ökonomisch schädlich, meine Damen und Herren. Diese Politik ist unsozial.

(Beifall von der AfD)

Die EU darf im Gesamtbild nicht vergessen werden. Auch sie sieht die Chance durch Corona gekommen. Die Schuldenunion wurde besiegelt – entgegen aller Versprechen. Diese Versprechen hatten doch einen ökonomischen Sinn. Die Milliardenzuschüsse sind eine schädliche Fehlkonstruktion. Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland werden darunter leiden.

Die „WirtschaftsWoche“ hat in ihrem Leitartikel vergangenen Monat die langfristige Zerstörung unserer Wirtschaftsordnung durch die Flut billigen Geldes sehr logisch und damit erschreckend dargelegt. EU-Schulden, neue EU-Steuern: Dieses Konzept zur künftigen EU-Finanzierung widerspricht allen bisherigen Regeln und bedroht den Wohlstand und am Ende den Frieden von ganz Europa. Der Hauptleittragende wird zuallererst Deutschland sein – und damit auch NRW.

Meine Damen und Herren, für den Haushalt 2020 hatte die AfD-Fraktion 103 Anträge eingebracht. Keiner davon fand Ihre Zustimmung. Für den Haushalt 2021 haben wir 127 Anträge mit einem Einsparvolumen von über einer halben Milliarde Euro eingebracht.

Ein Blick in den sehr aufschlussreichen Jahresbericht des Landesrechnungshofes beweist, dass so gut wie nicht getilgt wird. Ganze 5,80 Euro hat die Landesregierung pro Kopf an Altschulden im letzten Jahr zurückgezahlt. 5,80 Euro pro Kopf! Solide Haushaltspolitik sieht anders aus, und zwar ganz anders, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Der Jahresbericht kommt zudem zu dem Schluss, dass die gesamte Haushaltssituation des Landes auf den Prüfstand gehört, um für die Zukunft endlich die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Vor Corona hatten wir doch ständig und massiv steigende Steuereinnahmen auf Kosten der Arbeitnehmer und dazu noch sinkende Zinslasten. Die Landes-

regierung hat diese guten Jahre im Gegensatz zu unseren Forderungen, die wir immer wieder aufgestellt haben, nicht für eine durchgreifende Konsolidierung des Landeshaushalts genutzt. Die in der Vergangenheit vorhandenen Spielräume wurden eben nicht verwendet, um dafür zu sorgen, Schulden abzubauen.

Der Landesrechnungshof befürchtet auch klar die missbräuchliche Verwendung der Coronasonderschulden von 25 Milliarden Euro. Diese Befürchtungen sind leider mehr als berechtigt. Auch der Bund der Steuerzahler hat diese Missstände bereits kritisiert, nämlich etwa Förderprogramme im Rahmen der nationalen Klimaschutzziele, Ausgaben für die Altlastensanierung von Grundstücken oder das Sonderprogramm für kommunale Verkehrsinfrastruktur.

Hinzu kommt: Der Landesrechnungshof hat im Jahresbericht wieder reichlich finanzielles Fehlverhalten aufgeführt, zum Beispiel die immer noch nicht geänderte Reisekostenverwaltung mit einer Einsparmöglichkeit im zweistelligen Millionenbereich.

Im Rahmen der Städtebauförderung aus Mitteln des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt wurden unzulässigerweise Abrechnungen auf der Grundlage sogenannter Selbstkosten vorgenommen, also teurer als zu Marktpreisen, die ja eigentlich zugrunde gelegt werden müssen.

Auch bei der Instandhaltung von Landesbauten durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb gibt es Beanstandungen. Der Landesrechnungshof stellt in acht Jahren eine Abweichung von 535 Millionen Euro zwischen den geplanten und den tatsächlich verausgabten Aufwendungen fest.

Grotesk wirkt in diesem Zusammenhang daher auch ein Artikel in der „Rheinischen Post“. Nach dem Willen von Herrn Ministerpräsidenten Laschet soll nämlich angeblich NRW Vorbild beim Bürokratieabbau sein. Nun stellt sich also die Frage, ob er denn wenigstens dabei mit gutem Beispiel vorangeht. Fakt ist, dass die Ministerialbürokratie in Nordrhein-Westfalen seit der Regierungsübernahme kontinuierlich aufgeblasen wird. Auch der Landesrechnungshof kritisiert das. 2021 werden weitere 295 Stellen aufgebaut. Seit 2017 sind es insgesamt 900 Stellen. Auch hier herrscht also Doppelmoral. Man sagt das eine und tut das andere.

Dazu passt leider auch, dass Sie hier den Landtag für dreistellige Millionenbeträge ausbauen und aufrühen wollen, anstatt das Parlament auf eine angemessene Größe zu begrenzen.

(Beifall von der AfD)

Es ist beschämend: Pleiten, Altersarmut und Kurzarbeit prägen unsere Zeit. Aber Sie als Abgeordnete verschwenden das Geld der Menschen, das doch nicht Ihr Geld ist. Während Rentner und Studenten nach dem Verlust ihres 450-Euro-Jobs nicht einmal mehr Kurzarbeitergeld bekommen – das haben sie

eh noch nie bekommen –, so wie wir das hier eingefordert haben, lassen Sie es sich gut gehen.

Gar nicht gut scheint es hingegen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu gehen – jedenfalls meint er das selbst von sich –, und zwar finanziell. Deshalb will er noch mehr Geld vom Bürger, das er per Zwangsabgabe abbassiert. Doch AfD und CDU in Sachsen-Anhalt haben dem nun erst einmal einen Strich durch die Rechnung gemacht. Dank uns ist die Erhöhung erst einmal gestoppt.

Die Rundfunksender klagen jetzt, übrigens von unserem Geld finanziert, vor dem Bundesverfassungsgericht dafür, dass sie künftig noch mehr Geld von uns bekommen. MDR-Intendantin Karola Wille kündigt eine Klage an, sollte der Rundfunkbeitrag nicht erhöht werden.

Meine Damen und Herren, nur einmal zur Erinnerung: Diese Dame, Karola Wille, hat Pensionsansprüche von mehr als 17.000 Euro im Monat. Ihr Kollege, der WDR-Chef, geht mit 400.000 Euro im Jahr nach Hause.

Was für eine abgehobene Kaste, die das dann auch noch als sogenannte Demokratieabgabe tarnt! Was ist an einer solchen Zwangsabgabe eigentlich noch demokratisch, meine Damen und Herren? Diese Frage stelle ich mir.

(Beifall von der AfD)

Wenn ich das Abonnement meiner Zeitung abbestelle, werde ich – wenigstens bisher – auch nicht zwangsverpflichtet, sie weiter zu bezahlen.

Hinzu kommt ein aufgeblähter Apparat mit unzähligen Sendern, die eines ganz sicher nicht tun: zum sogenannten Grundauftrag gehören. Unterhaltung können die Privaten besser, Spielfilme auch. Bildung, Kultur und Politik, ja. Dafür würden aber deutlich weniger Sender reichen.

Und wie sieht es mit der neutralen, objektiven Berichterstattung aus? 92 % der Volontäre der ARD wählen nach eigenen Angaben Grüne, SPD und Linkspartei. Ehrlich gesagt: Dann sollen sie es doch zahlen, wenn sie wollen – aber die Allgemeinheit ganz sicher nicht.

Das Gleiche gilt für die unter 40-Jährigen. Wer sieht da eigentlich überhaupt noch fern? Fast keiner mehr! Warum zwingt man die Jungen, unzählige Sender zu finanzieren, an denen sie überhaupt kein Interesse haben? Wir werden das ändern. Wir sind auch die Einzigen, die sich dafür einsetzen.

Unser Einsatz würde auch in Sachen „Integration“ zu deutlich besseren Ergebnissen führen als die Politik von CDU und FDP. Allein die sichtbaren Kosten im Landeshaushalt steigen schon wieder, dieses Mal um 90 Millionen Euro.

Daneben gibt es, um ein Vielfaches höher, die Kosten für Desintegration infolge der Migrationspolitik. Zum Stichtag 30. September 2020 reden wir auf Bundesebene über 276.464 ausreisepflichtige Personen. Wie das in vielen Bereichen üblich ist, ist Nordrhein-Westfalen in dieser Statistik mal wieder ganz weit hinten. 74.374 ausreisepflichtige Personen befinden sich in NRW. Das ist ein neuer Negativrekord. Nach wie vor stammt jeder vierte Ausreisepflichtige aus den Balkanstaaten. Da frage ich mich, wo da eigentlich das Abschiebehindernis liegt. Das kann ich nicht erkennen.

Wann wird endlich abgeschoben, wer unberechtigt auf Kosten der Allgemeinheit lebt und womöglich noch kriminell auffällt? Gerade einmal 2.066 Rückführungen bzw. Dublin-Rücküberstellungen gab es. Meine Damen und Herren, das ist erkennbar zu wenig.

Steuert die Landesregierung dagegen? Nein! Im Gegenteil: 50 Millionen Euro werden für die Arbeitsmarktintegration von eigentlich Ausreisepflichtigen ausgegeben.

Der FDP-Minister Stamp wandelt auf den Spuren der Grünen und will Illegale legalisieren. Was für ein Schlag ins Gesicht all der hier gut assimiliert lebenden Menschen ausländischer Herkunft! All denen, die rechtstreu und rechtschaffen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, signalisiert die Politik: Selbst schuld, wenn du dich an die Regeln hältst. – Der Ehrliche ist für die CDU bis zu den Grünen der dumme August oder der dumme Ali.

Die anderen, die Illegalen, werden belohnt. Unter keinen Umständen wird bei der Ausstattung der Unterbringungseinrichtungen des Landes mit WLAN gespart. Um Gottes willen! In der Zentralen Unterbringungseinrichtung Düren hat man sich die Installation 140.000 Euro kosten lassen. In der Erstaufnahme-einrichtung Mönchengladbach waren es 98.000 Euro.

Ähnlich sieht es bei der teuren Imagekampagne #IchDuWirNRW aus. Es soll um den Wertedialog und die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes gehen. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung wird nicht vorgenommen. Man wird wohl wissen, warum.

Oder nehmen wir das Projekt Muslimisches Engagement in NRW, gefördert mit 2 Millionen Euro. Dumm ist nur, dass es eine Teilnehmerliste gibt. Beteiligt an der ersten Veranstaltung war unter anderem die Deutsche Muslimische Gemeinschaft. Diese findet sich auf Seite 244 des Verfassungsschutzberichts NRW wieder.

Wir reden über die Muslimbruderschaft. Diese ist, wie auch dort zu lesen ist, extrem antisemitisch eingestellt.

Da könnten wir eigentlich froh sein, dass mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Fraktionen die

Einrichtung einer Meldestelle Antisemitismus beschlossen wurde. Aber wie sich im Kleingedruckten herausstellt, geht es selbst da noch um antimuslimischen Rassismus, womit Sie einen islamistischen Kampfbegriff ungeprüft übernehmen und dem wichtigen Thema der Bekämpfung des Antisemitismus einen Bärendienst erweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Weiterhin gefördert wird der Flüchtlingsrat NRW. Dieser machte sogar schon Werbung für eine Broschüre der extremistischen Interventionistischen Linken mit dem Thema „Abschiebeverhinderung“. Auch hier scheint die Landesregierung beide Augen ganz fest zuzudrücken.

Kommen wir zum Thema der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Hier stehen Ministerpräsident Laschet und FDP-Integrationsminister Stamp erneut zur Freude der Grünen bekanntlich in der allerersten Reihe. Dabei sollten neben den humanitären nicht die monetären Aspekte außer Acht gelassen werden. Jeder sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtling kostet 5.000 Euro, und zwar pro Monat.

In gerade einmal 6 von 100 Fällen konnte die Minderjährigkeit auf der Basis von Ausweispapieren ermittelt werden. In 5 von 100 Fällen erfolgte eine medizinische Altersfeststellung. Das sollte eigentlich die Regel sein, wenn sich die Minderjährigkeit nicht eindeutig feststellen lässt. Aber in 89 von 100 Fällen verzichtet die Landesregierung darauf. Warum? Was soll das? Ein Staat, der die eigenen Regeln nicht einhalten oder überprüfen will, der aber den rechtstreuen einheimischen Bürgern genau das abverlangt: Wozu soll das führen, außer zu einer Erosion des Vertrauens in unseren freiheitlichen Rechtsstaat?

(Beifall von der AfD)

Wer also seinen Ausweis – rein zufällig natürlich – verliert und bei der Altersangabe nicht so ganz die Wahrheit sagt, hat beste Chancen in NRW. Übrigens: Zu 90 % handelt es sich dabei um Jungen oder junge Männer. – So viel zu den kleinen Mädchen, die das zwangsfinanzierte Staatsfernsehen so gerne zeigt.

Hinzu kommt das Abschiebeversagen selbst bei höchst gefährlichen Migrantinnen. So hat sich die Zahl der islamistisch-terroristischen Gefährder und der relevanten Personen in NRW seit 2010 auf 375 Personen vervielfacht. Abgeschoben wurden ganze 6.

Auch in den Schulen breitet sich der Islamismus aus. Selbst die Mainstream-Presse muss berichten. Denn es melden sich mittlerweile auch rot-grüne Lehrer zu Wort.

Die „WELT“ titelt: „Prügeleien muslimischer Schüler mit vermeintlich Ungläubigen – mittlerweile Standard?“

„Wenn der Koran spricht, schweigen die Schulbehörden“ – so die „FAZ“.

„Das, was in Wien passiert, kann uns auch passieren“ – so „Der Westen“.

Die Reaktionen einiger muslimischer Schüler auf die letzten Terrorattacken in Paris, Lyon und Wien muss doch auch Sie endlich aufschrecken. Anstatt islamistische Extremisten auch noch zu Verhandlungspartnern und Zuwendungsempfängern zu machen, anstatt wie die Jusos der SPD sich auch noch offiziell mit der Fatah zu verbrüdern, anstatt wie die CDU extremistische Graue Wölfe in die Parlamente zu schicken, sage ich ganz klar: Nein, dieser Islam gehört nicht zu Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ihre ganze zwanghaft umgesteuerte Multikulti-Politik mit dem mangelnden Willen, das Eigene zu verteidigen und das Erfolgsmodell unseres Landes fortzuführen, zeigt sich in ungeschützten Grenzen und Ihrem Abschiebeversagen sowie den daraus resultierenden Problemen, die sich in der Hartz-IV-Statistik ebenso wiederfinden wie in der Kriminalitätsstatistik und die ganze Heerscharen in der Integrationsindustrie auf Kosten der Steuerzahler beschäftigen.

Das zeigt sich aber auch bei der Niederlage Deutschlands im Kampf um die besten Köpfe dieser Welt. Wenn Sie schon von CDU bis Grünen von einer Einwanderungsgesellschaft träumen, warum drehen Sie das Modell erfolgreicher Einwanderungsstaaten dann um? Ihre Politik sieht doch folgendermaßen aus: Auswandern tun im Saldo die gut Ausgebildeten, die, die etwas bringen. Einwandern tun hingegen im Schnitt schlecht Ausgebildete, die dann auch noch kulturelle Probleme mit sich bringen – nicht jeder Einzelne, aber eben zu viele.

Die verrückte Bilanz, die unserem Land so sehr schadet, wird dann auch noch von Ihnen und Ihren Medien beweihräuchert und jeder Kritik durch die Nazi-Keule entzogen.

Eine vernünftige und souveräne Migrationspolitik gibt es nur mit uns. Denn nur, wer sich entspannt seiner selbst bewusst ist, kann wirklich offen sein – offen für unsere ausländischstämmigen Freunde und Kollegen, mit denen wir gut zusammenarbeiten und -leben und die zu uns gehören. Sie gehören zu uns, weil sie es wollen und weil sie sich ein- und anpassen – so, wie das jeder macht bzw. machen sollte, der woanders hinkommt.

Ihr inflationäres Gefasel von Buntheit und Weltoffenheit zeigt doch eigentlich nur, wie unsicher Sie sich dessen sind. Ansonsten müssten Sie sich dessen nicht ständig zwanghaft selbst vergewissern und

jeden mit gesundem Menschenverstand aburteilend in die Naziecke stellen.

Sie können so viele Steuergelder gegen rechts ausgeben, wie Sie wollen, auch Stilblüten wie den von CDU und FDP mit 56.000 Euro geförderten Haushaltstitel – und jetzt hören Sie genau zu – „Tanz gegen rechts“. 56.000 Euro, Herr Laschet, von der Landesregierung für den Haushaltstitel „Tanz gegen rechts“! Jetzt werden Sie sagen: Was sind schon 56.000 Euro bei diesem Haushaltsvolumen? Ich will Ihnen sagen, was das ist: 56.000 Euro haben die meisten Nordrhein-Westfalen nicht mal nach einem Jahr Arbeit zur Verfügung und müssen sich nun ansehen, wie Sie 56.000 Euro für solchen Jokus ausgeben.

Aber ich sage Ihnen eins: An keinem Beispiel wird anschaulicher, wie Sie Steuergelder verbrennen und nachlässig damit umgehen, als an so einem Haushaltsposten aus der Abteilung „Wenn die Realität die Satire übertrifft“.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, als die Partei der inneren Sicherheit und eines schlagkräftigen, durchsetzungstarken Rechtsstaats sind wir das Sprachrohr der Polizisten und Soldaten, der Mitarbeiter kommunaler Ordnungsämter, der Feuerwehrleute und Rettungskräfte.

(Zuruf von André Stinka [SPD])

Angesichts der Verhältnisse ist es doch kein Wunder, dass die Bürger uns vertrauen, vor allem wegen unserer Lösungen im Bereich der inneren Sicherheit. Wir stehen dafür – und das kann man gar nicht oft genug wiederholen –, die Kernaufgabe des Staates, nämlich die Gewährleistung der inneren Sicherheit für die Bürger – nicht den Tanz gegen rechts –, wahrzunehmen. Das zeigt sich auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen im Innenressort.

Dass CDU, SPD, FDP und Grüne die Polizei kleinspart und ausgedünnt haben, den Polizisten Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen haben und sie Überstunden machen lassen, ist mittlerweile bekannt. Aber selbst die Grünen – im Parlament oder in den Medien – rufen doch nach einem Einbruch in die Wohnung, nach einem Überfall auf der Straße oder der Vergewaltigung im Park zuallererst die Polizei. Es ist nach wie vor die Polizei, die aufklärt, hilft und schützt, die die Täter ermittelt und hinter Schloss und Riegel bringt.

Wir benötigen also mehr Polizisten, die wir besser ausrüsten und besser bezahlen müssen. Sie müssen mithalten können bei immer neuen Kriminalitätsphänomenen – Kinderpornografie, Clans, Cyberkriminalen – und sich auch Ihrer verfehlten Migrations- und Integrationspolitik annehmen; denn nach wie vor sind zu viele der Täter Ausländer.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Rechtsextreme, Verschwörungstheoretiker!)

Das zu sagen, dieses Faktum zu benennen, wird oft schon rechtspopulistisch benannt und niedergemacht. Dabei ist nach wie vor klar: Viele Taten gäbe es ohne Ihre Politik gar nicht. Das heißt nicht, dass die Mehrheit der ausländischen Menschen so wäre, das ist sie natürlich nicht. Aber diese Mehrheit der rechtstreuen ausländischstämmigen Menschen ist von Ihrer Politik genauso belastet wie der andere Teil der Bevölkerung, die rechtstreuere Bevölkerung in Deutschland.

Da haben wir nun mal ein Problem. Wir sprechen dieses Problem aus, weil wir es lösen wollen. Sie hingegen bekämpfen die, die Probleme benennen, härter als die Probleme selbst. Das unterscheidet uns.

Bei den türkisch-arabischen Clans wissen wir mittlerweile: Wenn wir sie nicht ins Land gelassen hätten, wenn man sie härter anfassen und wo immer möglich abschieben würde, hätte die Polizei weniger Arbeit. Aber es geschieht genau das Gegenteil.

Wir wissen seit Jahren – und ich habe 2018 in diesem Hause zum ersten Mal darauf hingewiesen –, dass die neuen, die nächsten Clanstrukturen im Kommen und im Wachsen sind. Das heißt, das Problem wird größer und nicht kleiner. Aufgrund Ihrer falschen Politik muss die Polizei daher in Zukunft noch mehr Arbeit erledigen und nicht weniger. Daher sagen wir als einzige Fraktion: Wir benötigen in NRW die 60.000 Polizisten, von denen der Bund Deutscher Kriminalbeamter als Zielvorgabe spricht.

Selbstverständlich müssen wir mehr über das Dunkelfeld auch in spezifischen Deliktfeldern in Erfahrung bringen. Wir wollen deshalb einen von einem unabhängigen Gremium erstellten Sicherheitsbericht, der eine ganzheitliche Perspektive auf Sicherheit und Kriminalität einnimmt und die behördliche Sicht erweitert. Auch das wird bedeuten: Wir müssen Kräfte aufstocken. Wir haben deswegen beantragt, 500 junge Kommissaranwärter mehr im Jahr einzustellen. Sie wollen das nicht. Sie lehnen das ab, ebenso wie unsere folgerichtigen Vorschläge, die Ausbildungskapazitäten zu verbessern.

Das trifft auch auf die Bezahlung zu. Mehr als 16.000 Polizisten in den Wechselschichten wollen wir die Zulagen erhöhen. Sie wollen das alles nicht. Gleiches gilt für die besonders belasteten Jobs der Bereitschaftspolizei. Das gilt für die Tutoren, also die Polizisten, die sich neben dem normalen Dienst um die Ausbildung der jungen Anwärter kümmern. Das gilt ebenso für diejenigen, die sich in Ermittlungskommissionen mit ganz besonderen Deliktsschwerpunkten auseinandersetzen müssen. All diese Männer und Frauen wollen wir mit einer Zulage honorieren. All diesen Männern und Frauen wollen Sie das nicht ermöglichen.

Noch nicht einmal bei der Ausrüstung bringen Sie es übers Herz, für Überziehwesten für Kriminalbeamte zu stimmen. Selbst das haben Sie abgelehnt, meine Damen und Herren.

Einen Etat für Zulagen, um Spitzen-ITler dafür zu gewinnen, im Kampf gegen Kinderpornografie und Cyberkriminalität eingesetzt zu werden, halten Sie nicht für nötig. Wir halten das für dringend nötig.

Beim Thema „Extremismus“ ist es ebenso: Egal, ob von links, rechts oder von muslimischen Extremisten, die Menschen sind dadurch in ihrer Sicherheit bedroht. Wir haben dafür mehr Stellen gefordert. Sie haben diese Stellen abgelehnt.

Gleiches gilt für die Taser. In anderen Bundesländern wurde bereits bewiesen, dass sie zu einem signifikanten Rückgang an Gewalt gegen Polizisten beitragen. Hier schlafen wir weiter und sehen dabei zu, wie die Übergriffe auf unsere Polizeibeamten in NRW mit Hieb- und Stichwaffen steigen. Deshalb haben wir die Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft eingebracht, endlich jeden Streifenwagen mit Tasern auszurüsten. Sie haben abgelehnt.

Das Ehrenamt der Feuerwehr anzuerkennen, ging mit Ihnen auch nicht. Statt einer Wertschätzungsprämie, wie von uns gefordert, gibt es bei Ihnen gar nichts.

Auch wenn es um die Gesundheit geht, ganz unabhängig von Corona, möchte ich appellieren: Hören Sie doch den Betroffenen vor Ort besser zu, damit sie ihren Job, der uns allen hilft, besser machen können. An dieser Stelle müsste es doch eine viel größere Kraftanstrengung geben.

Wenn laut „Deutschem Ärzteblatt“ bereits in diesem Jahr 6,4 % der Stellen für Ärzte und sogar 11,3 % der Stellen in der Pflege nicht besetzt werden, dann müssen wir entschiedener handeln. Ansonsten werden in den nächsten Jahren absehbar über 14 % der Arztstellen und mehr als 25 % der Stellen in der Pflege unbesetzt bleiben. Das wären auf die Gesundheitsbranche gerechnet 3,3 Millionen unbesetzte Stellen, so sagt es das Forschungsinstitut Prognos.

Um zu verdeutlichen, was das bedeutet: Die Wartezeit beim Hausarzt würde sich bis 2030 verdoppeln. In den Krankenhäusern müssten die Schwestern durchschnittlich 60 Stunden in der Woche arbeiten, damit man die Versorgungsqualität von heute halten könnte. Es ist gar nicht davon zu sprechen, sie zu verbessern, es geht nur um das Halten und sie nicht weiter absinken zu lassen. Man kann sich also in etwa vorstellen, wie die Behandlungen in der Realität ablaufen werden, wenn hier nicht substanziell gegensteuert wird.

Ebenso nicht abgebildet sind die über 500.000 Menschen, die in Deutschland pro Jahr Krankenhausinfektionen erleiden. Bis zu 20.000 von ihnen sterben dabei jährlich, so das Robert Koch-Institut. 20.000 –

so viel, wie an oder mit Corona sterben, nur jedes Jahr. Aber da geschieht nichts.

Daher hat laut einer Befragung mittlerweile mehr als jeder vierte Deutsche Angst davor, sich ins Krankenhaus zu begeben. Das muss man sich einmal vorstellen. Das Krankenhaus ist eigentlich der Ort, an den man sich wenden sollte, wenn man Hilfe braucht. Jeder vierte Deutsche hat Angst davor, dort hinzugehen. Auch hier fehlt jedes Konzept.

Dazu passt der Brief von Professor Dr. Reinhart, dem Präsidenten der Global Sepsis Alliance. Er ist Professor an der Charité. Den Brief schrieb er an Herrn Dr. Schäuble im Deutschen Bundestag. Er hat in diesem Brief recht empört darauf hingewiesen, dass die AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag bundesweit die einzige Fraktion sei, die sich überhaupt des Themas „Sepsis“ parlamentarisch angenommen habe. Auch da schläft die heilige Vierfältigkeit weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Die nächste verwaiste Großbaustelle schließt sich gleich an. Die Zahl der resistenten und multiresistenten bakteriellen Erreger von Infektionen nimmt stetig weiter zu. An den Folgen versterben hierzulande 2.000 Personen pro Jahr. Auch hier ist keine Abhilfe in Sicht.

Wie geht es den Helfern? Wer hilft eigentlich den Helfern selbst? Laut einer Befragung leiden mittlerweile rund 55 % der befragten deutschen Ärzte unter depressiven Verstimmungen, Burn-out-Syndromen oder beidem. Das sind noch einmal 10 % mehr als in einer ähnlichen Umfrage im Jahr 2018. Als Ursache ihrer psychischen Belastungen gab dabei die Mehrheit der Ärzte, die unter depressiven Symptomen litten, direkt die Arbeitssituation an. Eine Hilfestellung dazu aus der Politik? – Auch in diesem Jahr wieder Fehlanzeige!

Fehlanzeige auch, wenn es um Volksabstimmungen geht! Eine solche hätte sich zum Beispiel bei Nordrhein-Westfalens Olympiabewerbung mehr als angeboten. Im Hinblick auf die Olympiabewerbung für 2032 muss doch erst einmal festgestellt werden, wie viele Sportanlagen in Nordrhein-Westfalen existieren und in welchem Zustand sie sich befinden. Erst das würde zumindest als Grundlage seriöse, transparente und realistische Planungen ermöglichen. Die Sportverbände fordern es, wir fordern es, und Sie ignorieren es.

Ich weiß nicht, ob Sie die Ergebnisse einer solchen Studie fürchten oder ob Sie die Meinung der Bürger fürchten, die solche Großereignisse letztlich finanzieren müssen. Sie behaupten doch, das Interesse an der Olympiabewerbung käme aus der Mitte der Gesellschaft. Wann haben Sie denn vor, die Mitte der Gesellschaft, also die Bürger Nordrhein-Westfalens, zu fragen?

Herr Laschet, wir haben in unserem Entschließungsantrag gefordert, die rechtlichen Grundlagen für eine solche Befragung zu schaffen; denn die Gesellschaft besteht nicht nur aus Oberbürgermeistern, Vertretern der Politik, der Wirtschaft und Eventmanagern. Nicht erst seit den gescheiterten Olympiabewerbungen von München und Hamburg und der ausufernden Korruption rund um die Spiele in Rio de Janeiro wissen wir, dass fast niemand mehr Vertrauen in das Internationale Olympische Komitee hat. Nein, die Bürger in Hamburg und München haben sich nicht gegen den Sport entschieden, sondern gegen die horrenden Kosten, gegen die intransparenten Vergabekriterien und gegen die Profitgier des IOC.

Schaffen wir endlich die rechtlichen Möglichkeiten für eine Volksbefragung, damit die Bewerbung wirklich von allen Menschen, wirklich von der Mitte der Gesellschaft in unserem Land getragen werden kann. Trauen Sie dem Volk endlich etwas zu. Die Schweiz macht es vor und fährt damit ziemlich gut. Wagen wir mehr Demokratie.

Aber nun ist Weihnachten, und selbst wir als Opposition geben da dem Frieden die Chance. Was für ein Jahr, das sich nun dem Ende neigt! Es endet mit einem – Herr Laschet, Sie kennen das – nicht kanzler-tauglichen Haushalt durch die Regierung Laschet. Aber der nimmt sich ja fast schon wie eine Petitesse aus. Wir steuern auf eine Weihnacht unter Lockdown-Bedingungen, auf einen Jahreswechsel ohne Feier und Feuerwerk zu. Das hätte nicht notgetan. Trotzdem wir daher alle so gut es geht den Widrigkeiten von Corona, Lockdown und angeblich alternativlos schlechter Politik.

Ich wünsche daher jedem eine gesegnete Weihnacht, ein frohes und gesundes neues Jahr. Es wird schon irgendwann wieder besser werden. Dessen bin ich mir sicher. Hoffnung sollte uns daher begleiten und nicht die immer wiederkehrende Perspektivlosigkeit der Lauterbachs und Söders dieser Republik. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Wagner. – Jetzt spricht für die Landesregierung der Ministerpräsident, Herr Laschet.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns liegt ein in vielfacher Hinsicht forderndes Jahr, auch und gerade in finanzieller Hinsicht. Wir müssen nicht nur die Coronapandemie bekämpfen, sondern auch ihre Folgen auffangen. Diese Herausforderungen haben wir konsequent und schnell gemeistert, im Frühjahr auch noch mit Unterstützung des gesamten Hauses. Zu dieser Zeit gab es hier einen großen Konsens darüber, dass wir viel gemeinsam machen.

Wir haben im April den NRW-Rettungsschirm mit 25 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Pandemie, zur Stärkung des Gesundheitssystems gespannt, größer als in jedem anderen Bundesland. Er beinhaltet Sofort- und Überbrückungshilfen für die, die besondere Lasten zu tragen hatten, und für die Kommunen, um deren Handlungsfähigkeit zu sichern.

Ganz konkret denke ich hier zum Beispiel an die Wirtschaftshilfen, die wir im März sehr schnell und unbürokratisch über ein Wochenende bewilligt haben. Man muss sich nur einmal daran erinnern – das fällt ja manchmal schwer –, wie die Situation im März war. Im März hofften alle auf diese Hilfe. An einem einzigen Wochenende, 27. und 28. März, sind in den ersten 44 Stunden 150.000 Anträge auf Soforthilfe gestellt worden. Davon wurden 100.000 bewilligt. Der erste Auszahlungstermin war der 2. April. Zu dem Zeitpunkt waren 327.000 Anträge gestellt und 292.000 bearbeitet. Es ging um ein Volumen von 2,33 Milliarden Euro für alle die, die damals unmittelbar Lasten zu erleiden hatten.

Das war eine riesige Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Wochenende.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es war technologisch innovativ. Während in anderen Ländern mit PDF-Formularen oder anders Anträge gestellt werden konnten, ist es hier digital erfolgt. Das Digitale in Nordrhein-Westfalen hat sich bewährt. Auch daran muss man hier einmal erinnern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

700 Freiwillige bei den Bezirksregierungen zeigen auch, wie viel Engagement es in dieser Zeit gab. Das Gesamtvolumen der Soforthilfe beläuft sich mittlerweile auf 430.000 Anträge und 4,5 Milliarden Euro.

Die Dynamik der Pandemie hat sich in diesem Jahr in immensen Mehrausgaben und deutlichen Mindereinnahmen ausgedrückt. Es handelt sich um Mehrausgaben in einer Dimension, die noch vor einem Jahr unvorstellbar war.

Als Landtagspolitiker, als Haushaltspolitiker hat jeder von uns schon einmal an Haushaltssitzungen teilgenommen und weiß, wie man um kleine Summen feilschen muss, kämpfen muss, um ein besonderes Anliegen in den Haushalt hineinzubekommen. Es macht manchmal traurig, wenn man sieht, wie viele Milliarden jetzt mal eben Monat für Monat bereitgestellt werden. Aber es geht nicht anders. Das macht noch einmal sensibel und zeigt auf, was es heißt, Monat für Monat 10, 15 oder gar 20 Milliarden Euro einfach so bereitzustellen, um denen zu helfen, die jetzt unter der Krise leiden.

Diese Mehrausgaben konnten wir uns leisten, weil wir in den vergangenen drei Jahren unsere Finanzen solide aufgestellt und unseren Haushalt konsolidiert haben. Im vergangenen Jahr haben wir den dritten

Haushalt in Folge ohne Neuverschuldung verabschiedet, mit Investitionen in Bildung und Familie, in die Stärkung der inneren Sicherheit sowie für Innovationen, Digitalisierungs- und Infrastrukturprojekte.

Was hilft uns heute am meisten? Wir haben vorausschauend Vorsorge für schwierige Zeiten getroffen. Mit den letzten Haushalten hat Finanzminister Lienenkämper es ermöglicht, eine Rücklage von rund 2 Milliarden Euro anzusparen. Heute, ein Jahr später, zeigt sich, wie richtig dieser Kurswechsel hin zu einer soliden Haushaltspolitik war. Das zahlt sich in der Krise aus.

Wir haben alle Möglichkeiten zur Stärkung unseres Gesundheitsschutzes und zur Sicherung der wirtschaftlichen Stärke. Unmittelbar nach der Pandemie werden wir ansetzen, um wieder zu dieser soliden Politik zurückzukehren und so schnell wie möglich mit der Rückzahlung der Schulden zu beginnen, die wir jetzt aufgenommen haben. Das ist unser Ziel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Coronakrise hat das Leben aller Menschen auf der ganzen Welt – auch in Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen – von einem auf den anderen Tag verändert. Die Krise wirkt wie ein Katalysator – im Guten wie im Schlechten.

Ich will diese Rede zum Haushalt 2021 auch den Themen widmen, die immer noch brennend sind, über die heute wenig berichtet wird, die aber trotzdem noch da sind: Wir bewältigen den Kohleausstieg. Der Klimawandel ist immer noch da. Die Digitalisierung von Verwaltung und Schulen geht immer noch nicht so voran, wie wir uns das wünschen.

All diese Herausforderungen haben mit dem Beginn der Pandemie nicht haltgemacht; ganz im Gegenteil: Sie fordern uns immer noch heraus. Die Landesregierung wird weiter an diesen Aufgaben arbeiten. In manchem hat die Pandemie uns gezeigt, dass unser Tempo bisher zu langsam war und wir da noch zulegen müssen.

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder haben am vergangenen Sonntag den mit dem heutigen Tag beginnenden Lockdown über Weihnachten und Silvester beschlossen, um die Infektionszahlen massiv zu senken. Das ist die einzig richtige Maßnahme, die wir angesichts des dynamischen Infektionsgeschehens und der heute wieder mit einem Höchststand zu verzeichnenden Todeszahlen treffen konnten und treffen mussten.

Der Stillstand bedeutet aber auch, dass Geschäfte und Restaurants schließen müssen, wo immer möglich Betriebsferien und Homeoffice ermöglicht werden sollen und zahlreiche weitere Einschränkungen das Wirtschaftsleben schwächen. Das erfordert von der Politik besondere Maßnahmen.

Das hat zuletzt die Finanzkrise 2008/2009 gezeigt. Erst gab es die Finanzkrise mit der Gefahr, in eine Krise wie 1929 zu rutschen. Darauf folgte die europäische Schuldenkrise mit der Gefahr eines Zusammenbruchs unserer Währung. Darauf wiederum folgte die Flüchtlingskrise. Jetzt aber befinden wir uns einer Krise, die anders als die drei der vergangenen Jahre jeden Einzelnen in seinem persönlichen Leben trifft.

Es gibt viele Schicksalsentscheidungen in dieser Republik; immer wieder geht es um Pro und Kontra. Aber es gab nie einen Moment, in dem 18 Millionen Nordrhein-Westfalen, 82 Millionen Deutsche von dem, was passiert, persönlich betroffen sind. Ob reich oder arm, ob arbeitend oder nicht arbeitend, ob jung oder alt – für jeden ändert sich das Leben fundamental.

Deshalb ist es gut, in einem Moment, in dem alle Entscheidungen, die wir so oder so treffen, direkte Auswirkungen für Millionen Menschen haben, nach dem Grundsatz von Maß und Mitte zu verfahren. Alle Oppositionsfraktionen dieses Hauses haben bemängelt, dass man in unterschiedlichen Monaten unterschiedlich entschieden hat.

Die AfD, die Grünen, die Linken – Linke haben wir nicht –, die Sozialdemokraten

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] –
Zurufe von der CDU)

haben angemerkt: Im März haben Sie das gesagt, im April das und im Mai das. – Ja, so ist das,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, aber ohne Plan!)

weil die Lage im März eine andere ...

(Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]
und Arndt Klocke [GRÜNE])

– Ich referiere gerade, was AfD, SPD und Grüne heute in ihren Redebeiträgen an ähnlichen Mustern hatten: Im März haben Sie so geredet, im April haben Sie so geredet, im Mai haben Sie so geredet. – Ich sage Ihnen dazu: ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Zeigen Sie doch mal die Linie!)

– Brüllen ist kein Argument, Herr Mostofizadeh.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt aber nicht!)

– Hören Sie den Satz doch einfach mal zu Ende an; ich weiß, dass das schwerfällt.

... In einer Krise muss man situationsangemessen handeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bleibe dabei: Wenn die Zahlen sinken, werden wir wieder öffnen und Schule und Bildung anders möglich machen als jetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden den Geschäften wieder ermöglichen, ihre Produkte zu verkaufen.

(Sarah Philipp [SPD]: Wer hat das kritisiert?)

Das ist, nebenbei bemerkt, nicht irgendeine Beliebigkeit des Ministerpräsidenten, das besagt die Verfassung. Grundrechtseingriffe müssen jeden Tag daraufhin überprüft werden, ob sie noch angemessen sind. Sie mögen das als Hin-und-her-Kurs bezeichnen, aber das ist das Verständnis eines liberalen Verfassungsstaates, für den ich persönlich stehe und den ich immer achten werde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Opposition – das ist besonders bemerkenswert – vergleicht ...

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Herr Mostofizadeh, in jedem Landtag in Deutschland gibt es eine Opposition,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

die der jeweiligen Regierung das vorwirft, was Sie uns hier vorwerfen. Auch CDU-Oppositionen sind davon nicht ausgenommen. Es sind nicht mehr viele Länder, in denen wir in der Opposition sind, aber in Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg heißt es ebenso: Die Schulpolitik ist nicht gut, und das ist schlecht. – Das ist überall das Gleiche. Wir verstehen das, das gehört zum Spiel.

(Sarah Philipp [SPD]: Nein, es ist nicht überall gleich schlecht! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir vergleichen uns dann auch immer mit anderen Ländern und anderen Ministerpräsidenten. Das Schöne an der Debatte heute Morgen war, dass etwa Frau Schäffer sagte: Ich finde es ganz toll, wie Markus Söder das macht.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

Frau Schäffer fällt nicht ein, zu sagen: „Ich finde es toll, wie Winfried Kretschmann das macht“, sondern sie sagt: „Ich finde es schön, wie Markus Söder das macht.“

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Stopp! So habe ich das nicht gesagt! – Josefine Paul [GRÜNE]: Was soll das denn jetzt heißen, Herr Laschet?)

Herr Kutschaty sagt seit Monaten: Ich wünsche mir, dass Herr Laschet es so macht wie Herr Söder. – Herr Kutschaty hat eigentlich eine große Auswahl an

sozialdemokratischen Ministerpräsidenten: Frau Dreyer, Herrn Weil, Herrn Tschentscher, Herrn Bovenschulte.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und was heißt das jetzt mit Blick auf Ihr Krisenmanagement, Herr Laschet?)

Aber er sagt: Herr Laschet soll es machen wie Herr Söder. Deshalb sage ich: Das freut mich. Das ist ein exzellenter Ministerpräsident. Ich werde am Freitag seine Biografie vorstellen und erwähnen, wie viele Fans er – im Gegensatz zu grünen und sozialdemokratischen Ministerpräsidenten – im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Trotzdem bleibt der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ein anderer Typ. Ich bleibe ein Mensch, der zu diesem Land passt. In diesem Land haben wir Maß und Mitte immer in den Mittelpunkt gestellt.

(Zuruf von der SPD)

Von dieser Haltung lasse ich mich

(Unruhe – Glocke)

nicht abbringen, auch nicht durch Aktionen von Kollegen, die das anders machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen den 360-Grad-Blick und das verantwortungsbewusste Abwägen der Konsequenzen für alle Lebensbereiche: für Familien, für die Wirtschaft, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb haben wir einen breit aufgestellten Expertenrat mit unterschiedlichen Facetten berufen. So arbeitet etwa der Sozialdienst katholischer Frauen, der Fragen zu Nöten von Obdachlosen oder Kindeswohlgefährdung einbringt, mit Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Ethik zusammen.

Das erste Ziel ist die Pflicht, Leben zu retten und zu schützen. Das gilt für uns, das ist der Maßstab unseres Handelns, und deshalb braucht es genau dieses Abwägen. Die Sicherstellung der optimalen medizinischen Versorgung der Bevölkerung steht bei allen Maßnahmen an erster Stelle. Das spiegelt sich auch in diesem Haushalt wider.

Deshalb haben wir sehr viel unternommen. Eine leistungsstarke Krankenhausinfrastruktur wird nun im Rahmen eines Sonderinvestitionsprogramms mit 1 Milliarde Euro weiter gestärkt. Schon im Koalitionsvertrag von 2017 – als noch niemand ahnte, dass eine Pandemie kommen würde – steht, dass wir den riesigen Rückstau bei den Investitionen in unseren Krankenhäusern aus Ihrer Regierungszeit beseitigen

wollen. Damals ist nämlich nicht das geschehen, was nötig war. Wir müssen das beschleunigen, weil der Gesundheitsschutz jetzt noch mal mehr Bedeutung gewinnt, aber die Grundlage ist 2017 gelegt worden.

Wir haben in diesem Haushalt 100 Millionen Euro zur Förderung von neuen Beatmungsgeräten fortschreibend abgebildet. Heute stehen über 33 % mehr Intensivbetten zur Verfügung als im März dieses Jahres. Man kann es sich leicht ausrechnen: Wir haben jetzt noch eine Kapazität von 15 % an freien Betten, Personal und Geräten. Hätten wir nicht gehandelt, und gäbe es jetzt nicht 33 % mehr als im März, hätten wir die Grenze der Belastung schon überschritten.

Verantwortungsvolles Handeln bedeutet, im März zu planen, damit die Betten für die zweite Welle im Dezember vorbereitet sind. Dafür haben wir viel Geld in die Hand genommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Testkapazitäten der Labore sind kontinuierlich ausgebaut worden. Wir haben im März nur geahnt, wie viele Infizierte es gab, weil die Testkapazitäten in dieser Menge gar nicht zur Verfügung standen. Heute haben wir ein viel realistischeres Bild über die Dunkelziffer, weil hier investiert worden ist.

Die Landesregierung hat auch dafür gesorgt, dass die Testkits in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Bereits im Juni hat das Land einen Investitionszuschuss in Höhe von 18,3 Millionen Euro bereitgestellt, mit dem ein in Nordrhein-Westfalen ansässiges Unternehmen die Produktionsanlagen erweitert hat.

Wir waren im März nicht in der Lage, simpelste medizinische Masken zu haben, weil China nicht mehr exportiert hat und weil auf den Flughäfen ein Kampf um die Masken stattfand. Manche Länder haben Masken konfisziert und sie in ihre Länder gebracht.

In dieser Zeit haben wir gesagt: Wir müssen eine eigene Produktion im Land aufbauen. Das ist mit Bundesgeld und mit Landesgeld inzwischen an mehreren Orten in Nordrhein-Westfalen geschehen. Auch hier ist die Situation jetzt besser als im März.

Wir haben die Gesundheitsämter bei der Kontaktpersonennachverfolgung unterstützt und schnell und unbürokratisch 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit bis zu 800 befristete Vollzeitaushilfsstellen geschaffen werden konnten. Dazu kamen 1.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die heute jeden Tag in den Gesundheitsämtern helfen.

Wir haben gleichzeitig in dieser Zeit die wirtschaftlichen Auswirkungen der pandemiebedingten Folgen schnell und entschlossen angepackt. Bund und Land haben hier als Partner agiert, Landes- und Bundesprogramme ergänzen sich. Das gilt sowohl für die breiten Programme als auch für die Soforthilfe und die Überbrückungshilfe. Hinzu kommen die steuerlichen Erleichterungen, zum Beispiel Stundungen

oder Entlastungen beim steuerlichen Verlustrücktrag für 2020 und auch für 2021, die es ermöglichen, dass Liquidität in den Unternehmen vorhanden ist.

Nach den unmittelbaren Sofortmaßnahmen hat der Bund Anfang Juni ein umfangreiches Konjunktur- und Zukunftsprogramm beschlossen.

Kurz darauf hat Finanzminister Lienenkämper Ende Juni in Nordrhein-Westfalen ein passendes und ergänzendes nordrhein-westfälisches Programm vorgelegt, das auf unsere Wirtschaftsstruktur, auf unsere Unternehmen passt und das ergänzt hat, was der Bund zwei Wochen zuvor beschlossen hatte.

Zusammen ergibt sich ein starker Impuls in Höhe von rund 8,9 Milliarden Euro, um die Genesung der Wirtschaft voranzubringen.

Wesentlicher Schwerpunkt ist das Investitionspaket der Kommunen mit 3,9 Milliarden Euro. Damit werden vor allem Einnahmeausfälle beim ÖPNV und der Gewerbesteuer kompensiert. Allein bei der Gewerbesteuer: die Hälfte der Bund, die Hälfte das Land, 2,7 Milliarden Euro für unseren Landeshaushalt. Wer sich nur ein Gespür für Dimensionen eines Landeshaushalts bewahrt hat in den letzten Jahren, weiß, dass das eine gigantische Summe ist, die den Kommunen in dieser Zeit geholfen hat, die Einnahmeausfälle so zu kompensieren, dass bei kommunalen Haushalten auch weiter Investitionen möglich sind.

Schulen und Kitas sind ein weiteres wichtiges Thema, das uns in diesem Jahr der Pandemie besonders beschäftigt hat. Von Anfang an, auch bei der Debatte im März zu der Frage, was als Erstes wieder geöffnet wird, ging es um Kitas und Schulen. Das ist häufig diffamiert worden. Denn das war der erste Vorschlag, was geöffnet werden sollte. Das hat Debatten ausgelöst.

Wer aber Kitas und Schulen über Wochen schließt und Kindern nicht oder nur einmal pro Woche ermöglicht, in die Schulen zu kommen, verschenkt eine ganze Generation. Die Kinder können nie wieder aufholen, was sie in diesen ersten Monaten dieses Jahres verloren haben.

Deshalb haben alle 16 Kultusminister gesagt: Den Fehler dürfen wir nie wieder machen. Wir müssen Präsenzunterricht ermöglichen, soweit es irgend geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben das hier schon oft genug diskutiert: Digitalisierung hin oder her. – Das findet ja auch statt. Hier wird ja die Legende gemalt, wir täten das nur, weil wir bei der Digitalisierung nicht vorankämen.

Übrigens: Als wir 2017 die Regierungsverantwortung übernommen haben, standen wir bei null bei diesem Thema,

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Ja, ja, genau!)

keine Vorbereitung, keine Netze, nichts, gar nichts. Jetzt haben wir die Aufholjagd begonnen und in diesem Jahr noch einmal besonders Schülerinnen und Schüler mit digitalen ...

(Abgeordnete von SPD und GRÜNEN unterhalten sich.)

– Was ist jetzt passiert? Gibt es Probleme?

(Sarah Philipp [SPD]: Machen Sie weiter!)

– Ich hatte den Eindruck, Sie hätten gerade ein Problem.

Aber das ist immer das Problem: Wenn man daran erinnert, wie das Land vor drei Jahren aussah, und beschreibt, wie es jetzt aufblüht, dann löst das auf dieser Seite des Hauses Unruhe aus.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist ja noch gar nicht so lange her. Wenn das alles schon vorhanden gewesen wäre – Rot-Grün hat doch regiert; wunderbar; digitale Bildung hätte stattfinden können –, dann könnten wir heute über andere Sachen diskutieren als darüber.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen und Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir hätten einen leichteren Start in diese Krise gehabt, wenn man sich vorher in den letzten Jahren mal mit digitaler Bildung beschäftigt hätte,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

wenn man dafür Geld bereitgestellt hätte und wenn man sieben Jahre lang nicht nur runde Tische zu G8 und G9 gemacht hätte. Dann hätten wir in dieser Krise viel weiter agieren können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir machen das aber alles. Es ist alles in Ordnung. Wir regieren heute. Wir übernehmen die Verantwortung. Wir haben das Problem G8/G9 relativ schnell gelöst. Wir haben den ganzen Streit in den Kommunen und in den Schulen gelöst, den es um die Inklusionspolitik unter grüner Schulpolitik gab. Das ist alles befriedet. Und jetzt reden wir über die Qualität von Bildung. Darum kümmern wir uns seit drei Jahren in diesem Land.

Das heißt konkret: Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausstatten. 65 Millionen Euro Sofortprogramm des Bundes. Insgesamt 178 Millionen Euro stehen da bereit. Mit über 136 Millionen Euro wurden bereits über 76 % der bereitgestellten Mittel beantragt. Als erstes Land stellt Nordrhein-Westfalen den Schulträgern 100 Millionen Euro für die Erstaussstattung der Lehrkräfte zur Verfügung. Davon sind auch bereits 80 % abgerufen.

Wenn alle Programme so gut funktionieren würden wie dieses Programm, das die Schulministerin Yvonne Gebauer aufgelegt hat, dann wären wir in diesem Land weiter:

(Beifall von der CDU und der FDP)

exzellent, wie digitale Bildung bei den Schülern und bei den Lehrern ankommt.

Auch die Weiterentwicklung von LOGINEO NRW sowie die Fortbildungsangebote zeigen, dass seit 2017 mit dem Wechsel im Schulministerium eine neue Dynamik eingetreten ist in Richtung digitale Bildung.

Wir haben die Absicht, mit dem Haushalt 2021/2022 und möglichst dann auch noch viele Jahre danach diese digitale Bildung in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken.

Wir nutzen also die Krise als Chance, ergreifen die Möglichkeiten der Modernisierung und sorgen für bessere Arbeitsbedingungen unserer Lehrkräfte und eine moderne Bildungsinfrastruktur.

Das Gleiche tun wir in den Kitas. Minister Stamp hat ein – wie ich finde – sehr innovatives Programm entwickelt, nämlich das Programm Alltagshelfer. Wer sich ein bisschen in Kitas auskennt, weiß, dass neben dem qualifizierten Fachpersonal solche Alltagshelfer gerade in solchen herausfordernden Krisensituationen in den Kitas ganz besonders helfen. Die Träger von KiBiz-geförderten Kindertageseinrichtungen können so eine finanzielle Unterstützung erhalten, um zusätzliche Hilfskräfte im nichtpädagogischen Bereich einzusetzen. Das ist vorbildlich und ermöglicht uns, die Erzieherinnen und Erzieher in diesen schwierigen Monaten zu entlasten.

Wir werden jetzt noch einmal 147 Millionen Euro in dieses Programm investieren. Das bedeutet eine konkrete Erleichterung der schweren Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern. Jede einzelne Kita wird spüren, dass dadurch der Alltag erleichtert wird. Vielen Dank dem Minister für diesen wirklich herausragenden Ansatz, der die Kitas besser macht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn man hier schon dankt – wir ziehen ja Bilanz –: Wir haben über sieben Jahre diskutiert, dass das KiBiz reformiert werden muss. Es war 2011 mal festgeschrieben: Das muss evaluiert werden, ob die Summen noch stimmen. – Ich habe ja mal mit dem KiBiz zu tun gehabt.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist allgemein bekannt! – Christian Dahm [SPD]: Das war ja das Problem!)

Großartiges Gesetz, großartig:

(Beifall von der CDU und der FDP)

U3-Plätze ausgebaut. Als ich 2005 anfang, gab es hier 2,8 % U3-Plätze. Sie wissen, wo wir heute stehen.

Aber für dieses Gesetz hat immer gegolten: Bezüglich der Finanzierung brauchen wir eine Evaluierung im Jahre 2011. Stimmt das noch mit den Kindpauschalen? Reicht das Geld? Sechs Jahre lang ist schwadroniert worden. Jetzt gibt es das Gesetz, jetzt gibt es die Milliarden, die nötig sind: ein Leuchtbild für frühkindliche Bildung, was wir hier in den letzten drei Jahren geschaffen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Finanzpolitik muss passgenau sein. Lutz Lienenkämper hat mit Maß und Mitte diese Haushaltspolitik gestaltet. Die Haushaltswende wurde geschafft. Das hat die große Flexibilität in diesen Krisen Jahren ermöglicht. Wir wollen, dass was weiter transparent bleibt. Deshalb hat der Haushalt das System: ein regulärer Haushalt, den es auch ohne die Pandemie gegeben hätte, und einem NRW-Rettungsschirm, dem nur direkte oder indirekte Folgen der Pandemie zugerechnet werden dürfen.

Das kann man genau im Haushalt nachverfolgen. Es muss jedes Mal im Kabinett bewilligt werden, was aus diesem Rettungsschirm herausgenommen wird. Das wird jedes Mal den Gremien des Landtags transparent erläutert. Das ist der bessere Weg, als in irgendeinem großen Haushalt mal eben Schulden draufzulegen und dann alles irgendwie zu bezahlen. Nein, das, was der Rettungsschirm macht, ist klar beschrieben, hat nur mit der Pandemie zu tun und darf auch nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Diese Systematik führt dazu, dass diese Haushaltsarchitektur den Krisentest eindeutig bestanden hat und uns in die Lage versetzt, den Dreiklang von Konsolidieren, Investieren und Modernisieren auch in Krisenzeiten durchzuhalten.

Wir verfolgen weiter diese Schwerpunkte und setzen für Digitalisierung der Infrastruktur weitere Haushaltsmittel ein, weil wir auch bei digitalen Plattformen, in der Industrie 4.0, bei der künstlichen Intelligenz vorankommen müssen – alles Themen, bei denen es um die Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft geht.

Deutlich mehr Schulen haben heute Gigabitanschlüsse, oder erhalten sie in Kürze als 2017. Insgesamt sind 51 % der 5.400 Schulen heute sogar an Gigabitleitungen angeschlossen. Bei Regierungsübernahme waren es weniger als 15 %. Für weitere 45 % der Schulen ist ein Gigabitanschluss geplant oder bereits in der Umsetzung.

Das Land unterstützt die Einführung des E-Tarifs NRW im öffentlichen Nahverkehr mit insgesamt 100 Millionen Euro. Die Landesregierung stellt bis 2023 70 Millionen Euro für große und hochschulübergreifende Digitalisierungsprojekte bereit.

Das virtuelle Krankenhaus war seit 2017 geplant. Das haben wir im März, also während der Pandemie, beschleunigt. Ich habe das hier schon mal berichtet. Ich war einmal mit Karl-Josef Laumann in einem solchen virtuellen Krankenhaus. Man denkt, es ist Theorie. Wie soll denn ein Krankenhaus virtuell sein? Die Menschen sind ja immer noch da und müssen behandelt werden.

Die Idee ist, dass mit den exzellenten Krankenhäusern, die wir haben, Universitätskliniken, ca. 100 weitere Häuser so vernetzt sind, dass ein Patient auch irgendwo in einem kleinen Krankenhaus behandelt werden kann, die Krankenakte da ist, der Exzellenzmediziner sich direkt mit seinem Kollegen vor Ort über Krankheitsbilder austauschen und sogar eine Ansprache des Patienten durchführen kann. Menschen stehen trotzdem noch neben ihm, aber zugeschaltet ist jemand, der auf dem Feld der Coronabekämpfung eine besondere Expertise hat. Dieses Modell hat sich bewährt. Wir werden es ausdehnen und es nach der Pandemie auch für andere Krankheiten verstärkt einsetzen.

Die massiven Investitionen in die digitale Ausstattung der Schulen, der Lehrer, der Schüler habe ich bereits erwähnt. Unsere im vergangenen Jahr gestartete Digitalisierungsoffensive wird noch ausgeweitet. Das Land stellt in den kommenden Jahren Investitionsmittel in Höhe von 1 Milliarde Euro bereit – zusätzlich 600 Millionen Euro zu den bereits geplanten 400 Millionen Euro.

Allein mit dem Haushalt 2021, den Sie heute beschließen, werden zur Beschleunigung der Digitalisierung der Landesverwaltung – auch da ein Riesenachholbedarf – fast 120 Millionen Euro zusätzlich fließen. Als wir das Amt übernommen haben, stand da drin: Die Landesverwaltung soll bis zum Jahre 2031 digitalisiert werden. Das war die Zeitvorgabe. Wir haben gesagt: Wir versuchen es etwas schneller. Tausende Bedenken: geht nicht, rechtlich, technisch nicht möglich, wie das dann so ist. – Jetzt ist das Datum 2025. Das ist immer noch ziemlich weit weg, aber die großen Summen, die jetzt investiert werden, ermöglichen es, dass wir dann wirklich eine digitale Landesverwaltung haben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig Kindertagesbetreuung und Kindertagesstätten sind. Ich will das abschließend mit einer Haushaltszahl deutlich machen. Ich habe ja vorher schon über die Kita-Situation gesprochen. Nur zum Vergleich: Im Haushalt 2017 sind für frühkindliche Bildung 2,7 Milliarden Euro veranschlagt worden. Im kommenden Haushalt werden es rund 4,3 Milliarden Euro sein. Das sind 60 % mehr als 2017.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das zeigt, welche Schwerpunkte wir setzen wollen. Bei der Schule kommen 2.750 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer hinzu, die im Jahre 2021 neu eingerichtet werden. Darin enthalten sind rund 1.200 Lehrerstellen zur Stärkung der Grundschulen. Inzwischen gibt es ja eine Strategie, wie wir die Grundschulen stärken wollen.

Es ist Geld bereitgestellt für schulische Inklusion, für Schulverwaltungsassistenten an Grundschulen und Berufskollegs und für die bessere Ausstattung mit Schulpsychologen.

Auch in Sachen offener Ganztage geht es mit diesem Haushalt voran. Der offene Ganztage wird um 25.000 Plätze auf dann 355.000 Plätze aufgebaut.

Bei Wissenschaft und Forschung setzen wir auf beste Bildung und beste Forschung. Alles baut aufeinander auf. Wir verbessern Forschung und Lehre und schaffen exzellente Rahmenbedingungen für exzellente Wissenschaft. Insbesondere die Universitätsmedizin wird deutlich gestärkt. Im Haushalt 2021 werden zusätzlich knapp 100 Millionen Euro für die Universitätskliniken bereitgestellt.

Ministerin Pfeiffer-Poensgen, die bei unserer Exzellenzstrategie mit den Hochschulen zusammen für neue Exzellenzcluster geworben hat, unterstützt die Bewerbung des Forschungszentrums Jülich als Standort für einen geplanten EU-Höchstleistungsrechner zum einen durch eine anteilige Aufstockung der Grundfinanzierung als Beitrag zur Stärkung der Infrastruktur, zum anderen durch die finanzielle Vorsorge in Höhe von 125 Millionen Euro für den Landesanteil, der dann bereitstehen muss.

Wenn uns gelingt, Standort eines EU-Höchstleistungsrechners zu werden, dann wird das eine Anerkennung für unsere Arbeit in Forschung und Technologie hier in Nordrhein-Westfalen sein. Wir strengen uns alle an, dass das klappt, und werden weiter dafür arbeiten.

Bei der inneren Sicherheit – auch eines der großen Themen rund um das Jahr 2017; ich will das hier nicht vertiefen – gilt unser Null-Toleranz-Prinzip gegenüber Kriminellen. Das bleibt weiter unsere Marschroute. Aber das sind Überschriften. Innere Sicherheit besteht nicht aus starken Sprüchen, sondern aus Substanzveränderung bei der Polizei, bei denen, die diese Arbeit machen – sowohl in der sachlichen als auch in der personellen Ausstattung.

Wir haben 785 neue Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärtern sowie fast 100 neue Stellen für eine bessere Gewinnung und Ausbildung von qualifiziertem Personal schaffen können. Wir haben 2.760 junge Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter für 2021. Das ist, damit man mal eine Größenordnung hat, doppelt so viel wie vor zehn Jahren. Doppelt so viel!

Wir haben im Wahlkampf – da waren sich SPD und CDU in der Frage, wie hoch wir da gehen ...

(Sven Wolf [SPD]: Sie haben die Zahl ja kopiert!)

– Jetzt sagt er, wir haben es kopiert. Der Unterschied ist, wir machen es jetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kopieren ist das Eine. Wir hatten 2017 2.300, 2018 2.300, 2019 2.500. Das war die ominöse Zahl, von der alle gesagt haben: Mehr geht nicht. Mehr kann man nicht ausbilden. Für mehr hat man keine Kapazitäten. Minister Reul ist nicht nur in dieser Sache ein kluger Mensch, der immer Lösungen findet. Er hat erreicht, dass wir 2020 2.660 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter hatten und im Jahr 2021 2.760 haben werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das bedeutet wirklich substanziell mehr Polizei, mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Darüber hinaus wird es 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte im polizeilichen Verwaltungsdienst, 80 neue Mitarbeiter für den Staatsschutz für die Bekämpfung von Terror und Extremismus und zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität noch einmal 105 neue Spezialistinnen und Spezialisten geben, die sich dieser Schande unserer Gesellschaft widmen und die Täter ausfindig machen, die Kinder missbrauchen. Das ist und bleibt ein Schwerpunkt. Wir werden diesbezüglich hart sein und wissen, dass wir mit Minister Reul jemanden haben, der da keine Kompromisse eingeht und mit aller Härte diese Form von Kriminalität bekämpft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt folgen die großen Themen unserer Zeit, der Klimaschutz, der Kohleausstieg. Mit dem Bund zusammen haben wir den Kohleausstieg beschlossen und begonnen. Wir werden die noch 2016 vorgesehenen größeren Gebiete für den Braunkohleabbau und den Tagebau Hambach reduzieren, den Hambacher Forst erhalten und parallel dazu unsere Klimaschutzziele erreichen wollen.

Da helfen eigentlich nur Zahlen. Über Klimaschutz kann man reden. Man kann es besonders smart machen, man kann es immer wieder machen, man kann es originell machen, man kann Plakate aufhängen oder sich sonst was einfallen lassen. Entscheidend ist am Ende auf dem Platz. Entscheidend ist, ob die CO₂-Werte runtergehen oder nicht.

Rot-Grün hat 2013 eine Zielvorgabe gemacht: bis 2020 25 % einsparen. Das gleiche Ziel hat wenige Wochen danach der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann, ein Grüner, vorgegeben. Heute können wir Bilanz ziehen: Baden-

Württemberg hat von dem ambitiösen Ziel 25 % bis 2020 19,5 % erreicht. Alle Achtung!

(Dietmar Brockes [FDP]: Da hat er das Ziel gerissen!)

– Na, es ist besser als vorher. Es entspricht aber noch nicht ganz dem angestrebten Ergebnis. Nordrhein-Westfalen hat das Ziel übertroffen: 38 % Einsparung seit dieser Zielvorgabe. – Seit der Regierungsübernahme durch diese Regierung sind übrigens noch einmal 16 % zugelegt worden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das zeigt: Klimaschutz – Sie können sich für jedes Jahr einzeln ansehen, was 2017, 2018, 2019, 2020 passiert ist – ist keine Frage von PR, Gags, Mätzchen, von all dem, auf das Sie sich vor allem konzentrieren.

(Lachen von Verena Schäffer [GRÜNE])

Klimaschutz ist vielmehr konkretes Abschalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir schalten Ende des Jahres Steinkohlekraftwerke ab. Wir schalten die ersten Braunkohlekraftwerke ab. Wir haben dem Bund gesagt, dass wir vorangehen. Der Osten hat es in der Lausitz schwerer – auch aufgrund der Arbeitsplatzsituation. Wir gehen voran. Wir sind Treiber beim Klimaschutz und werden Ihnen 2021, 2022 und 2023 für jedes Jahr die Bilanz zeigen. Wer in Deutschland das besser kann, der soll uns, egal, wer da regiert, zeigen, dass er besser ist. Für mich zählen nur Zahlen, nichts anderes.

(Zuruf von der SPD)

Da ist Nordrhein-Westfalen das Land, das in Deutschland am meisten CO₂ reduziert. Das ist unser Maßstab. An diesem bleiben wir dran.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Uns reicht das nicht. Deshalb werden wir noch in diesem Jahr den gesetzlichen Rahmen für einen ambitionierten und konkreten Klimaschutz ausdehnen.

Diese Landesregierung hat sich in den letzten Tagen darauf verständigt, noch in diesem Jahr das Klimaschutzgesetz zu novellieren und höhere Ziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen festzuschreiben. Umweltministerin Ulla Heinen-Esser hat zugleich an einem Klimaanpassungsgesetz gearbeitet, das wir ebenfalls noch in diesem Jahr beschließen werden. Dieses Klimaanpassungsgesetz wird das erste Klimaanpassungsgesetz in Deutschland sein.

Das ist wichtig, denn gerade die letzten drei Jahre haben uns neben dem Klimaschutz auch die Bedeutung von Klimaanpassungen vor Augen geführt. Wir haben die Auswirkungen in allen Bereichen in Nordrhein-Westfalen erlebt, und wir wollen jetzt gesetzlich

regeln, wie wir nicht nur mit Klimaschutz, sondern auch mit Klimaanpassungen umgehen. Das war ein langer fachlicher Austausch, der jetzt zum Abschluss kommt und in diesem Jahr noch beschlossen wird – eine gute Botschaft zum Ende dieses ansonsten so schrecklichen Jahres.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben neben den energiewirtschaftlichen Fragen des Klimaschutzes darüber hinaus das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Wir haben in vielen, vielen Gesprächen mit unserer Wirtschaft – sowohl der Wirtschaftsminister als auch ich persönlich – darüber gesprochen, wie wir CO₂-neutralen Wasserstoff auch in unserer Produktionsweise stärker nutzen können.

Wir haben am 12. Oktober ein Spitzengespräch „Wasserstoff“ mit unternehmer nrw und engagierten Industrievertretern durchgeführt. Dort sind konkrete Projektvorschläge für die chemische Industrie, für die Stahlindustrie und für andere Bereiche der Wirtschaft gemacht worden. Dieses Spitzengespräch hat gezeigt: Unsere Industrie braucht keine Verbote. Sie hat sich längst selbst auf den Weg gemacht, weil sie weiß, dass sie ohne massive eigene Anstrengungen diesen Transformationsprozess nicht schaffen wird.

Wir werden auf Dauer nur wettbewerbsfähig sein, wenn wir die ersten sind, die bei dieser neuen Technologie mitwirken. Das Land unterstützt dies mit IN4climate, mit Pilotprojekten in der Stahl- und der chemischen Industrie. Damit werden in den nächsten zehn Jahren die ersten Großanlagen in Betrieb gehen, Elektrolyseure im Gigawattmaßstab aufgebaut und Fahrzeugflotten auf Wasserstoff umgestellt. So schaffen wir es.

Hier in Nordrhein-Westfalen sind die Voraussetzungen, diese Ziele zu schaffen, mit am besten. Wir sind eines der wenigen deutschen Länder, das – von vielen unbeobachtet – eine ca. 100 km lange Netzstruktur an Pipelines hat, mit der die chemische Industrie und die anderen Industrien im Ruhrgebiet vernetzt werden können. Keine andere Region in Europa ist mit einer eigenen Pipelinestruktur so weit.

Darauf wollen wir aufbauen, bilaterale und internationale Energiepartnerschaften anstoßen und gleichzeitig bei der Elektromobilität die Ladeinfrastruktur verbessern. Wir haben auch einen Elektromobilitätsbeirat, an dem alle beteiligt sind, die im Lande an diesem Thema arbeiten. Ich selbst und mehrere Minister sind immer bei den regelmäßig stattfindenden Sitzungen dabei. Wir haben erreicht, dass die Ladeinfrastruktur mit 50 Millionen Euro und Elektrofahrzeuge mit 15 Millionen Euro gefördert werden. Unter den deutschen Ländern sind wir damit in der absoluten Spitzengruppe, was den Umstieg auf Elektromobilität angeht.

Über den Kohleausstieg habe ich bereits gesprochen. Ich will jetzt enden und nicht jedes einzelne

Ressort aufzählen, sondern nur einige, um die wir vor 2017, nach 2017 und auch in den Beratungen in den Jahren vor der Pandemie gerungen haben. Das große Zukunftsthema wird sein, diesen Transformationsprozess für ein Land, das mal von Kohle und Stahl geprägt war, so zu gestalten, dass auch in zehn Jahren jemand, der hier als Regierung an diesem Pult steht und über die Lage spricht, wissen kann: Wir sind weiterhin Industrieland. Wir sind ein nachhaltiges Industrieland geworden, aber wir haben bei uns in Deutschland weiterhin Industriearbeitsplätze.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist unser Ziel, und dem dient die Mittelfristige Finanzplanung. Krisenbearbeitung, Krisenmanagement jetzt in der Pandemie, Vorbereitung auf die Zeit nach der Pandemie, stärker herauszukommen, als wir diese Pandemie hineingegangen sind – das ist unser Ziel, das ist unser Anspruch. Wir bitten Sie um Zustimmung zum Landeshaushalt 2021. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache.

Wir kommen somit zu den Abstimmungen der Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz 2021 in dritter Lesung und zum GFG 2021 zunächst in der zweiten von drei Lesungen.

Das Beratungsverfahren zum Haushaltsgesetz 2021 wird hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit um eine Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wir stimmen zunächst über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2021, also über das GFG 2021, ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/12078, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11623 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/11623** in der zweiten Lesung **angenommen**.

Wir kommen zu den Abstimmungen zum Haushaltsgesetz 2021 und den hierzu gestellten Änderungsanträgen. Im zweiten Abstimmungsblock geht es jetzt also um die Änderungsanträge der Fraktionen.

Wir stimmen erstens über Drucksache 17/12114 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das

sind CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD. Der **Antrag Drucksache 17/12114** ist damit **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über die Drucksache 17/12115 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12115 angenommen**; Gegenstimmen und Enthaltungen gab es keine.

Wir stimmen drittens über die Drucksache 17/12116 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das sind SPD und AfD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12116 angenommen**.

Wir stimmen viertens über die Drucksache 17/12117 von CDU und FDP ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Ergebnis ist einstimmig und der **Antrag Drucksache 17/12117** damit **angenommen**.

Wir stimmen fünftens über die Drucksache 17/12118 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es keine. Der **Antrag Drucksache 17/12118** ist damit **angenommen**.

Wir stimmen sechstens über die Drucksache 17/12119 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12119 angenommen**.

Wir stimmen siebtens über die Drucksache 17/12120 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12120 angenommen**.

Wir stimmen achtens über die Drucksache 17/12121 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12121 angenommen**.

Wir stimmen neuntens über die Drucksache 17/12122 von CDU und FDP ab. Wer stimmt zu? – Das sind CDU, SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Grünen enthalten sich. Damit ist der Antrag **Drucksache 17/12122 angenommen**.

Wir stimmen zehntens über die Drucksache 17/12123 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP und AfD. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Grünen ist dieser **Antrag Drucksache 17/12123 angenommen**.

Wir stimmen elftens über die Drucksache 17/12124 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? –

Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen und die AfD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12124 angenommen**.

Wir stimmen zwölftens über die Drucksache 17/12125 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Grüne. Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der Antrag **Drucksache 17/12125 angenommen**.

Wir stimmen 13. über die Drucksache 17/12126 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12126 angenommen**.

Wir stimmen 14. über die Drucksache 17/12127 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Die AfD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12127 angenommen**.

Wir stimmen 15. über die Drucksache 17/12128 von CDU und FDP ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – SPD und AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12128 angenommen**.

Wir stimmen 16. über die Drucksache 17/12129 von CDU und FDP ab. Wer stimmt zu? – Die CDU, die FDP und die Grünen. Wer enthält sich? – Die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/12129 angenommen**.

Wir stimmen 17. über die Drucksache 17/12144 der AfD ab. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12144 abgelehnt**.

Wir stimmen 18. über die Drucksache 17/12145 der AfD ab. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12145 abgelehnt**.

Wir stimmen 19. über die Drucksache 17/12146 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12146 abgelehnt**.

Wir stimmen 20. über die Drucksache 17/12147 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12147 abgelehnt**.

Wir stimmen 21. über die Drucksache 17/12148 der AfD ab. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt

dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12148 abgelehnt**.

Wir stimmen 22. über die Drucksache 17/12149 der AfD ab. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/12149 abgelehnt**.

Wir stimmen 23. über die Drucksache 17/12150 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag Drucksache 17/12150 ist abgelehnt**.

Wir stimmen 24. über die Drucksache 17/12151 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag Drucksache 17/12151 ist abgelehnt**.

Wir stimmen 25. über die Drucksache 17/12152 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag Drucksache 17/12152 ist abgelehnt**.

Wir stimmen 26. über die Drucksache 17/12153 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag Drucksache 17/12153 ist abgelehnt**.

Wir stimmen 27. über die Drucksache 17/12154 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag Drucksache 17/12154 ist abgelehnt**.

Wir stimmen 28. über die Drucksache 17/12155 der AfD ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag Drucksache 17/12155 ist abgelehnt**.

Das waren die Anträge der Fraktionen.

Wir stimmen jetzt über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021, also das Haushaltsgesetz 2021, ab.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/12077 den **Gesetzentwurf der Landesregierung in den Drucksachen 17/11100, 17/11800 und 17/11850 in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Veränderung** anzunehmen.

Wir kommen zur entsprechenden Abstimmung. Wer möchte diesem zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der

Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der entsprechenden Beschlüsse unter Berücksichtigung der soeben angenommenen Änderungsanträge **in dritter Lesung angenommen und verabschiedet**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir stimmen im vierten Block über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetz 2021 Drucksache 17/11944 ab. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen. Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/11944 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12104 ab. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/12104 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum Haushaltsgesetz 2021 Drucksache 17/12111 ab. Wer möchte zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/12111 abgelehnt**.

Kommen wir nun zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 17/11623. Das ist das Gemeindefinanzierungsgesetz 2021, GFG. Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksache 17/12078 zur dritten Lesung hin. Eine weitere Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über das GFG 2021 in dritter Lesung.

Das Beratungsverfahren zum GFG 2021 wird hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit um eine Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/12078, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11623 unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/11623 in dritter Lesung angenommen und verabschiedet**. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Daniel Sieveke [CDU])